

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 38 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Adressen über deren Namen 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereine und Versammlungs-Komitees 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: 20 Pf. für die ersten 10 Zeilen, jedes weitere Wort 10 Pf. (Schlusszeile und Schlusszeile) 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für drei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Die Steuerfrage.

H. St. Jena, 20. September.

Die heutige Sitzung gehörte der Debatte über die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Deckungssteuern der Wehrvorlage. Wurm's gestriger 2 1/2 stündiger Rede folgte heute eine auch reichlich stündige Rede des Genossen Südekum. Und nicht weniger als 52 Diskussionsredner sind bereits zum Worte gemeldet. Kein Zweifel also, daß in dieser Debatte der theoretische und taktische Meinungsstreit gipfelt, den diesmal der Parteitag ausgetragen hat.

Der Ausgang der Debatte könnte solch gewaltigen Kraftaufwandes vielleicht nicht angemessen erscheinen. Denn es darf schon jetzt ohne besondere Sehrgabe vorausgesagt werden, daß die Aussprache damit enden wird, daß die von Wurm empfohlene Resolution mit großer Mehrheit angenommen wird. Für die von Seher und Genossen vertretene Resolution wird nur eine Minderheit stimmen. Das heißt: die Forderung, daß die Fraktion auch direkte Steuern unter allen Umständen prinzipiell ablehnen soll, wenn sie zur Deckung des Militarismus dienen — und zwar selbst dann, wenn die Ablehnung der direkten Steuern durch die Sozialdemokratie die Gefahr indirekter Steuern heraufschwört — wird nur eine Minderheit auf sich vereinen. Ja mehr noch, nicht einmal so energische Kritiker der Fraktionshaltung, wie Genosse Hoch, werden dieser Resolution zustimmen. Wie die Diskussion in den Versammlungen und der Presse, wird auch der Parteitag das Bild zeigen, daß die Opposition in der Steuerfrage in sich vielfältig gespalten und uneinig ist.

Dennoch darf nicht verkannt werden, daß es sich gerade auch bei dieser Frage um wichtige parteipolitische Fragen dreht, denen man deshalb nicht unmutig aus dem Wege gehen darf, weil es sich um so komplizierte Probleme handelt, weil es gar nicht so einfach ist, sich in dem kreisenden Wirbel gärender Meinungen zurechtzufinden. Je größer die Partei wird, je mannigfaltiger die von ihr zu lösenden praktischen Aufgaben werden, je häufiger sie in dem einen oder anderen Sinne als ausschlaggebende Partei Stellung zu nehmen hat zu den Fragen der Tagespolitik, desto schwieriger wird auch die jeweilige Entscheidung werden, desto eifriger müssen die Genossen bemüht sein, durch Einbringen in die Meinungsabstimmung das Gewicht der verschiedenen Argumente ruhig gegeneinander abzuwägen zu können.

Die Resolution 114 fordert glatte Ablehnung aller Ausgaben für Militärzwecke. Gewiß, so sah die Genossin Luxemburg die Fragestellung zusammen, hat die Partei in der Wahrung der Proletarierinteressen allemal das „kleinere Übel“ zu wählen. Nur ist in diesem Falle nicht die ungünstigere Gestaltung der Steuern das größere Übel, sondern die Preisgabe des sozialdemokratischen Prinzips, für die volksfeindlichen Zwecke unseres kapitalistischen Militarismus jeden Groschen zu betwängeln.

Diese Stellung hat sicherlich den Vorzug der Konsequenz und der Einfachheit. Aber ebenso sicher ist, daß sich ihm die Mehrheit der Partei nicht anschließen wird und auch nicht anschließen kann. Denn, wenn tatsächlich die Situation nach und nach so liegt, daß die Wehrforderungen nun einmal entschieden sind, und daß es sich bei der Abstimmung über die Steuergesetze nur darum handelt, den Massen eine ärgere Schröpfung zu ersparen, so kann die Sozialdemokratie noch allen Befehlen politischer Logik gar nichts anderes tun, als auch hier das kleinere Übel zu wählen. Es wird sich dann immer nur um die gewissenhafte und peinliche Prüfung handeln, ob eine solch unausweichliche Zwangslage vorhanden ist. Und die Entscheidung darüber wird allerdings der Partei noch manches Kopfzerbrechen machen. Denn — wie wir schon in unserem dem Parteitag gewidmeten Begrüßungsartikel darlegten — das Urteil darüber, ob eine solche Zwangslage vorliegt oder nicht, kann gar weit auseinandergehen, kann durch gar mancherlei opportunistische Erwägungen getrübt werden!

Namentlich will es uns auch scheinen, als ob bis jetzt trotz der ausführlichen Referate der Genossen Wurm und Südekum der uns als Kernfrage erscheinende Punkt, ob nicht der Versuch, die Wehrfrage noch einmal vor die Entscheidung des Volkes zu bringen, keineswegs die genügende Beachtung gefunden habe.

Daß das Schicksal der Wehrvorlage schließlich besiegelt war, ob es zur Reichstagsauflösung kam oder nicht, ist zweifellos. Nichtsdestoweniger hätte ein nochmaliger aufwühlender Kampf um den Rüstungswahnsinn nur im Interesse der sozialistischen Volksaufklärung gelegen. Denn so vornehmlich unsere Fraktion namentlich bei der zweiten Lesung dem Militarismus zu Leibe gegangen ist und so tatkräftig sie den herrschenden Klassen Reformen zu entreißen bemüht war — das läßt sich schwerlich leugnen, daß in der ganzen Behandlung der Rüstungsforderungen schließlich nicht der alte, prinzipielle Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus in den Vordergrund gerückt wurde, sondern der Kampf um die Deckungsform der Steuern. Und wenn dann zu guter Letzt noch der sicherlich nicht zu verkennende Erfolg der Sozialdemokratie, daß diesmal wenigstens die Deckungsfrage der Bour-

geoisie auferlegt wurde, allzusehr als glorreicher Erfolg der parlamentarischen Arbeit verherrlicht wurde, so gewann die ganze Aktion ein schiefes, schielendes Gesicht.

Vollends können wir uns der Bedenken und Befürchtungen nicht entschlagen, wenn wir den Gedankengängen des Südekum'schen Referats folgen. Denn aus dieser Rede schien uns in der Tat die Vorstellung herauszuklingen, als ob das diesmalige Zugeständnis der Regierung und des Bürgertums in Sachen der Besteuerung als Symptom eines politischen Wandlungsprozesses, als Anbruch einer neuen Steuer- wie gesamtpolitischen Ära zu deuten sei. Bismarck, so führte Südekum richtig aus, sei es gelungen, das Bürgertum nach Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftsinteressen zusammenzufassen und für eine Politik der indirekten Steuerausplünderung der Volksmassen und des maßlosten Militarismus zu begeistern. Da die indirekten Steuern ja nicht nur Finanzsteuern, sondern ganz überwiegend auch Liebesgaben für Agrarier und Großindustrielle waren, konnte keine Rüstungsforderung den Herrschenden hoch genug sein.

Genau — aber dieser Zustand gilt doch auch heute noch, gilt nicht minder auch für die Zukunft! Die direkten Steuern, die sich die Bourgeoisie diesmal abringen ließ, waren wohl eine Konzeption an den Volksunwillen, an die gewaltigen Verheerungen der Sozialdemokratie unter den Massen, aber keineswegs ein Anfang vom Ende jener kapitalistischen Steuerausplünderung der Massen! Es wäre deshalb eine hohle und verhängnisvolle Selbsttäuschung der Sozialdemokratie, wenn sie sich einreden lassen wollte, daß wir jetzt von der Abkehr oder auch nur Linderung der indirekten Steuerausplünderung träumen dürften, einer Abkehr, die zu unterstützen sei durch kluge parlamentarische Diplomatie, statt durch den rücksichtslosesten und prinzipiell härtesten Klassenkampf innerhalb der Massen und durch die Massen! Die Absichten unserer parteigenösslichen „Staatsmänner“ sind erst in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ greifbar deutlich enthüllt worden, und wir haben deshalb schon hier entschiedenste Verwahrung dagegen einzulegen, daß etwa der rechte Flügel der Partei aus der Zustimmung der Parteitagmehrheit irgendwelche Legitimation für seine Bestrebungen herleiten könnte!

Die Fraktion soll nur dann direkte Steuern bewilligen dürfen, wenn sie faktisch nichts als das kleinere Übel sind. Aber sie darf sich niemals utopischen Hoffnungen hingeben, als ob dadurch das derzeitige System unserer Finanzpolitik und unseres Militarismus ernstlich erschüttert werden könnte. Das nur kann — und soll ja auch nach der Auffassung ihres Einbringers der Sinn der Resolution Wurm sein!

Wie zu erwarten war, ist am Schluß der Debatte über die Steuerfrage die Resolution des Genossen Wurm nach einer von ihm akzeptierten Ergänzung mit starker Mehrheit — 386 gegen 140 Stimmen — angenommen. Große Mehrheit fand auch ein Antrag, der der Fraktion die Zustimmung zu ihrer Haltung ausdrückt. Damit ist für diesmal die Steuerfrage für die Partei erledigt.

Es ist unmöglich, aus dem Für und Wider der Ansichten, die selbst innerhalb der großen Gruppen sehr mannigfach auseinandergehen, auch nur die wichtigsten Gesichtspunkte in gedrängter Form wiederzugeben. Wir müssen auch hier wieder auf den Bericht selbst verweisen. Nur das sei herausgehoben, daß Lebehour und Stadthagen die Auffassung vertreten, daß es ein Fehler der Fraktion gewesen sei, in eine Trennung der Wehrvorlage und der Deckungsfrage zu willigen, statt die ganze Taktik auf die Auflösung des Reichstags zuzuspitzen. Während nun neben anderen Vertretern namentlich die Genossen David und Richard Fischer diese Ansicht hauptsächlich mit dem Argument belämpften, daß die Partei durch eine solche Taktik ins schwerste Bedrängnis geraten und die Reichstagsfraktion dezimiert sein würde, bestritt Frank wieder jede Möglichkeit einer Reichstagsauflösung. Denn weder würde es das Zentrum aus ihrer Ferne haben ankommen lassen, noch würden die Liberalen mit ihrer Forderung einer Besitzsteuer fest geblieben sein. Die Belastung des Proletariats mit indirekten Steuern würde also die Folge gewesen sein.

Die Diskussion war mit großer Lebhaftigkeit geführt worden, aber auch mit der wünschenswerten Sachlichkeit. Möchte diese Form der Aussprache für alle Zeit vorbildlich sein. Mit der Verabschiedung dieser Frage dürfte aller Konfliktstoff beseitigt sein und die Gegner sind mit ihrer Spekulation auf turbulente Szenen und heftige Zusammenstöße gründlich enttäuscht worden.

Stillstand in der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Die mühe Agitation der agrarischen und industriellen Schutzmacher hat seit vielen Jahren zu einem Stillstand der Arbeiterschutzgesetzgebung in den meisten Staaten geführt. Diese Hemmnisse finden ihren deutlichen Niederschlag auch in der gegenwärtigen Tagung der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz zu Bern, die sich aus Vertretern der Regierungen verschiedener Industriestaaten zu-

ammensetzt. Die Internationalen Konferenzen sollten den Zweck haben, eine Verständigung aller beteiligten Staaten über die Arbeiterschutzgesetzgebung herbeizuführen und weiteren Reformen den Weg zu bahnen.

Als Grundlage für die Verhandlungen dienen auch diesmal wie schon in früheren Jahren Entwürfe und Anträge der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz. Aber über die bereits in den Jahren 1902 bis 1906 gestellten Forderungen der Vereinigung ist der diesjährige Kongress nicht hinausgegangen. Im Gegenteil! Die von den Unterkommissionen der Konferenz gefassten Beschlüsse (die nur Anregungen, keine bindenden Ergebnisse darstellen) bleiben hinter jenen alten Forderungen noch weit zurück.

Behandelt wird diesmal in Bern die Frage der Nachtarbeit und der Maximalarbeitszeit für Frauen und Jugendliche. Die Kommissionen der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz sind zu folgenden Ergebnissen gelangt: Für Frauen ohne Unterschied des Alters und für Jugendliche bis zum 16. Jahre soll im Prinzip der zehnstündige Tag gelten. Die Nachtarbeit soll ausnahmslos für Jugendliche bis zum 16. Jahre im Prinzip verboten sein.

Diese „Ergebnisse“ sind außerordentlich bescheiden. Die Vereinigung für Arbeiterschutz hatte in ihrem Entwurf wenigstens eine Altersgrenze für die Jugendlichen von 18 Jahren (statt 16 Jahren) vorgegeben. Die gegenwärtigen Beschlüsse fordern dagegen nur das, was z. B. in Deutschland schon erreicht ist. Bei uns besteht bereits das Verbot der Nachtarbeit und der zehnstündige Maximalarbeitstag für Frauen und Jugendliche — wenigstens auf dem Papier, denn nach dem Gesetz gestattete Ausnahmebestimmungen und dauernde offenkundige Übertretungen des Gesetzes machen es allerdings zum Teil wieder illusorisch. Aber die Berner Beschlüsse sprechen ja auch nur von Forderungen „im Prinzip“ und so wird für Deutschland neben anderen Staaten nichts Neues gefordert oder auch nur angelehrt. Dagegen verhandelt die Kommission betreffend die Nachtarbeit für Jugendliche — wie der offizielle Bericht meldet — zurzeit noch über die Industrien, für die das Inkrafttreten des Nachtarbeitsverbotes hinausgeschoben werden soll.

Es braucht im einzelnen gar nicht nachgewiesen zu werden, daß speziell die Beschlüsse über die Maximalarbeitszeit völlig unzureichend sind. Gerade in der Zeit des Geburtenrückganges hätte jeder Staat dafür Sorge zu tragen, daß die arbeitenden Frauen — unter denen die ehelichen und unehelichen Mütter einen immer größeren Prozentsatz bilden — größere gesetzliche Ruhepausen erlangen, um der Aufzucht ihrer Kinder mehr Zeit widmen zu können. Was helfen weiter alle Jugendpflegebestrebungen, wenn man die jungen Körper, die nach Freiheit, Spiel und geistiger Belehrung dürsten, nach wie vor 10 Stunden lang täglich in die Fabrikmauern einsperren und die mehr als Sechzehnjährigen sogar unbeschränkten Ausbeutungszeiten aussetzen will!

Zu diesen Gründen kommt zurzeit ein weiteres wichtiges Moment hinzu. Das gegenwärtige große Ueberangebot an Arbeitskräften, das vornehmlich durch die Teuerung aller Lebensverhältnisse hervorgerufen wird, vermehrt von Tag zu Tag die Armee der Arbeitslosen. Neben der positiven Fürsorge durch Arbeitslosenversicherung, Notstandsarbeiten usw. bildet die gesetzliche Einschränkung von Frauen- und Kinderarbeit aber das beste Mittel, das Arbeitsangebot zu mindern und damit die Arbeits- und Lohnansichten zu bessern. Es ist geradezu frevelhaft, in solchen Momenten den Stillstand der Schutzgesetzgebung international zu proklamieren.

Aus dem Leben Harry Quelchs.

London, 18. September. (Eig. Ber.)

In dem Genossen Quelch verliert die englische Arbeiterbewegung einen ihrer besten Köpfe und tüchtigsten Vorkämpfer. Harry Quelch war einer der ältesten Sozialdemokraten Großbritanniens. Er war bei der Gründung der Sozialdemokratischen Föderation, aus der später die S. D. P. und die bestehende B. S. P. hervorging. In diesem ältesten Flügel der sozialdemokratischen Bewegung Englands war er seit dem Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts unermüdblich tätig. Er war einer der eifrigsten Agitatoren, redigierte das Wochenblatt der Partei „Justice“ und schrieb zahlreiche Flugblätter und Broschüren über politische und soziale Themata. Daneben war er auch auf gewerkschaftlichem Gebiete tätig. Er war langjähriger Beamter der Gewerkschaft der Druckerhilfsarbeiter und bis zu seinem Tode Vorsitzender des Londoner Gewerkschaftsverbandes.

Genosse Quelch war ein überaus fleißiger und strebsamer Mensch. Obwohl er nur eine schlechte Schulbildung genossen, gelang es ihm, durch Jähigkeit und Ausdauer einen reichen Schatz Kenntnisse zu sammeln. Von seinen Freunden wurde er als der beste Kenner des Marxismus in der englischen Arbeiterwelt angesehen. Neben nationalökonomischen und politischen Studien widmete er sich auch noch dem Sprachstudium. So lernte er französisch, deutsch und lateinisch. Zweifelsohne besaß der verstorbene Genosse einen ungewöhnlich scharfen Verstand, den die Gegner des Sozialismus sehr

fürchteten. Harry Duell war unter den Genossen auf dem Festland gut bekannt. Er war auf vielen nationalen und internationalen Kongressen anwesend. Man wird sich erinnern, daß er auf dem letzten zu Stuttgart abgehaltenen Sozialistenkongress von der Polizei ausgewiesen wurde. Seit einigen Jahren hatte der Genosse mit Herz- und Leberleiden zu tun, die sich beständig verschlimmerten. Als er im vorigen Jahre den deutschen Parteitag in Chemnitz besuchte, rief ihm Genosse Bebel, nach Nauheim zu gehen, um dort Genesung zu suchen, und empfahl ihm einen Arzt. Aber Harry Duell konnte von seiner Arbeit nicht lassen. In diesem Jahre endlich gelang es seinen Freunden, ihn zu bewegen, in Nauheim die Kur zu versuchen. Er kam etwas besser zurück; bald verschlimmerte sich sein Zustand jedoch wieder. Als wir ihn zum letztenmal in der Redaktion aufsuchten, schien er seinen Tod vorauszuahnen. Er meinte auf deutsch: „Ausgespielt, mein Lieber!“

Der alte Kriegermann des englischen Proletariats starb in voller Rüstung. Ein Kriegermann war er durch und durch; im Kampfe um die Befreiung seiner Klasse war er in seinem ureigenen Element, und mit wachem Genuß lasen viele Tausende der aufklärtesten Arbeiter Großbritanniens wöchentlich seine scharfen Auseinandersetzungen mit den Abspaltlern des Kapitalismus. Seine näheren Bekannten betrauern in ihm einen lieben Menschen und aufrichtigen Freund und die internationale Arbeiterbewegung betrauert den Verlust eines jener wackeren Veteranen des streitbaren Sozialismus, die sich jetzt nach und nach in ihr Grab schleichen.

Politische Uebersicht.

Schreibende Generale.

Die „Köln. Ztg.“ bringt in Nr. 1056 (vom Freitagmorgen) eine ihr aus Berlin telegraphisch übermittelte Volemme gegen den bekannten politisierenden und Schriftstellers General der Kavallerie v. Bernhards, die, wenn sie nicht im Auswärtigen Amt geschrieben ist, doch sicher von dort her inspiriert sein dürfte. Es handelt sich um einen Artikel dieses Generals in der freikonservativen „Post“, in dem Herr v. Bernhards im Anschluß an einen die Völkertrennung Irlands von England fordernden Auffas der „Irish Review“ sich folgende schöne Stilblüte geleistet hat: „Vieles ist natürlich Mission; der Wunsch ist auch hier, wie so oft, der Vater des Gedankens; für uns ist es aber nicht ohne Interesse, zu wissen, daß, wenn es über kurz oder lang zum Kriege mit England kommt, wir im feindlichen Lager selbst Verbündete haben, die unter Umständen zum Handeln entschlossen sind und jedenfalls eine schwere Sorge für England bilden und vielleicht einen Teil der englischen Truppen fesseln werden.“

So nachsichtig man im Auswärtigen Amt gegen kriegerisches Geschwätz der zum Zeitvertreib in auswärtiger Politik machenden Generale ist, scheint diese Keckerung dort doch stark verächtelt zu haben; denn die Abfertigung, die dem General v. Bernhards in der „Köln. Ztg.“ zuteil wird, ist recht deutlich und scharf. Das Blatt schreibt:

„Eine Rubrik im Punch betitelt sich „Dinge, die man besser ungesagt gelassen hätte“. Wenn man die Betrachtungen gewisser deutscher Blätter über gewisse Fragen auswärtiger Politik durchmustert, so findet man leider nur allzu viel Beiträge, die unter diese Ueberschrift gehören. Wir pflegen eben in Deutschland, entsprechend unserer kritischen Anlage und unserer jungen Erfahrung in Angelegenheiten einer großen auswärtigen Reichspolitik deren Fragen vielfach in einer Weise zu besprechen, wie es etwa für Fragen der Philosophie, der Kunst oder irgendeines derartigen Gebietes am Platze wäre; nämlich mit einer rücksichtslosen Offenheit und einem leidenschaftlichen Wunsche nach rücksichtslosem Aussprechen der „Wahrheit“. Alle historische Bildung, alle Gründlichkeit und Nichtigkeit der geschichtlichen Auffassung kann nicht verhindern, daß durch solche Freimütigkeit der Aussprache unserer Politik unnötige Verlegenheiten und Schwierigkeiten bereitet werden.“

Die „Köln. Ztg.“ weist dann auf das oben erwähnte Geschreibsel des Generals v. Bernhards in der „Post“ als auf ein „besonders krasses“ Beispiel solchen „Freimuts“ hin und fügt hinzu:

„Der Leser stelle sich nur einmal den Värm vor, der sich in Deutschland erheben würde, wenn ein französischer General etwa die Zuschrift eines Lothringers veröffentlichte, der mit der deutschen Botschaft unzufrieden ist, und daraus den Schluß zöge, wie angenehm es sein werde, im Kriege mit Deutschland „im feindlichen Lager selbst Verbündete zu haben“. Man wird in England den Leitern der deutschen auswärtigen Politik zutrauen, daß sie soviel Ahnung von den irischen Verhältnissen haben, um den verrückten Artikel eines Irlands in seiner politischen Bedeutung richtig einzuschätzen, das heißt, so niedrig wie nur möglich. Aber was General v. Bernhards in dem oben zitierten Satz aus eigenem zu den irischen Phantasien bemerkt, das muß doch laut und deutlich als sachlich und als politisch falsch und als eine Störung für unsere vorzügliche politische Arbeit zurückgewiesen werden. Selbst angenommen — was wir ausdrücklich noch einmal als angeführt der wahren irisch-englischen Verhältnisse als sachlich unfinnig bezeichnen wollen, um ja nicht mißdeutet zu werden, — selbst angenommen, die deutsche Politik rechne mit einem „über kurz oder lang“ kommenden Kriege mit England und hoffe in diesem Falle auf diesen „Verbündeten im feindlichen Lager“ — auf den, um es immer zu wiederholen, „zu rechnen“ ihr gar nicht einfallen könnte, — so wäre es doch eine politische Torheit ohnegleichen, eine derartige Hoffnung auf offenem Markte auszusprechen. Man kann es gar nicht glauben, daß ein Schriftsteller von politischem Verantwortlichkeitsgefühl in derartiger Weise die schwierige und ernste Frage unserer auswärtigen Politik behandelt. Gerade weil das ein so krasses Beispiel ist für die Art, wie man auswärtige Politik nicht besprechen soll, ist es hier angeführt, und man kann das ungeschreit tun, denn eine so geringe Meinung von unserer Kenntnis der Verhältnisse können die Engländer gar nicht haben, um das auch nur einen Moment für die Meinung unserer deutschen Politiker zu halten.“

Es ist eine recht derbe Abfertigung, die der Herr General der Kavallerie hier einstecken muß. Es wird ihm nicht nur bescheinigt, daß er „verrückte“ Hirngepinste ernst genommen hat, sondern auch daß er nicht zu den „Schriftstellern von politischem Verantwortlichkeitsgefühl“ und zu den „ernsthaften deutschen Politikern“ zählt. Diese schöne Charakteristik ist wohlverdient. Aber sie genügt nicht. Die Militärverwaltung hat kürzlich mitgeteilt, daß die schriftstellerschen Offiziere unter einer gewissen Aufsicht ge-

halten, und solche Herren im Offiziersrock, die berufsmäßig für die Tagespresse schreiben wollen, nicht zur Disposition, sondern gleich außer Dienst gestellt werden. Offenbar reicht diese Aufsicht noch nicht aus. Es wäre besser, den politisierenden Generalen entweder das Schreiben für Zeitungen ganz zu verbieten oder zum mindesten ihre schriftstellerschen Geistesprodukte vor der Veröffentlichung „ernsten“ Politikern zur Begutachtung vorzulegen. Das wäre nicht nur nützlich für die offizielle Regierungspolitik, sondern auch für das Ansehen der Generale selbst, deren Leistungen ja in journalistischen Kreisen keineswegs höher bewertet werden als in obigem Zitat der „Köln. Ztg.“.

Der Wahlrechtsraub in Altona.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Magistrat und bürgerliche Mehrheit des Altonaer Stadtverordnetenkollegiums haben am Donnerstagabend durch nochmaligen mehrfachen Rechtsbruch ihren Raub in Sicherheit gebracht. Sie handelten dabei nach einem vorher bis ins kleinste ausgearbeiteten Plane mit verteilten Rollen. Zu Beginn der Sitzung schien es zwar, als solle geschäftsmäßig verhandelt werden. Unseren Genossen, die mehrere dringliche Anträge eingebracht hatten, wurde anstandslos das Wort zur Begründung erteilt, doch zeigte sich bald, daß es zum gegnerischen Kriegesplan gehörte, die Redner schweigend anzuhören. Sobald die Antragsteller schwiegen, begann sofort die Beratung der Wahlrechtsvorlage. Zunächst folgte ein neuer Bruch der Geschäftsordnung, indem mehrere unserer Redner, die stürmisch das Wort zur Geschäftsordnung verlangten, einfach mundtot gemacht wurden. Erst nachdem der Oberbürgermeister und ein anderes Mitglied des Magistrats eine Begründung der Vorlage gegeben hatten, die an Dürftigkeit nichts zu wünschen übrig ließ, konnte Genosse Dr. Herz die brutale Entrechtungsmaßnahme einbringen. Es gelang ihm, dem Oberbürgermeister das charakteristische Zugeständnis zu entreißen, daß er auch vor einer Aenderung der Geschäftsordnung nicht zurückweichen würde; es sei seine Amtspflicht, mit allen Mitteln eine sozialdemokratische Mehrheit im Kollegium zu verhindern. Ein Mitglied des Kollegiums, das sich „liberal“ nennt, verteidigte darauf die raffinierte Wahlkreisgeometrie der Vorlage. Das Bürgerium müsse die Bezirke so einrichten, daß ihm eine Mehrheit gesichert werde. Unseren Standpunkt begründete ausführlich Genosse Thomas; aber genau nach der Praxis des preussischen Dreiklassenhauses folgte dieser Rede sogleich ein gegnerischer Schlußantrag, der bereits fertig vorlag, da ihn der Oberbürgermeister nur aus seinem Portefeuille hervorzuholen brauchte. Einige weitere Anträge, die von unseren Genossen eingebracht worden waren,

Parteienossen! Die freie Jugendbewegung muß ein Volkswort sein gegen die von der vereinigten Reaktion betriebene nationalistische Verfeuchung der Jugend unseres Volkes!

Soll die Zukunft Euer sein, dann sorgt, daß die Jugend in den Idealen freien Menschentums erzogen wird!

Gedenkt bei der Sammlung für den Bebelfonds, daß mit den für den staatlichen Jugendsang ausgeworfenen Millionen Euch die Herzen der Jugend entziffen werden sollen!

Betätigt Euren alten Opfermut durch eifriges Werben für den Bebelfonds, für den Fonds der Jugend!

wurden abgelehnt, ohne daß Gelegenheit gegeben wurde zu ihrer Begründung. Ueber die Bestimmung der Geschäftsordnung, die solche Begründung gewährt, setzte die Mehrheit sich ebenfalls strupellos hinweg; sie nahm die ganze Vorlage einfach un- verändert an.

So ist der Altonaer Arbeiterschaft eines ihrer wichtigsten Rechte eskamotiert worden, aber das Altonaer Spießbürgertum wird an seinem „Siege“ wenig Freude erleben.

Ersatzwahl zum preussischen Landtage.

Bei der Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Lüdinghausen-Deudum-Warendorf wurde Graf Woz zu Droste-Vischering (Z.) mit 380 von 483 abgegebenen Stimmen gewählt. Der bisherige Mandatsinhaber, Zentrumsabgeordneter Freiherr v. Twidel, wurde ins Herrenhaus berufen.

Mittelalterliches aus Saarabien.

Die „Neunkirchner Zeitung“ veröffentlicht folgendes:

„Grube Neben, 18. September. Zu Anfang dieser Woche wurde den technischen Grubenbeamten der hiesigen Inspektion eine Verfügung der königlichen Bergwerksdirektion bekanntgegeben, welche für unsere heutigen Zeitverhältnisse recht eigenartig anmutet. Nach einer aus den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts datierten Verfügung kann nämlich die vorgelegte Behörde den Beamten das Aufenthaltswahlrecht beschränken und unter Kontrolle stellen, dergestalt, daß ein Verlassen des Wohnortes nur durch vorher nachgesuchte Genehmigung respektive Anzeige gestattet ist. Diese Verfügung hat die königliche Bergbehörde — wie es heißt aus Anlaß eines Spezialfalles — den hiesigen Grubenbeamten wieder in Erinnerung gebracht und auf Grund deren verfügt, daß in Zukunft jeder Beamte, sobald er seinen Wohnort, wenn auch nur vorübergehend, zu verlassen beabsichtigt, vorher bei der Inspektion die Genehmigung hierzu nachzusuchen bzw. Anzeige zu erstatten hat. Will er über Nacht außerhalb seines Wohnortes sich aufhalten, so hat er dies unter genauer Angabe vorher der Inspektion mitzuteilen. Es ist begreiflich, daß dieses Zurückgreifen auf eine Verfügung, die bisher nur mehr auf dem Papier stand, und von deren Bestehen nur die wenigsten Beamten auch nur eine Ahnung hatten, eine nicht geringe Unzufriedenheit unter den beteiligten Kreisen hervorgerufen hat, zumal sie, wie bestimmt verkauft, nur den Beamten der hiesigen Inspektion zugegangen ist, die ihre Kenntnisnahme durch Unterschrift bescheinigen mußten. Sie sind der unmaßgeblichen Meinung, daß diese Maßnahme in lausalem Zusammenhang mit dem Verhalten der technischen Grubenbeamten bei der letzten Landtagswahl steht.“

Der betreffende Bergwerksdirektor ist, wie das „Berliner Tageblatt“ zu melden weiß, Vorsitzender des nationalliberalen Wahlvereins für den Kreis Wittweier. Was sagen die Nationalliberalen dazu?

Fuhrmänner und Wassermänner.

Die „Nationalliberalen“, das heißt, die von den rheinisch-westfälischen Großindustriellen begünstigten Rechtsnationalliberalen Fuhrmannscher Richtung billigen in ihrer „Reichskorrespondenz“ nicht

nur das zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bund der Landwirte abgeschlossene antisozialpolitische Unternehmungskartell, sondern sie länden zugleich an, daß sie den Kampf gegen die Demokratisierung der nationalliberalen Partei fortsetzen werden. Besonders hat ihr Mißfallen der seit kurzem in Berlin erscheinende linksnationalliberale „Deutsche Kurier“ erregt. Die Fuhrmänner erteilen ihm deshalb folgenden Ratschläge:

„Gegen altbekannte und gegen neuauftauchende Bestrebungen und Stützpunkte der radikalen Entwicklung werden wir ohne Schonung vorgehen. Erst in diesen Tagen ist ein neuer Gegner auf den Plan getreten, der „Deutsche Kurier“ in Berlin, der sich als nationalliberale Tageszeitung eingeführt hat. So freudig der Plan, eine große nationalliberale Tageszeitung in der Reichshauptstadt zu gründen, begrüßt werden mußte, so sehr enttäuscht die von ihr eingenommene Haltung. Statt sich durch objektive Orientierung der Leser Boden im Lande zu suchen, hat das neue Blatt seine Spalten zu Angriffen auf politische und wirtschaftliche Bestrebungen hergegeben, die ihr volles Bürgerrecht in der nationalliberalen Partei besitzen und beanspruchen. Daß es damit nicht dem Frieden der Partei dient, ist sofort zu Tage getreten; daß es glauben konnte, damit dem Willen seiner Gründer zu dienen, ist tief bedauerlich.“

Eine Konferenz der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten

soll am 4. und 5. Oktober in Wiesbaden stattfinden. Die Konferenz soll sich mit der auswärtigen Lage und Fragen der Wirtschaftspolitik, die durch die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge aufgeworfen sind, beschäftigen. Anlaß zu Erörterungen werde weiter, wie die „National. Korrespondenz“ schreibt, die Frage des Arbeitswilligenschutzes geben, die Industrie und Gewerbe lebhaft beschäftigt, über die aber doch in weiten Kreisen große Unklarheit herrscht“. Auch die für die Wintertagung angekündigten neuen Vorlagen dürften gestreift werden.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge.

Das Dresdener Stadtverordnetenkollegium verhandelte am Donnerstagabend über einen sozialdemokratischen Antrag, der zur Bänderung der Arbeitslosennot die alsbaldige Vereinfachung von Mitteln forderte, ferner verlangte, daß städtische Arbeit zur Beschäftigung für Arbeitslose bereitgestellt und der Austausch für soziale Angelegenheiten mit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung beauftragt werde. Den Antrag begründete Genosse Rische, der auf die große und rasch wachsende Arbeitslosennot hinwies, die Pflicht der Städte, hier helfend eingzugreifen, besonders betonte und schließlich die Einführung einer Arbeitslosenversicherung eingehend besprach.

Auf einen nationalliberalen Antrag hin wurde die sozialdemokratische Forderung in allen Punkten dem Ausschuss für soziale Angelegenheiten überwiesen. Die Beschlußfassung erfolgte einstimmig, nur gegen den 3. Punkt, der die Einführung einer Arbeitslosenversicherung forderte, erhoben sich die Konservativen, die erklärten, eine Arbeitslosenversicherung, die nur den Arbeitern zugute kommen solle, ablehnen zu müssen. — Ist durch die Ueberweisung an den genannten Ausschuss auch eine bestimmte Stellungnahme der Stadtverordneten verhindert worden, so war der Vorstoß unserer Genossen doch nicht vergeblich. Der Soziale Ausschuss wird sich in einer schon angefangenen Sitzung bereits in den nächsten Tagen mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge befassen.

Regelung der Pensionsverhältnisse der Altpensionäre.

Der Gesetzentwurf über die Pensionsverhältnisse der Altpensionäre des Reiches ist im Reichshaus fertiggestellt und soll dem Reichstag so frühzeitig zugehen, daß das Gesetz am 1. April 1914 in Kraft treten kann. — Nach einer Meldung des „Deutschen Kurier“ sind in Preußen Ermäßigungen im Gange, ob man sich diesem Vorgehen anschließen soll, da bekanntlich die Pensionsverhältnisse der preussischen Altpensionäre nur im Verordnungsweg geregelt sind. Da Preußen und das Reich in Beamtengehaltfragen zunächst in Uebereinstimmung handeln, kann man annehmen, daß auch Preußen eine gesetzliche Regelung vornehmen wird.

Kirchenaustrittserklärungen.

In Jena fand am Donnerstag eine öffentliche Volksversammlung statt, in der die Genossen Reus und Hoffmann (Berlin) sowie die Genossin Grünberg (Rürnberg) über das Thema: „Heraus aus der Kirche“ sprachen. Nach der Versammlung erklärten über 100 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche. Zugleich wurden dem Bebel-Fonds für die Jugendbildung 100 M. (das Eintrittsgeld betrug 10 Pf.) als Erlös der Versammlung überwiesen.

Die Balkanfragen.

Der türkisch-bulgarische Friede.

Konstantinopel, 19. September. Das auf Grund der türkisch-bulgarischen Verhandlungen abgefaßte Protokoll legt bezüglich des Indigenats, worüber ein endgültiges Uebereinkommen getroffen wurde, eine Optionsfrist von vier Jahren für jene Muselmanen fest, die in den an Bulgarien abgetretenen Gebieten wohnen. Während dieser Frist werden die Muselmanen berechtigt sein, auszuwandern und ihre Güter zu verkaufen. Sie bleiben während dieser Zeit ottomanische Untertanen. Wie berichtet wird, haben die bulgarischen Delegierten den Punkt, der sich auf die Anerkennung der Rechte der muslimanischen Bewohner und Gemeinden bezieht, angenommen. Auch in der Sakuffrage soll im Prinzip ein Einvernehmen erzielt worden sein. Die Details dieser Fragen würden durch eine Unterkommission geregelt werden. Der Lastrizier schreibt: Man kann annehmen, daß im Hinblick auf die Unbeständigkeit des gegenwärtigen Gleichgewichtszustandes auf dem Balkan die künftigen Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien notwendig eine andere Wendung nehmen werden, die es ermöglichen werde, die Vergangenheit zu vergessen. Aber dies hänge von der Art ab, wie die Bulgaren die Vertragsbestimmungen über die Rechte der Muselmanen erfüllen würden.

Nach dem Austausch der Instrumente des Friedensvertrages wird eine türkisch-bulgarische Kommission die neue Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei topographisch bestimmen.

Bulgarische Aufkloren.

Sofia, 19. September. Die Regierung hat authentische Nachrichten erhalten, daß 2800 Bulgaren aus der Gegend von Florina von den griechischen Behörden auf kleine unbewohnte Inseln im Ägäischen Meere deportiert worden sind, wo sie entweder Hungers starben oder getötet wurden.

England.

Gegen Romerul.

London, 19. September. Die militärischen Vorbereitungen der Protokollpartei in Ulster zu bewaffneten Widerständen gegen die neue irische Verfassung sind jetzt so weit vorgeschritten, daß bei einer gestern abgehaltenen großen Revue der Freiwilligen angeführt wurde, daß ein „General“ ernannt worden sei, um die Truppen im Bürgerkrieg anzuführen. Generalleutnant Richardson, ein pensionierter Offizier der britischen Armee, hat diesen Posten übernommen. Er hielt eine kurze Ansprache an

seine „Soldaten“. Weiter ist bekanntgegeben worden, daß, wenn es zu einem Kampfe kommt, die Frauen und Kinder der Auffständigen zu Freunden ihrer Sache nach England gebracht werden würden, wofür ein Komitee, an dessen Spitze bekannte konservative Parlamentarier stehen, die Sorge übernimmt.

Holland.

Der Führer der Diamantarbeiter in der Ersten Kammer.

Leeuwarden, 19. September. Die Provinzialstände von Friesland haben den Sozialisten Henry Polak, Präsidenten der Vereinigung der Diamantarbeiter, zum Mitglied der Ersten Kammer gewählt.

Amerika.

Herr Bryan.

New York, 19. September. Aus Washington wird gemeldet: Der Marquis Schinda, der japanische Vorkämpfer, hat, um seine Bemühungen über die kalifornische Frage mit Bryan zu Ende zu führen, sich an Präsident Wilson gewendet. Bryan hatte den japanischen Vorkämpfer, wenn dieser eine Unterredung wünschte, stets erklärt, er wolle zu seinen Konferenzen. Das waren seine Konferenzen mit dem Varietédirektor. Präsident Wilson hat gestern den Marquis Schinda empfangen. Dieser machte darauf aufmerksam, daß die indifferente Haltung der Vereinigten Staaten in bezug auf die kalifornische Frage — es handelt sich um das Verbot des Erwerbs von Grundbesitz durch Japaner — unbedingt ein Ende nehmen müsse.

Achte internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre.

Zürich, den 17. September 1913.

Die Konferenz beschließt heute zunächst einstimmig, einer dem Vorsitzenden Entgelt von ausländischen Delegierten gebenden Anregung entsprechend, auf dem Wege August Debelis, des großen Vorkämpfers für internationale Solidarität, einen Kranz niederzulegen.

Dann wird ein zweiter Antrag Rumänien zur Diskussion gestellt: „Ausländische Arbeiter haben ihre Beiträge in dem Lande zu entrichten, in dem sie arbeiten.“

Legien hebt die Schwierigkeiten hervor, die der praktischen Durchführung dieses Antrages vielfach entgegenstehen, im Prinzip aber ist er mit dem Antrag einverstanden. Es gibt zum Beispiel konservative englische und amerikanische Gewerkschaften, die nicht jeden fremden Arbeiter aufnehmen, so daß diese in ihren heimatischen Organisationen verbleiben müssen. Auch die deutschen Gewerkschaften nehmen kein Mitglied der tschechischen separatistischen Organisationen auf.

Die Konferenz schiebt sich der Ansicht Legiens an, daß man dem Antrag Rumänien grundsätzlich zustimmt, sich dabei aber bewußt ist, daß in der Praxis Ausnahmen zu gestatten sind.

Ein Antrag des Internationalen Sekretariats empfiehlt die Herausgabe der internationalen Gewerkschaftskorrespondenz in englischer, französischer und deutscher Sprache. Zur Deckung der Druckkosten soll der Beitrag für 1000 Mitglieder auf 4 M. jährlich erhöht werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Nur Perkins, Amerika, enthält sich der Abstimmung.

Ein Antrag Appleton-England, wonach die Vertretung auf den einzelnen Landeskongressen vom Internationalen Sekretariat aus geregelt werden soll und zwar so, daß immer ein Delegierter aus dem Nachbarland, also ein Holländer in Belgien, ein Franzose in der Schweiz, das Internationale Sekretariat vertritt, findet fast allgemeine Zustimmung. Man verspricht sich von diesem neuen Modus eine erhebliche Ersparnis der Kosten.

Es kommt der nächste Punkt der Tagesordnung an die Reihe: Veranstaltung internationaler Arbeitertage.

Jouhaug-Paris weist darauf hin, daß der Antrag schon die Konferenz von Budapest im Jahre 1911 beschäftigt habe. Man brauche die damalige Diskussion heute nicht zu wiederholen. Frankreich werde den Antrag so lange wieder einbringen, bis er angenommen werden würde. Die Konferenz sei ja jetzt schon erweitert worden durch die Hinzuziehung der internationalen Berufssekretäre. So werde sich eine stetige Erweiterung des Rahmens von selbst ergeben.

Hueber-Wien wünscht über diesen Demonstrationsantrag der Franzosen zur Tagesordnung überzugehen.

Legien: Auch ich möchte über den Antrag der Franzosen keine größere Debatte, aber ich wünsche die glatte Ablehnung des Antrages. Auf internationalen Gewerkschaftskongressen können nur ganz allgemeine Fragen erörtert werden. Ein solcher Kongress würde nur eine leere Demonstration bedeuten. Demonstrieren aber wollen wir nicht, sondern wir wollen praktische Arbeit leisten. Seit ein solcher internationaler Gewerkschaftskongress über allgemeine Fragen hinaus, so muß er sich mit Organisationsfragen, mit der Taktik und der Tendenz der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern beschäftigen und Richtlinien dafür ausgeben. Das aber wollen wir nicht, das wollen ja auch die Franzosen nicht; den in diesen Dingen herrschen zu große Meinungsverschiedenheiten. Solange aber diese Verschiedenheiten im Aufbau der Organisationen, in den Fragen der Taktik und den Tendenzen bestehen, ist positive Arbeit unmöglich. Erst wenn diese Meinungsverschiedenheiten einmal nicht mehr existieren, wird mich Jouhaug an seiner Seite finden. Was organisatorisch einheitlich geleistet werden kann, das leisten wir hier auf diesen Konferenzen. Die Schwierigkeiten sind hier bei den einfachsten Fragen schon groß genug.

Die Abstimmung über den französischen Antrag wird vorläufig ausgesetzt.

Ein Vorschlag von Perkins-Amerika, die Bezeichnung „Internationales Sekretariat“ durch die Bezeichnung „Internationaler Gewerkschaftsbund“ zu ersetzen, wird angenommen.

Hierauf wird folgender Antrag der Vereinigten Staaten erörtert:

„Die Internationale Konferenz empfiehlt den Gewerkschaftszentralen aller Länder das Studium der Frage der

Errichtung einer „Internationalen Arbeitsföderation“, wobei die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung jeden Landes bestimmt und garantiert bleibt. Der Zweck der Föderation würde sein, der Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen der Lohnarbeiter aller Länder und die Schaffung internationaler Brüderlichkeit und Solidarität.“

Perkins-Amerika begründet den Antrag, der eine festere, einheitlichere Organisation bezweckt. Man möge eine Kommission für die Prüfung und Vorbereitung dieser wichtigen Frage einsetzen, damit eine zukünftige Konferenz Beschluß fassen kann.

Hueber-Wien: Der Antrag ist dem französischen ähnlich. Wir wissen nicht, was die Amerikaner unter Föderation verstanden wissen wollen. Wir hören nur eine Phrasologie, keine positiven Vorschläge. Wollen die Amerikaner eine einheitliche Grundvorlage dahin schaffen, daß jeder fremde organisierte Arbeiter von den amerikanischen Gewerkschaften ohne weiteres aufgenommen wird? So lange wir nicht solche positive Dinge zu hören bekommen, bitte ich Sie, über den amerikanischen Antrag wie über den französischen zur Tagesordnung überzugehen.

Perkins versucht, den amerikanischen Antrag noch einmal zu rechtfertigen. Der Antrag bezwecke eine festere straffere Organi-

salion. An die Spitze der Organisation gehöre ein leitender Beamter, dessen volle Tätigkeit der Organisation des internationalen Gewerkschaftsbundes gewidmet sei und der mehr Einwirkung auf die Zentralen der einzelnen Länder ausüben könne, zum Beispiel darauf, daß in Amerika das Gegenseitigkeitsprinzip voll durchgeführt werde. In seiner Gewerkschaft der Tabakarbeiter sei das Gegenseitigkeitsprinzip bereits vollzogen, ebenso bei den amerikanischen Buchdruckern und andern Gewerkschaften. Man komme also den Wünschen Huebers schon mehr und mehr entgegen.

Dudogch-Holland bezieht den amerikanischen Antrag für verfrüht.

Hueber-Wien glaubt an eine natürliche Entwicklung der internationalen Gewerkschaften zu einheitlicher und festerer Organisation. Die Grundlagen müssen die internationalen Berufsverbände bilden. Mit der Zeit werden diese letzteren ein gemeinsames Aktionskomitee einsetzen, das wieder mit unserem Sekretariat in Verbindung treten wird. Einen andern Weg als die unausgesetzte Förderung der internationalen Berufsverbände sehe ich nicht. Sind diese erst vollständig aufgebaut, dann werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen eisernen Ring um den ganzen Erdball bilden zum Schutze der Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung. Dann wird die Föderation da sein und um die Zukunft ist mir dann nicht lange.

Legien wiederholt noch einmal, daß die Frage der internationalen Gewerkschaftskongresse noch nicht spruchreif sei. Wir können nicht mit dem Bau des Daches anfangen, sondern müssen erst die Grundmauern aufschichten.

Perkins will seinen Antrag zurückziehen, wenn er auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses kommt und die Konferenz sich mit der Einsetzung einer vorbereitenden Kommission einverstanden erklärt.

Legien schlägt vor, keine Kommission einzusetzen, sondern eine Umfrage bei den einzelnen Landeszentralen zu veranstalten. Nachdem sich Perkins mit diesem Vorschlag Legiens einverstanden erklärt hat, beschließt die Konferenz demgemäß. Der oben erörterte französische Antrag wird durch diesen Beschluß für erledigt erklärt.

Die Konferenz nimmt eine Protestresolution gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften durch die französische Regierung einstimmig an.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet ein Referat des schwedischen Delegierten Söderberg-Stockholm über:

„Maßregeln zur Abschaffung der Nachtarbeit und zur Einführung des gesetzlichen Achtstundentages.“

Söderberg hält die internationale Regelung der beiden Fragen für notwendig, weil den Aktionen der Arbeiter in den einzelnen Ländern immer mit dem Einmunde begegnet werde, daß ein Land allein nicht vorgehen könne, sondern eine internationale Verständigung vorangehen müsse. Die Großstaaten müßten dabei an der Spitze marschieren. In Schweden habe man in fünfjährigem Kampfe in einzelnen Branchen die Abschaffung der Nachtarbeit nahezu erreicht, aber die Schwierigkeiten würden immer größer. Redner empfiehlt folgende Resolution:

„Die Konferenz ersucht dringend die Arbeitervertreter der Parlamente der verschiedenen Länder, daß sie, wo es nicht schon geschehen ist, demnächst Anträge einbringen resp. erneuern, auf Verbot der Nachtarbeit für diejenigen Arbeiterkategorien und Industriezweige, in denen nicht dringende Umstände dieselbe notwendig machen, und gleichfalls Anträge einzubringen auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages.“

Um einen Überblick über die Behandlung dieser Fragen in den verschiedenen Körperkategorien der verschiedenen Länder zu gewinnen, werden die Vorstände der angeschlossenen Landesorganisationen der verschiedenen Länder aufgefordert, in ihren Jahresberichten an das Internationale Sekretariat Mitteilungen über die Behandlung dieser Anträge und über den Verlauf der Verhandlungen in den verschiedenen Ländern zu liefern.“

D'Aragona-Mailand weist darauf hin, daß man in Italien die Nachtarbeit im Bäckergewerbe beseitigt habe.

Bowerman-London berichtet über die Tätigkeit der Arbeiterpartei im englischen Parlament in beiden Fragen. Die Nachtarbeit ist in England in einzelnen Berufen abgeschafft, aber noch nicht im Bäckergewerbe. Zwar ist ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, diese geht aber den Schneefang. Der Achtstundentag ist in der Textilbranche und im Eisenbahnbau gesetzlich eingeführt, sonst noch nirgends. Die Arbeiterpartei werde sich dieser wichtigen Frage aber ganz besonders warm annehmen und ein baldiger Erfolg sei nicht unwahrscheinlich.

Die Resolution Söderberg wird einstimmig gutgeheißen.

Verhandelt wird hierauf über eine belgische Anregung: Die

Gründung von

Informationsbureaus

in allen Ländern und ihre internationale Organisation.“ Es handelt sich um Informationsbureaus über den Geschäftsgang und die Finanzlage usw. der Industrie- und Handelsgewerkschaften, mit denen die Arbeiter in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt werden können. In Brüssel hat man ein solches Bureau eingerichtet, das gut arbeitet und wertvolle Dienste leistet, jedoch versagt dieses Bureau vorläufig bei internationalen Gesellschaften.

Die Konferenz beschließt, das internationale Sekretariat mit dem Studium der hier angelegten Frage zu beauftragen und auf der nächsten Konferenz weiter darüber zu verhandeln.

Hierauf wird über folgenden von Frankreich gestellten Antrag verhandelt:

„Untersuchung darüber, welche Maßnahmen zu treffen sind, um der Manifestation des 1. Mai ihren wirklichen wirtschaftlichen und internationalen Charakter zu geben.“

Jouhaug-Paris glaubt nicht, daß der Antrag hier endgültig erledigt werde. Der Antrag solle die Diskussion über die Manifestation wieder ordentlich in Fluß bringen. Bei der immer stärkeren Zuspitzung der Verhältnisse sei es immer mehr notwendig, die Manifestation hochzuhalten. Man solle Redner international austauschen, um das Interesse zu erhöhen und für die internationale Solidarität zu demonstrieren.

Sassenbach-Berlin hält die Konferenz für ungeeignet, die Frage der Manifestation zu verhandeln. Die Verhältnisse lägen dazu in den einzelnen Ländern zu verschiedenartig. Deutschland habe für die Manifestation das schwerste Opfer gebracht, ohne daß die Arbeitsruhe völlig durchgeföhrt werden konnte. Die internationale Solidarität sei auch inzwischen so weit vorgeschritten, daß dem Gedanken der internationalen Solidarität auf andere Weise Ausdruck verliehen werden könne. Wenn die Franzosen das Bedürfnis hätten, ausländische Redner zu den Manifestationen heranzuziehen, so stehe dem nichts im Wege.

Die Konferenz geht hierauf über den Antrag zur Tagesordnung über.

Legien wird wieder zum Vorsitzenden des internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt; er nimmt die Wahl, die zugleich eine Ehrung der deutschen Gewerkschaftsbewegung sei, mit Dank an.

Auf Anregung Legiens wird schließlich noch die Frage erörtert, die auf der Tagesordnung der Konferenz der internationalen Berufssekretäre steht:

„Was können die nationalen Landessekretäre tun, um den Anstich der Gewerkschaften an die internationalen Berufssekretariate zu bewirken?“

Kloth-Berlin (internationaler Berufssekretär der Buchbinder) schildert die Schwierigkeiten, die den nach Amerika auswanderten Buchbindern bei der Aufnahme in die dortige Organisation gemacht werden und verlangt die Verpflichtung zur Gegenseitigkeit. Compers habe zwar versprochen, sich für Erleichterungen einzusetzen, Erfolg hat er mit seinen Bemühungen nicht gehabt. Kehlische Klagen

kommen auch von England. In Frankreich haben die Buchbinder den Anstich an die internationale Organisation vollzogen, aber begahnt haben sie bis jetzt nichts. (Heiterkeit.) Solch papierene Anstiche seien aber ziemlich wertlos. Die Landessekretäre sollten dafür sorgen, daß die einzelnen Verbände den internationalen Berufssekretariaten beitreten. Dann wären die internationalen Berufssekretäre auch bereit, dafür zu sorgen, daß ihre Landesorganisationen sich auch den Landeszentralen anschließen.

Die Verhandlungen werden abgebrochen und sollen morgen, Donnerstag, fortgesetzt werden.

Aus der Partei.

Weitere Hausdurchsuchungen.

Nach der Broschüre des Düsselbacher Genossen Binnen: „Wer will unter die Soldaten?“ wurde auch in den Buchhandlungen der Breslauer „Volkswacht“ und der „Viegniger Volkszeitung“ gehäusucht. In Liegnitz gelang es der Polizei, die Exemplare davon zu beschlagnahmen, während in Breslau die Bemühungen des Kriminalkommissars und seiner drei Beamten trotz stundenlanger Arbeit ergebnislos waren. Dies wurde nicht gefunden. Hiermit war aber die große Staatsaktion noch nicht erschöpft. Ein ganzes Heer von Geheimpolitikern wartet, um bei allen „Volkswacht“-Kolporteurs ebenfalls nach der Broschüre zu schnüffeln. Fast ohne Ausnahme wurden Männer, Frauen und Kinder von den Polizisten in Zivil auf der Straße angehalten und dann in Häusern durchsucht. Gefunden wurde bei allen 100 Kolporteurs auch nicht das geringste, selbst, wie es mehrfach vorgekommen ist, wenn die Betroffenen zwei- und dreimal hintereinander durchsucht wurden. Weiter wurde bei der „Volkstimme“ in Lubenau und der „Schleswig-holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel eifrig gehäusucht. Gefunden wurde hier wie dort nichts.

Ein freisinniger Volkstiler.

Die liberalen Praktiken des freisinnigen Fabrikanten Schulte in Haspe bei Hagen i. B. hatte unser Eiberfelder Parteiblatt festgenagelt. Schultes erste Tat als neugewählter Stadtverordneter von Haspe war, im Stadtrat zu beantragen, daß im Ortskrankenkassenstatut der Paragraph gestrichen wird, nach welchem das Krankengeld auch für den Sonntag bezahlt wird. Ein hohes Krankengeld, so führte Schulte aus, machen sich die Versicherten nur zuunne und hohe Leistungen tragen dazu bei, daß die Leute sich von der Arbeit drücken. Die Krankenkasse sei keine Versorgungsanstalt. Obgleich Herr Schulte die Tatsache, solche Verfügungen getan zu haben, gar nicht abirrt, sondern obenrein noch behauptete, durch diese Stellungnahme Allgemeininteressen vertreten zu haben, verlagte er die Eiberfelder „Freie Presse“. Der verantwortliche Redakteur, Genosse Liebig, wurde wegen formeller Beleidigung zu 2 M. Strafe verurteilt.

Soziales.

Die Streiks entstehen.

Die „Dis“-Elevatoren-Ges. stand gestern in zehn Sachen vor dem Gewerbegericht. In der Mehrzahl der Fälle kam das Gericht zu einer Verurteilung, weil die Firma lediglich formalistische Einwendungen vorzubringen wußte, um die Arbeiter, für die die Klager Bezahlung forderten, als unfertig hinzustellen. Dabei ergab sich, daß die Beklagte wohl ihren Arbeitern gegenüber rigoros auf den Bestimmungen ihrer Arbeitsordnung bestand, sie selbst sich aber unbedenklich darüber hinwegsetzte, wann und wo es ihr passend erschien, so daß der Vorsitzende Magistratsrat Wölbli mit Recht zu dem Ausruf kam: „Ja, wenn Sie so verfahren, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn ab und zu ein Streik bei Ihnen ausbricht.“

Zum preussischen Wohnungsgesetzentwurf wird die im Oktober in Breslau zusammentretende Hauptversammlung des preussischen Städtetages neben dem Kommunalabgaberecht eingehend Stellung nehmen. Die Leitfrage zu diesem Thema lautet:

1. Das Bestreben der Staatsregierung, das Wohnungswesen zu fördern, wird gern und dankbar anerkannt. Der Wohnungsgesetzentwurf behandelt aber nur einzelne Ausschnitte der Wohnungsfrage, und zwar gerade diejenigen Ausschnitte, die in das Tätigkeitsgebiet der Gemeinden fallen.

2. Die wichtigsten Teilaufgaben der Wohnungsfrage sind nach Art und Umfang dem Zugriff der Gemeinden überhaupt entzogen, so die umfassende Regelung des Realcreditwesens, das gesamte Hypothekenrecht und vieles mehr. Hier liegen die eigentlichen Aufgaben für Reich und Staat.

3. Die Neigung des Wohnungsgesetzentwurfes, im eigentlichen Tätigkeitsgebiet der Gemeinden die Selbstverwaltung durch staatspolizeiliche Zuständigkeit zu ersetzen oder einzuschränken, muß als ein Fehlgriff bezeichnet werden. Die Gemeinde darf in der Erfüllung ihrer eigenen Aufgabe nur der allgemeinen Staatsaufsicht unterworfen werden.

4. Der Wohnungsgesetzentwurf erwähnt in Text und Begründung die finanzielle Belastung der Gemeinden durch die Fürsorge für das Wohnungswesen überhaupt nicht. Die Gemeinden bedürfen aber, um grundlegende Verbesserungen im Wohnungswesen durchzuführen, der Erschließung neuer Einnahmequellen.

Letzte Nachrichten.

Albanische Vandenbildung gegen Serbien.

Belgrad, 19. September. (B. V.) Die Haltung der Albanesen gegen Serbien wird immer drohender. Essad Pascha verfügt in Tirana über 30 Maschinengewehre und 24 Schnellfeuerkanonen. Die antiferbische Bewegung wird von dem alten Parteigänger Issa Woljettinag, dem mazedonischen Vandenführer Sandanefi und dem bulgarischen Obersten Markoff organisiert. Fünf ehemalige bulgarische Offiziere befinden sich ständig in Durazzo. Sie versprechen den Albanesen Gewehre und Maschinengewehre, Schnellfeuerkanonen und Munition sowie Instrukteure für die zu errichtende albanische Armee; sie besuchten Essad Pascha in Durazzo. Auch in Tirana sind verkleidete fremde Offiziere angelangt. Infolge dieser verdächtigen Bewegung an der albanischen Grenze hat Montenegro einige Brigaden mobilisiert und auch Serbien verstärkt seine Grenzgarnissen beträchtlich. In Luzi kam es zu neuen Kämpfen, bei denen die albanischen Vanden schwere Verluste erlitten. Mehrere albanische Agenten, die die Einwohner aufwiegelten, wurden verhaftet.

Verhafteter Defraudant.

Der wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung bei der Oberrechnungskammer in Potsdam flehentlich verfolgte Wehime-Rangleifreiherr von Priebe ist heute in Fürstentum verhaftet worden.

Jugentgleisung bei Möncheberg.

Möncheberg, 19. September. (B. V.) Infolge falscher Weichenstellung entgleiten heute bei Möncheberg vom Zuge 814 drei Wagen. Schwer verletzt wurde niemand, einige Personen sollen leicht verletzt sein.

Kaffee

frisch gebrannt
1/2-Pfund-Paket
60, 65, 70 Pf.

Himbeersaft

1/2 Flasche 48 Pf.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Verkauf nicht an Wiederverkäufer. (Nicht am Spittelmarkt) Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Kartoffeln

10 Pfund 23 Pf.

Haushalt-Schokolade

Pfund 70 Pf.

* Frisches Fleisch

Kalbskamm	Pfund	85 Pf.
Kalbsbug	Pfund	85 Pf.
Kalbsbrust	Pfund	95 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund	95 Pf.
Suppenfleisch	Pfund	85 Pf.
Roastbeef ohne Knochen	Pfund	1.40

Kassler 88,95 Pf.

Schweinekamm o. Schuff	Pfund	95 Pf.
Schweinekotelett	Pfund	1.05
Schulterblatt im Ganzen	Pfund	80 Pf.
Eisbein (Dickbein) mit Spitze	Pfund	60 Pf.
Hammeldünnung	Pfund	75 Pf.
Rindertalg (ausgelassen)	Pfund	60 Pf.
Rückenfett	Pfund	60 Pf.
Liesen	Pfund	70 Pf.

Wurstwaren

Cervelatwurst	Pfund	1.25
Gänsebrust geräuchert im Ganzen	Pfund	1.60
Schinkenspeck	Pfund	1.20
Nusschinken	Pfund	1.40
Echte Hallesche Leberwurst	Pfund	1.30
Echte Braunschweiger Mettwurst	Pfund	1.30
Speck seit Pfund 80 Pf. mager Pfund	Pfund	95 Pf.
Landleberwurst	Pfund	95 Pf.
Rot- od. Zwiebelwurst	Pfund	60 Pf.

Räucherwaren

Pommersche Flundern	Pfund	38 Pf.
Bücklinge	4 Stück	18 Pf.
Aale geräuchert	Pfund	1.10 Pf.
Sardellen	Pfund	65, 85 Pf.
Öl Sardinen Dose		38, 45, 65 Pf.
Sardinen oder Anchovis	Glas	25 Pf.
Lachs geräuchert	1/4 Pfund	30 Pf.

Butter und Käse

Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket	63 Pf.
f. Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket	65 Pf.
Bratenschmalz	Pfund	70 Pf.
Bayr. Emmen-taler Käse	Pfund	88, 98 Pf.
Limburger Käse	Pfund	45 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	75 Pf.
Romatour Käse	Stück	28 Pf.

* Obst und Gemüse

Gänse 65, 70, 75 Pfennig

Ananas	Pfund	65, 75 Pf.
Bananen	Pfund	22, 28 Pf.
Weintrauben	Pfund	20 Pf.
Kochäpfel	Pfund	8 Pf.
Essäpfel	Pfund	10, 15 Pf.
Pflaumen	Pfund	6, 8 Pf.
Tomaten	Pfund	8 Pf.

Gurken		5, 10 Pf.
Blumenkohl	Kopf	8, 15 Pf.
Rot-, Weiss- oder Wirsingkohl	Pfd.	3 Pf.
Rote Rüben	3 Pfund	10 Pf.
Mohrrüben	3 Pfund	10 Pf.
Kürbis im Ganzen	Pfund	3 Pf.
Neue Feigen	Pfund	33 Pf.

Reb-hühner zu billigen Tagespreisen

Kolonialwaren

Erlisen	Pfund	15, 18, 20 Pf.
Erbsen geschält	Pfund	24 Pf.
Bohnen	Pfund	20, 24 Pf.
Linsen	Pfund	18, 23, 28 Pf.
Reis	Pfund	18, 23, 28 Pf.
Makkaroni gefärbt, 1/2- und 1/4-Pfund-Paket	Pfund	36 Pf.
Makkaroni gefärbt, lose	Pfund	32 Pf.
Eierschnitznudeln gefärbt	Pfund	42 Pf.
Suppeneinlagen gefärbt	1/2-Pfund-Paket	13 Pf.
Gemischte Marmelade	Pfund	25 Pf.

Konserven

Stangenspargel	1/2 Dose	98 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	1/2 Dose	70 Pf.
Bruchspargel mit Kopf	1/2 Dose	1.00
Gemischtes Gemüse	1/2 Dose	50 Pf.
Suppenshotten	1/2 Dose	38 Pf.
Junge Schoten	1/2 Dose	45 Pf.

Elegante Herren-Moden fertig u. nach Mass von 1 Mark wöchentliche Teilzahlung. S. Boltuch Frankfurter Allee 75 Eingang Tilsiterstrasse

Greift zu! Jed. Herr, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle elegante Kavalieregarderobe in feinsten Werkstätten Berlins gearb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Kavaller-Jackott-Anzüge, 10, 14, 18 M. Kavaller-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Kavaller-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Kavaller-Herrn-Hosen 2,50, 5,00 M. Ulster, sehr billig. Große Abteilung neuer Garderobe Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98 (Nähe Strausborger Pl.) Bitte genau auf No. 98 zu achten!

MANOLI RAPIER CIGARETTEN

6X SECHSMAL schneller als jedes andere Mundwasser vernichtet das Pfefferminz-Lysoform die Bazillen in Mund und Rachen Fl. M. 1,- und M. 2,-.

Versand-Haus für ganz Deutschland

I. Geschäft: BERLIN Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz

Möbel-Lechner

II. Geschäft: BERLIN Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße

Nebenstehende Wohnungseinrichtungen auf Kredit fast zu Kassenpreisen!

Stube und Küche No. I

1 Schrank	42.-
1 Vertiko	42.-
2 Bettstellen	49.-
1 Tisch	12.-
4 Stühle	15.-
1 Spiegel	14.-
1 Küche	70.-
zusammen M. 244.-	
Anzahlung M. 20.-	
Wochenrate M. 2.-	

Stube und Küche No. II

1 Schrank	50.-
1 Vertiko	50.-
2 Muschelbettstellen	62.-
1 Ausziehtisch	25.-
4 Stühle	26.-
1 Spiegelspind	28.-
1 Spiegel	22.-
1 Sofa	70.-
1 farbige Küche	95.-
zusammen M. 428.-	
Anzahlung M. 40.-	
Wochenrate M. 3.50	

Ferner: Wohnzimmer Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer in großer Auswahl. Küchen in allen Farben und Mustern.

Sonntags geöffnet von 8-10 Uhr.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackettanzüge Rockanzüge, Paletots, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide gearbeitet. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesen-Posten Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche sowie Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

muhte, trotz aller inneren Erbitterung gerade gegen diesen Voranschlag zu wirken. Auf geradem Wege war es schlechterdings unmöglich, an das Ziel einer Ablehnung oder gänzlichen Verminderung des Wehrbeitrags zu gelangen. Also konnte nur ein Gewaltmittel, die Schaffung einer ganz neuen politischen Lage, helfen.

Dieser Weg der Schaffung einer ganz neuen Situation, wenn möglich mit wesentlicher Verminderung der sozialdemokratischen Abgeordnetenziffern, empfahl sich den Konservativen aber auch besonders noch im Hinblick auf die Entwürfe über die Deckung der dauernden Belastung. Hier war die Regierung den Männern auf der Rechten zwar weiter entgegengekommen. Sie hatte nicht nur die verhasste Erbschaftsteuer vermieden, obgleich dafür eine Wehrheit im Reichstage wohl zu haben gewesen wäre (Hört! hört!), sie hatte ferner auch die Versprechen der Einführung einer Besitzsteuer bündig nicht eingelöst, sondern an Stelle der Besitzsteuer ein sehr minderwertiges und gefährliches Surrogat vorgeschlagen, nämlich die veredelten Matrularbeiträge, an deren Stelle erst eventuell eine Vermögenszuwachssteuer treten sollte. Aber sowohl die veredelten Matrularbeiträge, wie die Eventualsteuern drohten immerhin den Besitz zu belasten, waren mindestens nicht so angenehm, wie indirekte Steuern. Nun liegt es auf der Hand, daß eine Steuerfrage auch für die Konservativen keine Wahlsparole abgeben kann. Es mußte daher ihnen daran gelegen sein, die Gesetzesvorlage der Regierung so zum Scheitern zu bringen, daß es möglich bliebe, die Rüstungsfrage bei den dann einsetzenden Wahlkämpfen in den Vordergrund zu schieben. Mit der konnte man vielleicht den französischen und den slavischen Schrecken entziehen, auch weite Kreise des Bürgertums in den Schlagschlag des „Schutzes nationaler Güter“ mit einstimmen lassen und der Sozialdemokratie mit oder ohne Fortschrittspartei eine entscheidende Niederlage beibringen. Ein solcher Plan war nur ausführbar, wenn man die Regierung zwang, die Gesetzesvorlage und Deckungsvorlage aus den Händen einer und derselben parlamentarischen Mehrheit entgegenzunehmen. Da die Sozialdemokratie für eine Bewilligung der Gesetzesvorlage von vornherein auswich, so mußte die Sache so geführt werden, daß sie auch bei den Deckungsfragen entweder freiwillig oder gezwungen in der Ecke stand. Den Kern der einheitlichen Mehrheit für Gesetzesvorlage und Deckung hätten dann die Konservativen abgegeben, denen sich das Zentrum und vielleicht die kleinere Hälfte der Nationalliberalen außer sonstigen kleinen Parteimitgliedern anzuschließen gehabt hätten. War dieser Block einmal gebildet, dann konnte er der Regierung die Steuern diktiert oder sie zu einer Auflösung des Reichstages treiben. (Sehr richtig!)

Was nun das Zentrum anbelangt, so war seine Haltung zu dem ganzen Komplex der Vorlagen nicht so einheitlich, wie die der konservativen Desperatopolitiker. Im Zentrum gab es wenigstens noch eine, allerdings verschwindende Minderheit, die überhaupt an der Notwendigkeit einer so außerordentlich starken Heeresvermehrung keine Zweifel zu hegen wagte; eine größere Gruppe war indessen mindestens gegen ein festes Bündnis auf Tod und Leben mit den Konservativen, durch das man doch größere Arbeiterkreise vor den Kopf stoßen mußte. Immerhin überwog aber die Zahl derjenigen, deren Pläne sich ungefähr auf der konservativen Linie bewegten. Monate die Regierung gezwungen werden, beide Teile ihrer Vorlagen nur von einer Mehrheit anzunehmen, dann war die Gewähr einer Schonung des Besitzes bei den Steuern gegeben, eventuell ein Mittel, die Auflösung des Reichstages zu erzwingen, die dem Zentrum vielleicht keine erhebliche Mandatsvermehrung gebracht haben würde, aber immerhin Aussicht auf eine starke Schwächung der Sozialdemokratie bot, und damit das Zentrum wieder in die alte Stellung hinaufgeführt hätte, als stärkste Fraktion des Reichstages eine Mehrheit sowohl nach rechts, wie auch nach links, je nach eigenem Wohlwollen und nach eigenen Interessen bilden zu können. (Sehr richtig!)

Schwankend waren auch Teile der nationalliberalen Partei. Es gibt da einige Kreise des Bundes der Landwirte, einige als Liberale maskierte Konservative, die die Partei unausgesetzt nach rechts zu drängen bemüht sind. Diese Elemente waren durchaus nicht müßig und haben wenigstens zeitweise gehofft, mit den Konservativen zu einer gemeinsamen Arbeit gelangen zu können. Ihnen stand aber eine größere Gruppe entgegen, deren politisches Verständnis durch die schlechten Erfahrungen mit der Blockpolitik unfeligen Andenkens gewachsen war. Diese Gruppe hat schließlich in der nationalliberalen Fraktion die Oberhand gewonnen, hat ein taktisches Zusammenarbeiten mit den Sozialliberalen und der Sozialdemokratie möglich gemacht, was allerdings dadurch auch in der Lage, unseren eigenen Plänen manche empfindliche Grenze zu ziehen. Die Nationalliberalen und die Fortschrittler hatten im Wahlkampf von 1912 denn doch gar zu stark die Notwendigkeit einer Heeresvermehrung zum Teil auch eine Reichserbschaftsteuer betont, als daß sie jetzt das Feld kampflos den reaktionären Parteien hätten überlassen können. Einem Zusammenwirken der Parteien von Debel bis Vasser mann waren unter den bestehenden Verhältnissen aber sehr enge Grenzen gezogen. Wohl wäre es möglich gewesen, für die Ausgestaltung des Wehrbeitrags und auch für die Einführung einer direkten Besteuerung des Besitzes eine straffe Mehrheit, sogar vier, einen kleinen Besitzsteuerblock, zu schaffen. Aber der Finanzplan der Regierung enthielt außer diesen beiden direkten Steuern auch noch eine Reihe anderer Vorschläge, die die Sozialdemokratie auf Grund ihres Programms unbedingt ablehnt. Ein festes taktisches Abkommen, ein Steuerblock zwischen den drei Linksparteien war also ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie mußte also unter allen Umständen versuchen, die Freiheit ihres Entschlusses zu bewahren, so zwar, daß sie einzelne Steuern je nachdem annehmen oder ablehnen konnte, ohne dadurch doch das Zustandekommen einer wirklichen Besitzbesteuerung zu verhindern und eine für die Massen ungünstigere indirekte Steuer etwa heraufzubeschwören. Auf dieser Linie hat sich die Fraktion von Anfang an gehalten, und es ist mir auch nicht die kleinste Tatsache bekannt geworden, aus der zu schließen wäre, daß eine nennenswerte Minderheit damit unzufrieden war. Kein einziges Mitglied der Fraktion hätte das Scheitern der Besitzbesteuerung überhaupt gewünscht. Vielmehr haben auch diejenigen, die nachträglich das Versagen der Fraktionsmehrheit auf das Schroffe angriffen, immer gewünscht, daß indirekte Steuern vermieden werden.

Weil sich viele Kritiker nicht anders zu helfen wußten, immerhin aber etwas vorbringen wollen, deshalb wenden sie sich gegen das Vereinde und stellen es als minderwertig hin. Wie verhält es sich denn in Wirklichkeit mit den inzwischen publizierten Steuern? In der ursprünglichen Regierungsvorlage war der Wehrbeitrag eine rohe, auf die individuelle Leistungsfähigkeit der Steuerzahler nicht im geringsten Rücksicht nehmende Abgabe. Die Sozialdemokratie hat sich in der Budgetkommission lebhaft um die Ausgestaltung der Vorlage bemüht und sie mit Erfolg namentlich nach drei Richtungen hin betrieben. Der Kreis der Steuerpflichtigen wurde erheblich weitergezogen, die Steuerhöhe für die Vermögenssteuer wurden progressiv gestaltet und durchgestrichelt, und das Einkommen in ganz anderer Weise progressiv herangezogen. So wie der Wehrbeitrag jetzt — ich wiederhole, zum Teil auf unmittelbare Anregung aus unseren Kreisen — ausgestaltet ist, stellt er für die Jahre 1914 bis 1916 eine direkte progressive Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer dar. Nun wendet man ein: Ja, das ist doch nur eine einmalige Abgabe. Unsere Genossen im Reichstag, die zu dieser Frage gesprochen haben, haben ohne Ausnahme erkennen lassen, daß es nach ihrer Meinung mit der Einmaligkeit dieser Abgabe seinen Hafen haben könne, und dieser Ansicht sind auch die tüchtigsten bürgerlichen Kritiker der Steuerergasse. (Hört! hört!) Ich verweise auf die Rede, mit der der Vorsitzende der Konservativen Graf von Westarp in der dritten Lesung der Steuerergasse über die Zustimmung der Sozialdemokratie zum Wehrbeitrag quitierte, eine Rede, die jeder unserer Kritiker, bevor er den Mund öffnet oder den Federhalter ansetzt, sich immer wieder durchlesen sollte, weil sie die beste und bündigste und schlagendste Verteidigung der Haltung

unserer Fraktionsmehrheit ist. Ich übersehe keineswegs, was uns beim Wehrbeitrag zu erreichen leider nicht gelungen ist. Namentlich ist eine gewisse Bevorzugung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes bei der Werterschätzung nicht zu leugnen, und wenn die Frage der Weiterdauer der Frage des Wehrbeitrags einmal zur Entscheidung steht, wird hier unsere Arbeit wieder einzusetzen haben. Ich hoffe, daß dann auch die kleineren Grundbesitzer, namentlich die süddeutschen und südwestdeutschen, die bei der Einschätzung ihres Besitzes nach dem Ertragswert sehr schlecht wegkommen, auf unserer Seite gegen die Großagrarien stehen werden. In Wehrfragen hört bei den Bauern die Gemütslichkeit beinahe sehr schnell auf. (Sehr richtig!)

Sodann hat bei der Beratung des Wehrbeitrags, noch viel mehr aber bei der der Vermögenszuwachssteuer, die Frage der Rükkenbestenerung eine sehr große Rolle gespielt; sie ist hauptsächlich des Prinzips wegen bedeutungsvoll, nicht so sehr der finanziellen Wirkung wegen. Beim Wehrbeitrag hatten sich, wenn man der Begründung der Regierung trauen darf, die deutschen Fürsten größtenteils bereit erklärt, freiwillig einen Beitrag zu leisten. Ueber die Höhe des Beitrags war indessen ein bezeichnendes Dunkel geblieben. Bei der Vermögenszuwachssteuer dagegen ist die Einsetzung der Steuerpflicht der Fürsten in das Gesetz bekanntlich von der Regierung mit dem schwersten Geschick bekämpft, und obwohl sie bereits angenommen war, im letzten Augenblick durch eine schwache und schwachmühtige Mehrheit des Reichstages wieder gestrichen worden. Ohne die übliche politische Seite dieses Vorganges zu verhallen, muß ich doch sagen, daß ihm auch keine übertriebene Bedeutung beigelegt werden sollte. Wir werden bei jeder Gelegenheit im Reichstage auf diese Frage zurückkommen und unsere Kritik wird so ergiebig sein, daß schließlich die hohen Herrschaften interessiert darum bitten werden, doch lieber die Besitzsteuer bezahlen zu können, als das immer über sich ergehen zu lassen. (Zuruf: Antworten!)

Was die Deckung der dauernden Lasten betrifft, so wäre, wenn der Regierungsentwurf Gesetz geworden wäre, in den Einzelstaaten in erster Linie das Arbeitseinkommen herangezogen worden, und in dem wichtigsten Bundesstaat Preußen wäre die Entscheidung über die Aufbringung der Mittel ausschließlich in die Hände des Junkertums gelegt worden. Der Versuch der Konservativen, in der entscheidenden zweiten Lesung die Regierungsvorlage über die veredelten Matrularbeiträge wieder herzustellen, ist mit 272 gegen 91 Stimmen zurückgewiesen worden, eine schwere Schlappe der Konservativen, ein unmittelbarer Erfolg der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Wie sich die Dinge schließlich gestaltet haben, ist der Vermögenszuwachs als Gegenstand der Reichsbesitzsteuer gemacht worden. Die Vermögenszuwachssteuer enthält auch eine Besteuerung des Erbschafts- und des Schenkungs-erwerbes, sie ist also der allgemeinen Besitzbesteuerung stark genähert. Die Hauptsache scheint mir aber, daß auch Erbschaften von Eltern auf Kinder davon betroffen werden.

Auf die außerdem noch beschlossenen indirekten Steuern brauche ich nicht einzugehen, denn unsere Haltung zu diesen Steuern ist ganz einheitlich gewesen, niemand hat sich für die Bewilligung ausgesprochen, und gewiß wird auch hier niemand seine Stimme dafür abgeben. Nun zu anderen Argumenten, mit denen die Kritik der Fraktionsmehrheit nicht sowohl in den Fraktionsberatungen selbst als vielmehr nachher in der Öffentlichkeit gearbeitet hat. Ein Teil der Kritiker ging, nachdem er eingesehen hatte, daß die Wirksamkeit der neu geschlossenen Besitzsteuer an sich nicht zu bestreiten sei, zu der Behauptung über, darauf komme es ja letzten Endes gar nicht an, denn die Arbeiter hätten ja doch immer die ganze Last zu tragen. Warm ist gestern bereits dieser abfuhren Idee entgegengetreten. Wäre diese Behauptung richtig, dann müßten wir durch 40 Jahre lange sozialdemokratische Agitation- und Aufklärungsarbeit einen Strich machen. (Sehr richtig!) Die auf dieser Basis aufgebaute Kritik richtet sich überhaupt nicht gegen die Fraktion, sondern gegen das Parteiprogramm, ihre Anhänger müßten also eine Revision des Parteiprogramms beantragen, anstatt der Fraktion einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie gemäß dem Programm gehandelt hat. (Sehr gut!) Auch vom Standpunkt der Heberwägung aus verdient die Vermögenszuwachssteuer entschieden den Vorzug vor jeder anderen Art der Besitzbesteuerung. Jedenfalls darf wohl als feststehend angesehen werden, daß eine Steuer dann am leichtesten abzuwälzen ist, wenn sie ganz gleichmäßig umgelegt wird. Die Gefahr der Abwälzung bei der Vermögenszuwachssteuer ist deshalb gering, weil sie die Steuerträger ungleichmäßig trifft. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Vermögenszuwachssteuer sogar viel besser als eine reine und gleichmäßig umgelegte Vermögenssteuer. Aber ich gebe zu, daß dieser Gesichtspunkt allein nicht maßgebend sein kann. Nachdem es mit dem Vorwurfe, die Sozialdemokratie habe für Steuern gestimmt, die letzten Endes, wenn sie sich auf in das Gewand von direkten Abgaben hüllen, doch auf die Schultern der Arbeiter fallen, nichts ist, erhebt die Kritik die schwere Aufgabe einer Verleumdung bewährter früherer Grundsätze. Schade nur, daß auch das nicht zieht, weil tatsächlich die Haltung der Fraktion in allen wesentlichen Teilen mit ihrer früheren Haltung übereinstimmt. (Sehr richtig!) Das ist ja vom „Hamburger Echo“ zusammengefaßt worden. Diese Feststellungen sind nicht zu widerlegen, sie müssen natürlich denjenigen besonders unangenehm sein, die bis zum Jahre 1913 treu und eifrig an den Steuerarbeiten der Sozialdemokratie mitgewirkt haben, ohne leider bis dahin zu erkennen, daß all ihr Wirken prinzipienwidrig und taktisch unrichtig sei. (Weiterkeit.) Ich brauche wohl nicht die Namen derjenigen zu nennen, die sich so jahrelang in der Bülbe des Parteigläubens herumgetrieben haben, ohne es zu merken (Weiterkeit), ohne daß sie es selbst am 1. März 1913 schon gemerkt hatten, wo wir unser internationales Manifest erließen. (Sehr gut!) Die Fraktion hätte aber auch dann so handeln müssen wie sie gehandelt hat, wenn in der Partei nie zuvor so etwas geschehen oder wenn immer gerade das Gegenteil geschehen wäre. (Sehr gut!) Wir sind keine Partei von Antiquaren (Weiterkeit und Sehr gut!), die wenn sie etwas tun soll, erst in allen Posten nachschlägt, was denn geschrieben steht von der Alldauerzeit her. Es ändern sich die Zeiten und wir uns mit ihnen. (Sehr richtig!) Bestimmte feste Regeln muß eine Partei natürlich haben. In ihren Grundätzen muß sie fest sein, ihre Politik muß sich auf einer geschlossenen Weltanschauung aufbauen. Aber wir lehnen es ab, uns durch falsche Autoritäten in Einzelheiten der Taktik binden zu lassen. Weil etwas alt ist, ist es noch nicht richtig und weil etwas neu ist, ist es noch nicht falsch. Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur kritischen Wertung der Umstände und der selbständigen Formung unserer Entschlüsse. Stehen sie mit der Tradition in Uebereinstimmung, weil die Umstände es gestatten, dann wird das Gewicht unserer Argumente gewiß noch steigen; weichen wir von der Tradition ab, weil andere Umstände es so gebieten, dann wird niemand in unseren Reihen diese Abweichung an sich zum Gegenstand der Kritik machen, sondern höchstens die Ueberzeugungen, die zu der Abweichung führen.

Aber auch vor trügerischen Vorurteilen müssen wir uns hüten, namentlich müssen wir das Vorurteil preisgeben, daß eine von der Fraktion inne gehaltene Politik schon deshalb falsch sei, weil sie uns zu Erfolgen geführt hat. (Weiterkeit und Sehr gut!) Eine besondere Stellung unter den Kritikern der Fraktion nehmen diejenigen ein, die da behaupten, wir hätten zwar für Besitzsteuern, aber gegen den Wehrbeitrag stimmen müssen, denn für die Besitzsteuer sei ohne unsere Stimmen keine Mehrheit vorhanden gewesen, wohl aber für den Wehrbeitrag. Richtig ist es, daß die Schlussfolgerung der Zustimmung eine Mehrheit aus ohne die Stimmen der Sozialdemokraten zeigen. Aber was dadurch bewiesen werden soll, wird in der Tat nicht bewiesen. Es gab theoretisch zwei oder drei Möglichkeiten, den Bedarf für die einmaligen Ausgaben aus Anlaß der neuen Heeresvermehrung aufzubringen, entweder durch eine Anleihe oder durch neue Steuern oder durch einen einmaligen Wehrbeitrag. Der Weg der bloßen Steuererhöhung scheidet praktisch aus; es blieb in Wirklichkeit nur die Auswahl zwischen den beiden anderen Wegen. Daß die Regierung den Weg der Anleihe nicht gewählt hat, erklärt sich hauptsächlich aus der Besorgnis,

den Markt der öffentlichen Anleihen in Deutschland ungünstig zu beeinflussen. Dazu kam, daß jede neue Anleihe das Reich mit neuen und sehr hohen Zinsverpflichtungen belastet hätte. Was uns gerade die Anleiheaufnahme am bedenklichsten macht, läßt sie vom kapitalistischen Standpunkt aus vor dem einmaligen Wehrbeitrag einen erheblichen Vorzug gewinnen. Das Widerstreben kapitalistischer Kreise gegen den einmaligen Wehrbeitrag hat aber auch noch andere Wurzeln, die vielleicht nirgendwo treffender, wenn auch unbedachtigt gekennzeichnet sind, als in einer Schrift von Erzberger, worin es heißt: „Der Wehrbeitrag ist ein Gedanke, der in seinen Konsequenzen tief und weit greift wird. Man kann diese Folgerungen gar nicht ablehnen, wenn der Wehrbeitrag auch noch so stark als ein außerordentlicher gekennzeichnet wird. Wenn man seine Wiederholung allseitig für ganz undenkbar erklärt, soviel steht heute schon fest: Jede größere Rüstungslage mit hohen einmaligen, schnell zu beschaffenden Ausgaben wird wiederum einen außerordentlichen Wehrbeitrag“ erheischen. . . Einmal ist nicht einmal, gar zu schnell wird sich in unserem Zeitalter der breitesten Öffentlichkeit auch der Gedanke festsetzen, daß man einen solchen Aderlass der Reichen nicht für Rüstungszwecke, sondern auch für kulturelle Aufgaben vornehmen könne.“ Diese Zeilen waren geschrieben, noch ehe der Wehrbeitrag seine jegige Form erhalten hatte. Um wieviel mehr gelten sie für den verbesserten Wehrbeitrag, für ein Gesetz, das tatsächlich zunächst auf drei Jahre die Reichsvermögenssteuer und die Reichs Einkommensteuer einführt, ein Gesetz, das nach einer Verminderung geradezu frei. Gegen die Ansicht der Sozialdemokratie, die Last der einmaligen Kosten der Heeresvermehrung den Besitzenden in Form des Wehrbeitrags aufzuerlegen, konnte die Anleihe nicht durchgedrückt werden. (Sehr richtig!) Daß aber von unserem Standpunkt aus der Wehrbeitrag, d. h. eine direkte Besteuerung des Vermögens und des Einkommens durch das Reich jeder Anleihe vorzuziehen war, das ist mit Händen zu greifen. Hätte nicht die Sozialdemokratie von vornherein immer wieder scharf betont, daß sie die Kosten der einmaligen Ausgabe in dieser Form aufgebracht wissen wollte, hätte sie nicht von Anfang an den Mut der Konsequenz gehabt, ihre eigene Programmforderung anzuerkennen, dann wäre die Schlussabstimmung im Reichstage anders ausgefallen. Dann hätten die Gegner des Wehrbeitrags Mut gefaßt, sie hätten alle Mann am Vord gebracht, die Entscheidung wäre auf Spitze und Knopf geblieben, man hätte bis zum letzten Augenblick nicht gewußt, ob eine Mehrheit vorhanden sei oder nicht. Aber selbst die Ablehnung des Wehrbeitrags hätte keineswegs das Scheitern der Militärvorlage zur Folge gehabt, denn dann wäre der Weg der Anleihe bestritten worden. Glaubt denn ein veränderter Mensch, daß nach Annahme der Wehrvorlage der Regierung irgendwelche ernsthaften Schwierigkeiten von der Mehrheit des Reichstages bereitet worden wären, die notwendigen Gelder im Wege des Kredits aufzunehmen? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Wieder andere Kritiker meinen, die Fraktion hätte sich der Stimme enthalten sollen. Für eine solche Taktik fehlt mir das Verständnis. Wenn wir die Vorlage nicht wollten, konnten wir sie ablehnen, ja dann müßten wir sie ablehnen; wollten wir sie aber — und unsere Kritiker wollten sie ja auch —, dann müßten wir dafür stimmen, weil in dem Wehrbeitrag ein gutes Stück unserer Programmforderungen verwirklicht worden ist. Die berühmte Zweckbestimmung spielt keine Rolle, denn die Heeresvorlage war angenommen und wir hatten nur zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Ich wollte, wir wären immer in der glücklichen Lage, von zwei Uebeln eins zu wählen, das in so hohem Maße das kleinere ist, wie diesmal der Wehrbeitrag das kleinere Uebel war.

Zu denen, die unsere Taktik kritisiert haben, kommen die, die uns einen prinzipiellen Vorwurf vorwerfen. Unser scharfster Kritiker war Genosse Geher, aber der mußte sich sogar von der prinzipiengefügigen „Bremer Bürgerzeitung“ die ironische Bemerkung gefallen lassen, daß seine antiparlamentarische Haltung zwar sehr auffällig sei, aber doch nicht zu der Vermutung führen dürfe, unser braver Geher sei nun Anarchist geworden. Ei, Herr Jesus! (Große Heiterkeit!) Wer könnte das auch von Geher behaupten, der doch noch 1908/09 als unser Vorsitzender in Steuerfragen unter dem Beifall der Fraktion ganz genau dieselbe Haltung eingenommen hatte, die er jetzt verdammen zu sollen glaubt. (Weiterkeit.) Außer den Kritikern mit den taktischen Argumenten und denen mit prinzipiellen Argumenten ist auch gelegentlich noch ein Vertreter des dritten Geschlechts (Weiterkeit) aufgetaucht, der in mehr oder weniger geschickter Mischung bald die taktische, bald die prinzipielle Seite in den Vordergrund hob, ohne daß schließlich auch seine Freunde der eifrigen Tätigkeit zu folgen in der Lage gewesen wären. Wenn doch immer neue Verfassungen der Fraktion im Laufe der letzten Wochen erdacht und beschrieben hat, so berührt es mich doch außerordentlich, daß er auch anders kann. (Weiterkeit.)

Es liegt nahe, daß ich noch einige Vorzüge derjenigen Regelung der Deckungsfrage erwähne, der die Mehrheit der Fraktion zugestimmt hat. Aber da ich fürchten muß, daß gerade diese Bemerkungen von der Minderheit scharf angegriffen werden, so helfe ich mir durch ein Zitat aus der „Leipziger Volkszeitung“ vom 4. Juli: „Durch die Wehr- und Deckungsvorlagen werden neben der Arbeiterklasse besonders die Mittelschichten belastet, und diese Belastung wird je stärker desto mehr das enge Band lockern, das jetzt noch die Ideologie des Mittelstandes mit dem Imperialismus verknüpft. Dieser fiele die Kaufschillinge der imperialistischen Entwicklung fast durchweg auf den Rücken der Arbeiterklasse, während die Mittelschichten eher Vorteile als Nachteile von ihr hätten oder zu haben glauben.“ Also so wie bisher geht die Geschichte ganz gewiß nicht mehr weiter, und jede Ausgestaltung des Systems der direkten Besteuerung ist ein Quader im Wege des Militarismus. So habe ich Ihnen denn wenigstens in großen Umrissen vorgeführt, was nach meiner Meinung zur Urteilsbildung in dieser Sache unbedingt notwendig ist: Die Tatsachen des deutschen Finanzwesens, die politische Lage nach dem 12. Januar 1912 und bei der Einbringung der Regierungsvorlagen, die Steuerentwürfe selbst und was sie dann zuletzt der Tätigkeit unserer Fraktion geworden sind, sowie endlich die Stimmen der Kritik, soweit ich zu Ihrem Verständnis vorgebrungen bin.

Das sind die Elemente, die zur Urteilsbildung notwendig und ausreichend sind. Ich glaube vertrauensvoll Ihrem Spruch entgegengehen zu können und empfehle Ihnen die Zustimmung zu den Anträgen, die der Fraktion das Vertrauen aussprechen. Ich meine aber, dieses Vertrauensdatum sollte mit einer geradezu überwältigenden Mehrheit ausgesprochen werden. Denn nur dadurch, daß sich die übergroße Mehrheit, die an Einmütigkeit nahe herantretende Mehrheit dieses Parteitages hinter die Mehrheit der Fraktion stellt, kann der bedauerliche Einbruch der Kritik wieder weggeräumt werden, die die agitatorische Bedeutung unserer Tätigkeit in der Session in Frage zu stellen drohte. (Sehr richtig!) 1912 sind wir, während im Volk noch die Erregung über die Untaten der schwarzblauen Steuermehrheit von 1909 nachgitterte, mit dem Schladrauf: „Für direkte Steuern“ in den Wahlkampf gezogen. (Sehr richtig!) Mit einer nie zuvor so gewaltig offensivsten Zustimmung haben sich die Massen des Volkes uns angeschlossen. Und da hätten wir, aus richtigen Gründen, günstigenfalls aus einer Verleumdung der Bedingungen des parlamentarischen Kampfes, die wirklich durchgreifenden direkten Steuern ablehnen, unsere eigene Agitation lägen srafen, unser Programm zerbrechen sollen? Das durfte die Fraktion nie und nimmer tun. Das Vertrauen des Volkes ist ein heiliges, gar Heiliges Gut, das zu verschwenden und zu vernichten wir uns wohl hüten müssen. (Sehr richtig!) Unsere Taktik muß die der klaren Entschlüsse, der richtig erkannten Verantwortlichkeit sein. Wir haben immer so zu entscheiden, als ob von unseren Stimmen der Ausgang der Dinge abhängt. So haben wir bei den neuen Steuern entschieden, so tat die Fraktion ihr: Pflicht. (Stürmischer Beifall.) Vorsitzender Ebert teilt mit, daß die Abstimmung über die Resolution 114 namentlich sein wird. Es haben sich be-

reits 28 Redner gemeldet. (Unruhe.) Je nach ihrer Stellung für oder gegen die Resolution Wurm sollen die Redner abwechseln.

Stadthagen: Der Antrag Ebert ist sehr gut gemeint, aber er ist undurchführbar. Wir haben nicht zwei verschiedene Meinungen gehört, sondern eine Meinung 4 1/2 Stunden lang. Wenn nun eine Richtung nach dem 4 1/2 Stunden lang ihr Standpunkt vertreten worden ist, wieder in gleicher Weise mit den Rednern der anderen Richtung abwechseln soll, dann kommt die andere Richtung, die noch nicht zu Wort gekommen ist, nicht zu ihrem Recht. (Beifall und Widerspruch.)

Der Vorschlag des Vorsitzenden wird angenommen.

Debatte

wird eröffnet.

Geyer-Leipzig:

Nicht die Rede Südekums, wohl aber die Wurm hat uns schwer enttäuscht. Sie war auf eine Rechtfertigung der Fraktionsmehrheit zugeschnitten. Als eine Richtlinie in Steuerfragen kann sie nie und nimmer gelten. Seine theoretischen Auseinandersetzungen über die Steuerfrage halte ich zum großen Teil für unrichtig. Auffällig war, daß Wurm erklärte, er betrachte seine Leitsätze als eine Ergänzung des Programms; das können sie durchaus nicht sein. Wenn sie auch vom Parteitag angenommen würden, so könnten sie doch nicht als Teil unseres Parteiprogramms betrachtet werden, weil erst eine gründliche Durchberatung und eine programmatische Fassung dieser Leitsätze vorgenommen werden müsse. Wenn sie angenommen wären, dann wird erst die programmatische Diskussion über ein etwaiges neues Steuerprogramm der Partei beginnen müssen. Nach den bisherigen Ausführungen werden wir auf diesem Parteitag keine bekommen, und auch in der Diskussion wird uns kein Redner ein vollständiges Steuerprogramm vorlegen. Der Kern der Sache ist die Frage, ob wir für den Militarismus Steuern bewilligen dürfen. Wurm hat die politische Seite nur knapp gestreift und ging über die Frage, indem er behauptete, die ganze Angelegenheit sei keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Jede Taktik muß doch aber auf die Prinzipien der Partei zugeschnitten sein. Auch die Taktik kann das Prinzip der Partei verletzen. Wurm sagte, wenn eine Militärvorlage angenommen ist, dann ist der Verwendungszweck vorbei, dann haben wir es nur mit der Steuer zu tun. Ergo hat die Frage, ob wir den Militarismus durch die Steuerbewilligung bewilligen oder nicht, dann auszuscheiden. (Sehr richtig!) Nein, so steht die Sache nicht. Es steht fest, daß die Steuern in dieser Session für den Militarismus bewilligt worden sind. Davon heißt die Klausel keinen Reden ab. Daher müssen wir uns über die Frage verständigen, ob die Fraktion berechtigt ist, dem Militarismus Steuern zu bewilligen. Werden solche Steuern für den Militarismus durch uns bewilligt, dann ist unser Kampf gegen den Militarismus nur noch ein scheinbarer. (Widerspruch und sehr richtig!) Die Partei darf es doch den Herrschaften nicht erleichtern, ihre Machtmittel zu vergrößern. Wir wollen durch unsere Resolution verhindern, daß der Parteitag vorgeordnet wird, ihr Kampf gegen den Militarismus sei nicht ernst. Ordentliche Worte, selbst die Ablehnung der Militärvorlage nützen nichts, wenn der Militarismus durch die Bewilligung der Mittel gefördert wird. Man hat dagegen gehalten, es sei ein großer Erfolg, daß die Regierung endlich direkte Steuern für den Militarismus verlangt habe. Trotz der hochgepriesenen Größe unserer Macht konnten wir aber nicht verhindern, daß dem Reichstag mit den 110 Sozialdemokraten die ungeheuerliche Militärvorlage vorgelegt wurde. Je mehr wir für den Militarismus bewilligen, auch direkte Steuern, um so schneller gibt es neue Lasten für die Arbeiter, um so schneller folgen die Militärvorlagen. Das steht für mich bombenfest. (Sehr richtig.) Die Regierung wäre töricht, wenn sie die Situation nicht ausnützen würde. Sie weiß ja, die Sozialdemokratie wird wohl gegen die Militärvorlage stimmen, aber wenn die Regierung die sozialdemokratische Fraktion zur Bewilligung von direkten Steuern haben will, dann braucht sie nur eine Vorlage mit indirekten einzubringen, dann lehnt die Sozialdemokratie die indirekten Steuern ab mit dem Hinweis darauf, daß sie die Deckung der Lasten des Militarismus nur durch direkte Steuern vollziehen will. Wir werden ja sehen, wie die Situation sich gestalten wird, wenn der Parteitag auf die schiefse Ebene der Resolution Wurm treten sollte. Um einen Richtungsstreit handelt es sich in der Steuerfrage bei uns nicht. Es haben Abgeordnete der sogenannten Linken und der Rechten hinübergewechselt. Noch niemals hat man kurz nach einer Militärvorlage der Regierung sofort solche Steuern bewilligt. Ein Fraktionsbeschluss lag noch nicht vor. Frühere Vorgänge im Reichstag sind verurteilt worden. Es haben wohl Fraktionsbeschlüsse bestanden, aber es ist niemals zu einer wirklichen Aktion gekommen. Ich beiräte entschieden, daß ich früher den Standpunkt Wurms eingenommen hätte. Wurm sagt: Hätten wir die direkten Steuern abgelehnt, dann wären indirekte gekommen. Das ist eine Vermutung. (Sehr richtig.) Ihr sehe ich die Vermutung entgegen, daß es der Regierung nicht einfallen wäre, später mit indirekten Steuern zu kommen. (Widerspruch und Zurufe: Beweislose Behauptung!)

Bei der Finanzreform 1908/09 waren die Dinge anders. Damals lagen indirekte Steuern bereits vor und ich mußte auf Beschluß der Fraktion darauf hindrängen, direkte Steuern an Stelle dieser vorliegenden indirekten zu sehen. (Zurufe: Na also!) Damals handelten wir nur in Rücksicht auf den Punkt 10 des Parteiprogramms, und es waren keine neuen Steuern für den Militarismus zu bewilligen. Das ist auch ein Unterschied. Es trifft durchaus nicht zu, wenn Wurm mir unterstellt, ich hätte ebenso gehandelt, wie die Fraktionsmehrheit. Ich rufe für mich Wurm zum Zeugen auf, der 1909 sagte: Wenn man den Gedanken heute weiter spinnst, wenn man sagt, aus den Taschen der besitzenden Klassen möge ich Schiffe bauen, soviel ihr wollt, so ist das grundfalsch. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, daß der Militarismus gestärkt wird. Bei Bewilligung der Steuern muß auch der Verwendungszweck ins Auge gefaßt werden. Für uns ist in erster Linie nicht maßgebend die Form der Steuer, sondern der Zweck, für den sie verwendet werden soll. (Hört! hört!) Wir haben grundsätzlich alles abgelehnt, was den Klassenstaat stützt und keinen Pfennig für diese Zwecke des Klassenstaats aufzubringen. (Hört! hört!) Das steht in großem Widerspruch zu Wurms jetziger Haltung. Da wagt es Wurm, mir den Vorwurf der Wandlung zu machen. (Sehr richtig!) Mein lieber Freund Wurm, erinnerst Du Dich denn nicht der Fraktionsführung, in der Du so empört warst, daß die Fraktionsmehrheit Beitrags- und Vermögensumschlagsteuer bewilligen wollte. Hast Du vergessen, daß Du im vollen Zorn der Mehrheit entgegengerufen hast: Nun brauchen wir nur noch zu fingen: Heil Dir im Siegerkranz! (Weiterkeit und Zustimmung.) Nein, wir wollen den Militarismus nicht bewilligen, dann dürften wir aber weder den Beitrags- noch die Vermögenssteuer annehmen. Dann sind wir wenigstens konsequent. Du aber, lieber Wurm, hast Dich nicht nur seit 1909, sondern seit der letzten Fraktionsführung völlig gewandelt. Ich könnte mich ja auch auf Konstatz berufen. (Konstatz widerspricht.) Wir haben gute Kronzeugen für unseren Standpunkt. Wir wollen durch unsere Resolution verhindern, daß für Militärvorlagen Steuern bewilligt werden. Das wagt das Prinzip der Partei und stützt damit auch die Agitation. Ich glaube niemals, daß in diesem Klassenstaat eine ehrliche gesunde Finanzreform vorgenommen werden kann. Deshalb glaube ich auch nicht an eine gerechte Steuer. Sie glauben doch nicht, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien der Illusionen in den Köpfen einiger Genossen nachgeben und in Zukunft auf dem Wege der direkten Steuern weiter fortfahren werden. Daran ist nicht zu denken. Wir müssen die Massen aufklären, daß sie von diesem Staat keine Erleichterung zu erwarten haben. Wir wollen die Partei noch mächtiger machen, aber sie hat viel zu drängen auf die Vereinfachung des jetzigen Systems. Und darum diesem System keinen Mann und keinen Groschen. (Beifall.) Je mehr die Macht der Partei wächst, je näher die Partei ihrem

Ziele kommt, um so reiner müssen auch ihre Grundsätze erhalten werden. Das wird die Partei stärken. (Lebhafter Beifall.)

Winnig-Hamburg:

Als schlichter, in Reith und Glied stehender Parteigenosse gebe ich bei der Beurteilung der Haltung der Reichstagsfraktion in der Steuerfrage von zwei Erwägungen aus, einmal: wie wirkt die Haltung der Fraktion auf das materielle Wohl des Volkes und in agitatorischer Hinsicht? und zweitens: inwiefern dient die Haltung der Fraktion der Durchführung unserer Grundsätze. Zweifellos waren Besitzsteuern, die dem unzweideutigen Willen des Volkes entsprachen, nur mit unserer Zustimmung zu erhalten. Könnten wir es da verantworten, daß diese abgelehnt und dafür indirekte Steuern geschaffen wurden? In welche Situation wären wir geraten, wenn wir nicht die Hand dazu geboten hätten, daß endlich die Lasten auf die Schultern derjenigen gelegt wurden, die sich bisher immer zu schonen gewußt haben. Denkt Geyer gar nicht mehr daran, daß 1909 unter den Wirkungen der neuen indirekten Steuern mehr als 40 000 Lohnarbeiter drei Monate und länger unterstützt werden mußten? (Hört! hört!) Im Reichstagswahlkampf haben wir es zum Zentralkpunkt unserer Agitation gemacht, daß man der ungerechten Verteilung der öffentlichen Lasten ein Ende machen müßte. Daher hätten wir unsere Haltung bei der Agitation unseren Gegnern gegenüber nicht verteidigen können, wenn wir das Zustandekommen von Besitzsteuern verhindert hätten. Der Fraktion gebührt der Dank des Parteitag, daß sie es verstanden hat, in der bedenklichen Situation das herauszufinden, was dem Wohle der Partei und der Klasse des Volkes dienlich war. (Sehr richtig!) Jetzt können wir sagen, wir haben einen bedeutenden Erfolg errungen, es trifft nicht zu, daß wir nur negativ wirken, sondern durch unsere Mitwirkung sind zum erstenmal seit Bestehen des Deutschen Reiches die Kosten der Rüstungen auf die Schultern der Besitzenden gelegt worden. Ohne Zweifel wird das das Vertrauen weiterer großer Schichten des Volkes uns zuwenden und wir werden bei künftigen Wahlkämpfen eine ausgezeichnete Position haben. Das Herz des Volkes wendet sich uns darum zu, weil wir uns seiner täglichen Nothe annehmen. Dieses Wort August Bebel's gilt auch heute noch. Auch unsere Grundsätze hat die Haltung der Fraktion durchaus entsprochen. Wenn die Resolution 114 verlangt, daß wir alle Gesetze, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstag vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen zur Deckung der Kosten von Militärvorlagen, ablehnen sollen, so bedeutet das nichts anderes, als daß sich unsere Vertreter im Reichstage gerade dann ausschalten sollen, wenn ihre Wirksamkeit am meisten notwendig ist. (Sehr richtig!) Der wirksamste Kampf gegen den Militarismus ist der, daß man dafür sorgt, daß die Arme die Lasten aufbringen, die stets neue Rüstungen fordern. (Sehr richtig!) Wenn wir uns auf den Standpunkt der Resolution 114 stellen, würden wir uns des besten Mittels zum Kampf gegen den Militarismus berauben. Nein, den Weg, den die Fraktion beschritten hat, soll sie weiter verfolgen. Sie findet dabei die Zustimmung der allerweitesten Parteikreise. Der Weg zur Einschränkung der Rüstungen geht nicht durch den Friedenspalast im Haag, nicht durch das Basler Münster, er geht durch die Finanzbudgets der großen Militärsstaaten. (Lebhafter Beifall.)

Hoch-Danau:

Es kann von keiner Seite der Vorwurf erhoben werden, irgend-ein Parteigenosse denke daran, die Arbeiter zu belasten und die reichen Leute zu entlasten. Wir sind alle bestrebt, die Frage zu lösen, auf welchem Wege wir am besten die Interessen der Arbeiter vertreten können. Wenn die Sache so einfach wäre, wie es aus den beiden Referaten herausging, dann wäre der Widerspruch schon in der Fraktion nicht so entschieden und nachhaltig gewesen. Beide Referenten haben auch nicht mit einem einzigen Worte der Tatsache Erwähnung getan, die entscheidend ist für die Beantwortung der Frage, ob die Haltung der Fraktion richtig war oder nicht. Beide Referenten haben kein Wort gefunden gegen den Umfall der Rationalen Liberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei in der Deckungsfrage, gegen einen Umfall, wie er schamlos und arbeitserindlicher noch niemals im deutschen Parlament erfolgt ist. (Sehr richtig!) Wir waren von vornherein bereit, und ich war es durchaus in Uebereinstimmung mit meiner Stellung im Jahre 1909, eine Mehrheit der Linken von Rationalen Liberalen, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten zusammenzubringen, um möglichst gute Besitzsteuern herauszubekommen, mit denen wir nicht bloß die Kosten der Militärvorlage decken, sondern auch die Sünden von 1909 gut machen könnten. Das Zentrum und die Konfessionsparteien hätten natürlich das entgegengesetzte Bestreben. Sie wollten die Mehrheit der Linken sprengen, und deshalb stellten sie erst in der Budgetkommission und dann im Plenum den Antrag, die Deckungs- und Wehrovorlage zu verwickeln. Wenn Südekum sagt, wir waren dabei, als die Steuern gemacht wurden, so ist das nur bis zu einem gewissen Grade richtig. Wenn wir nicht die Stärke im Parlament und die Stärke unserer Stimmen und der Wählerschaft gehabt hätten, dann würden die herrschenden Klassen nicht daran gedacht haben, Besitzsteuern einzuführen. In dem Sinne haben wir das ganze Verdienst daran, daß Besitzsteuern gekommen sind. Als es aber galt, die Situation auszunutzen, möglichst viel für das arbeitende Volk herauszuschlagen, eine Mehrheit zu bilden, die wirklich gute Besitzsteuern schaffen konnte, da haben uns die Rationalen Liberalen und Fortschrittler treulos im Stich gelassen, und hinter verschlossenen Türen die Vorschläge festgelegt und beschlossen, unter keinen Umständen davon abzugehen. Das ist ja das Ungeheuerliche, daß sie mit unseren Stimmen verhandelt haben, ohne daß wir mitreden konnten. (Sehr wahr!) Viele Redner führen einen Kampf gegen Windmühlen. Wer von uns ist denn darüber im Unklaren, daß Besitzsteuern immer viel vorteilhafter für die Arbeiter sind als Verbrauchssteuern? Aber darum handelte es sich durchaus nicht. Hier war nicht zu wählen allein zwischen Besitzsteuern und Verbrauchssteuern, sondern diese Steuerfragen standen im engsten Zusammenhang mit dem Militarismus, und der Kampf gegen den Militarismus ist doch das Wichtigste. Es ist ein Segen für die Partei, daß sie verschiedene Richtungen hat, aber wir wollen das auch nicht vertuschen, sondern über die Streitfragen den Genossen klaren Wein einschenken. Das Entscheidende ist folgendes:

Die Mehrheit der Fraktion sagt, die Annahme der Militärvorlage war schon sicher und da mußte man nur noch sehen, was bei der Steuererhebung zur Deckung der Kosten noch zu erreichen war. Diese Tatsache hat uns veranlaßt, die Augen von der Militärvorlage ganz abzuwenden und nur noch auf die Deckungsfrage Rücksicht zu nehmen. Das ist falsch! Das eine sollen wir tun, und das andere dürfen wir nicht lassen. Die Mehrheit steht immer vor der Tatsache, daß sie die ihr nicht genehmen Beschlüsse nicht hindern kann, aber die Minderheit, die die Welt erobert will und die weiß, daß die wirtschaftliche Entwicklung ihr die Wege ebnet, diese Minderheit muß den Kampf gegen das, was sie für verwerflich hält, mit aller Kraft und mit allen Mitteln führen, die ihr zu Gebote stehen. Es dürfte nicht dazu kommen, daß zuerst die Besitzsteuer festgelegt wurde. Daß die Wehrovorlage schon angenommen war, als wir zur entscheidenden Abstimmung kamen, ist unrichtig, der Sache nach und auch formell. Die bürgerlichen Parteien haben es durchgesetzt, daß die entscheidende Abstimmung in der Militärvorlage erst gekommen ist, nachdem die Gestaltung der Besitzsteuer festgelegt war. Was das Zentrum uns aufkotzen wollte mit seiner Erklärung, das hat es erreicht. Richard Fischer: Wie konnten wir es hindern? Das konnten wir hindern, indem wir erklärten, wir sind für Besitzsteuern und werden nachher möglichst gute Steuern schaffen, um die Kosten den Arbeitern nicht aufzuerlegen, aber wir lassen uns nicht die Besitzsteuern vom Zentrum vorschreiben. (Zustimmung und Gelächter.) Die Besitzsteuern, die wir jetzt bekommen haben, sind nach der Abmachung des Zentrums mit den liberalen Parteien verschlechtert worden. Im Fraktionsbericht wird ausdrücklich gesagt, daß nach der Abmachung mit dem Zentrum die Ver-

schlechterungen in zweiter Lesung durchgeführt wurden. Hier mußten wir die Gelegenheit, den Kampf aufzunehmen, benutzen. (Sehr richtig!) Für mich besteht kein Zweifel darüber, daß wir schlechter als jetzt bei einem neuen Kampf um die Bewilligung der Mittel gar nicht hätten abschneiden können. (Widerspruch.) Die bürgerlichen Parteien haben uns nur Besitzsteuern zugestanden, weil sie sie uns zugestehen mußten. (Sehr richtig!) Aus Angst vor unserer Agitation und vor der Stimmung der Massen. Wenn wir nun die Besitzsteuern abgelehnt hätten mit der Begründung, daß sie uns nicht genügen, daß sie das Resultat sind eines Treubruchs der Liberalen und der Sprengung der Mehrheit der Linken, wenn wir das in der Agitation den Arbeitern gezeigt hätten, dann wäre unsere agitatorische Kraft dadurch nicht geschwächt, sondern gestärkt worden. Wie kann man so kleinzig sein? Bei keinem Kampf wissen wir, wie er ausgeht, aber wenn wir die Möglichkeit haben, einen Kampf mit größerer Kraft zu führen, dann dürfen wir nicht zurückhalten. Wenn die jetzige Debatte nicht bloß eine allgemeine Aussprache sein, sondern gewisse Richtlinien festlegen soll, so müssen wir uns darüber verständigen, daß wir den Kampf gegen die Militärvorlage fortsetzen müssen, und daß wir nie und nimmer für die Besitzsteuern stimmen dürfen, solange sie die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage waren. Wurm hat sich gehütet, auf meine im „Vorwärts“ gestellte Frage einzugehen, ob nach der Resolution irgendein Fall im Reichstag denkbar ist, wo wir gegen die Besitzsteuern stimmen können. Wenn die Resolution das will, dann sollte man es auch offen aussprechen. Die Meinungsverschiedenheiten werden durch die Resolution Wurm nicht geklärt, sondern nur verkleinert, und wir werden bei späteren Steuerdebatten nur zu noch größeren Unklarheiten kommen. Deshalb bin ich überzeugt, daß die Annahme der Resolution Wurm gar keinen Zweck hat. (Beifall.)

Pfäffer-Stuttgart:

Wir können uns eine bessere Verteidigung und Rechtfertigung der Haltung der Fraktionsmehrheit beim besten Willen nicht denken, als sie durch die Rede des Mitgliedes der Minderheit, Wurm, erfolgt ist. Er hat zweifellos den Erfolg erzielt, daß eine ganze Reihe von Delegierten, die sich bisher über ihre Stellungnahme noch nicht vollständig klar waren, nun die Haltung der Mehrheit billigen und ihre Abstimmung danach einrichten werden. Wenn irgendwo die Worte Scheidemanns zutreffen, es sei unbegreiflich, daß wir unsere eigene Arbeit, unsere eigenen Erfolge, selbst herabsetzen und herabwürdigen, dann in dieser Frage, wo man versucht, es so darzustellen, als ob die Fraktion falsch gehandelt und ungeheure Fehler gemacht hätte. Die Erkenntnis ist in weitesten Kreisen verbreitet, daß lediglich die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion die Schaffung neuer indirekter Steuern verhindert hat. Aber anstatt die Massen darauf hinzuweisen, daß sie der Fraktion für diese Befreiung von neuen Lasten zu danken haben, haben wir im Gegenteil erklärt, unsere Fraktion hat Dummheiten gemacht. Auf der einen Seite verlangt man, daß die indirekten Steuern durch direkte ersetzt werden, von denen ja auch neun Zehntel für den Militarismus verwendet werden, und auf der anderen Seite sagt man, wir dürfen unter keinen Umständen für Steuern für militärische Zwecke eintreten. Bewiß kommt der Verwendungszweck in Betracht. Nachdem die Militärvorlage aber beschlossen war, hatte die Fraktion nur noch dafür Sorge zu tragen, daß dem Volke nicht indirekte Steuern auferlegt wurden. Um das zu verhindern, daß die Massen die Steuern zu tragen haben, mußte die Fraktion die Haltung einnehmen, die sie eingenommen hat. Für den Militarismus hat die Fraktion keine Mittel bewilligt. Das sie nicht erklärt, wir lehnen jeden Mann und jeden Groschen auch in diesem Falle ab? Wir mußten unsere Kraft daran setzen, daß die Lasten der Militärvorlage den Besitzenden auferlegt wurden. Das hat die Fraktion durchgesetzt und die Massen des Volkes sind ihr dafür dankbar. Ich bin überzeugt, daß die bürgerlichen Parteien einschließlich des Liberalismus nur auf den Moment gewartet haben, wo unsere Fraktion die Besitzsteuern abgelehnt hätte. Das hätte man dann in der Agitation mit gutem Erfolge gegen uns ausnützen können. (Sehr richtig!) Schließlich hat die Debatte hier ein gewisses heiteres Moment, denn beinahe jeder Abgeordnete, der hier zum Worte kommt, vertritt eine andere Meinung. (Weiterkeit.) Man könnte daraus beinahe schließen, daß innerhalb der Fraktion über all diese Dinge gar nicht gesprochen worden wäre. Wenn wir anerkennen — und das scheint bei der Mehrheit des Parteitag der Fall zu sein, daß die Reichstagsfraktion richtig gehandelt hat — dann haben wir die Pflicht, das auch offen auszusprechen, und das tun wir am besten, wenn wir die Resolution 114 ablehnen.

Rosa Luxemburg:

Wir haben den originellen und nach meiner Erfahrung einzig dastehenden Fall erlebt, daß wir in einer hochwichtigen Frage des Parteilebens, in der sich in der Fraktion zwei ausgesprochene Meinungen gegenüber standen, hier zwei Referenten für eine Meinung und gar keinen Referenten für die entgegengesetzte Meinung haben hören müssen. (Sehr wahr!) Dieser Fall birgt noch eine andere Originalität, nämlich, daß einer der Referenten, der, dem am längsten sprach, gegen die Ansicht sprach, die er vor kurzer Zeit noch selbst vertreten hatte. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rede Wurms war nach Ansicht seiner jetzigen Gesinnungsgenossen geradezu vernichtend für alle Unterzeichner der Resolution 114. Es rasselte nur so Worte von politischer Unbrauchbarkeit, widersinnigen Widersprüchen, politischem Vandalismus usw. auf uns nieder. Wurm hat bloß nicht bemerkt, daß er uns während 2 1/2 Stunden zu Zeugen einer Hinrichtung gemacht hat, die er an dem Genossen Wurm vom 26. Juni vollzogen hat. (Weiterkeit und lebhafter Zustimmung.) Am 26. Juni hat in der entscheidenden Fraktionsführung Wurm, wie mir erzählt wurde, geradezu gegen den Beschluß der Mehrheit getobt. Es sind ihm dabei von seinen jetzigen Gesinnungsgenossen Worte und Schmeicheleien an den Kopf geworfen worden, die ich nicht wiederholen will. Seitdem sind kurze 12 Wochen ins Land gegangen, und aus einem lebenden radikalen Saulus ist ein staatsmännischer Paulus geworden. (Weiterkeit und Hört! hört!) Wir haben an Gesinnungswandel in unserer Partei schon manches erlebt. Aber einen so radikalen Gesinnungswandel in 12 Wochen haben wir noch nicht erlebt. (Sehr richtig!) Wenn wir einen Wettlauf der Wandlungsfähigkeit in unseren Reihen vornehmen würden, so müßten alle umgefallenen Genossen für Wurm eine Prüfkapselle bestellen und ihm aufspießen lassen: Heil Dir im Siegerkranz. (Weiterkeit und Zurufe: Zur Sache!) Zur Sache gehört es, daß die Vorwürfe Wurms gegen unsere Resolution von A bis Z beweisen, daß er sich in solch kurzer Zeit vollständig entfernt hat von dem Verständnis für die elementarsten Grundlagen unserer bisher geltenden sozialdemokratischen Taktik. (Sehr richtig! und Widerspruch.) In den ersten zwei Sätzen unserer Resolution steht nichts anderes, als was für jeden Sozialdemokraten eine Unfehlbarkeit sein sollte, nämlich, daß auch durch günstig gestellte Steuern an der Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung auch nicht ein Zota geändert wird. (Sehr richtig!) Und aus diesen Sätzen glaubt der heutige Genosse Wurm schließen zu müssen: ja, wenn wir das sagen, dann erklären wir uns für ohnmächtig. Wenn das eine politische Vandalenklärung der Sozialdemokratie, eine Ohnmächtigkeitsklärung ist, so hat sich auch ein besserer als wir dieses Verbrechen schuldig gemacht, nämlich vor 50 Jahren Karl Marx. Wurm hat gemeint, daß hier etwas Unbegreifliches liegt und ist daher schnell über die Sache hinweggehüpft.

Warum war es notwendig, jetzt zu der aktuellen Steuerfrage die sehr richtige alte Wahrheit von Marx zu zitieren? Weil mit den letzten Besitzsteuern in unseren Reihen ein Summ gemacht worden ist über die neue Epoche, die mit der Besteuerung der Besitzenden anheben sollte. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Die Arbeiter, die schlichten Leute mußten ja dabei denken, es begimme schon die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Es ist doch die erste Pflicht der Sozialdemokraten, zu verhindern, daß bürgerliche Parteien nach Annahme dieser Besitzsteuern bei der nächsten Reichstagswahl uns entgegen-treten und sagen: Nun beginnt ja die Entlastung, die Befreiung der Arbeiterklasse von dem Jammer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es ist unsere elementare Pflicht, vor allem die

sozialistische Auffassung zu fördern und jeder scheinbaren Konzession der bürgerlichen Klassen unseren grundsätzlichen Standpunkt entgegenzustellen. (Sehr richtig!) An der kapitalistischen Ausbeutung ändert auch diese Steuer nicht das geringste. Nun arbeitet man ja hier viel mit dem Grundbesitz des kleineren Adels. Grundsätzlich ist es allerdings sehr richtig, daß man von zwei Hebeln das geringere wählt. Was ist aber für Sozialdemokraten das geringere Hebel? Der Verzicht auf eine kleine positive Konzeption oder die Preisgabe der grundsätzlichen Stellungnahme? (Sehr gut!) Ich glaube das letztere ist unter allen Umständen das größere Hebel. Wenn Sie sich auf den Boden des Mehrheitsbeschlusses unserer Fraktion stellen, dann kommen Sie in die Lage, wenn der Krieg ausbricht und wir an dieser Tatsache nichts mehr ändern können und wenn es sich dann darum handelt, ob die Kosten durch indirekte oder direkte Steuern zu decken sind, dann vollständig für die Bewilligung der Kriegskosten einzutreten. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Das ist eine schiefe Ebene, wie Wurm in Leipzig gesagt hat, auf der es kein Halt mehr gibt. Deswegen wollen wir mit unserer Resolution einen Nipfel vorschieben und diesen Seitensträngen entgegenrufen: Bis herbei und nicht weiter! (Lebhafter Beifall.)

Darauf werden die Verhandlungen am nachmittag beruht.

Nachmittags-Sitzung.

Vorlesung der Debatte

Über die Steuerfrage erhält zunächst das Wort zu einer Richtigstellung

Wurm:

Es ist nicht richtig, daß ich innerhalb 12 Wochen meine Meinung geändert habe, ich habe sie innerhalb 5 Minuten geändert. (Heiterkeit.) Am Mittwochabend stimmte ich in der Fraktion für Ablehnung des Wehrbeitrages und der Besitzsteuer, weil ich annahm, daß beide Steuern von der Mehrheit des Reichstages angenommen würden. Nachdem dann am Donnerstag Graf Schönerling namens der Konservativen erklärt hatte, sie würden für den Wehrbeitrag und gegen die Besitzsteuer stimmen, habe ich mich an Oase gewandt und ihn gebeten, eine neue Fraktionsbesprechung einzuberufen. In dieser Sitzung erklärte ich gleich bei Beginn, daß eine neue Tatsache vorliege, und daß ich jetzt der Meinung sei, wir müßten gegen den Wehrbeitrag, aber für die Besitzsteuer stimmen. Diese Erklärung ist allerdings von vielen nicht richtig gehört worden, weil sofort in der Fraktion ein furchtbarer Lärm entstand. Die Kollegen von der rechten Seite wollten nichts davon wissen, daß man gegen eine der Steuern stimmt, und meine Kollegen von der Linken wollten nichts davon wissen, daß man für eine Steuer stimmt. Von beiden Seiten wurde gesagt, an dem Beschluß darf nichts geändert werden. Ich habe dann, da wir gegenseitig in große Erregung gerieten, den Kollegen zugerufen: Wollt Ihr etwa, daß wir schließlich mit den Konservativen für den Wehrbeitrag und die Besitzsteuer stimmen, dann fehlt doch noch, daß eine Regimentskapelle kommt und Heil die im Siegerkranz spielt. Also ich habe meine Meinung sofort geändert, als eine neue Tatsache vorlag, die es uns zur Pflicht machte, indirekte Steuern zu verhindern. (Zuruf Stadthagen: Aber Heil die im Siegerkranz singst Du doch!)

Dr. Davis:

Die Genossin Luxemburg hat gemeint, wenn das Prinzip gefährdet sei oder vielmehr das, was sie Prinzip nennt, dann sei es unter Umständen gar nicht zu bedauern, wenn die Besitzsteuer abgelehnt und an ihre Stelle eventuell indirekte Steuern getreten wären. Demselben Gedanken hat nach dem Bericht des „Vorwärts“ Geber in einer Versammlung in Leipzig Ausdruck gegeben. (Hört! hört!) Das zeigt am deutlichsten die verberbliche Konsequenz, zu der die Genossen von dem aus kommen, was sie Prinzip nennen. Geber weiß doch, wieviel Tausende von Tabakarbeitern, die er als Gewerkschaftler verteidigt, durch die letzten indirekten Steuern brodas gemacht sind, aber in Leipzig meinte er: „Wäre es ein so großes Unglück gewesen, wenn hundert Millionen neuer Steuern gekommen wären.“ (Geber: Weiter!) Ich will Sie weiter zitieren: „Der Preis, um den die Besitzsteuer erkämpft werden, ist zu hoch, denn es wird unser Programm, unser Prinzip verletzt“, und dem Widerspruch gegenüber, den er in Leipzig fand, erklärte er dann: „Selbst wenn die Masse hinter der Fraktionsmehrheit steht, müssen wir ebenwoll im Interesse des Prinzipis eine neue, dann prinzipiell einwandfreie proletarische revolutionäre Partei gründen.“ (Geber: Das ist nicht wahr!) Dann mag Geber den Bericht des „Vorwärts“ berücksichtigen. Der Absatz 1 der Resolution Geber-Luxemburg (Nota Luxemburg: Geber) — Sie sind doch mit unterzeichnet; ich nehme an, daß Sie Geburtsheiferdienste geleistet haben (Heiterkeit) — geht unserer Agitation gegen die indirekten Steuern den Boden unter den Füßen weg. (Nota Luxemburg: Anstimm!) Die tiefere Weisheit, die in dem Absatz zum Ausdruck kommt, ist bei Nicht gesehen, der höhere Widsinn, es ist die Taktik politischer Kassenkassen, eine Taktik, die unserer ganzen Gegenwart gegen die Tendenz der Kapitalisten, auch durch die Steuererhebung noch die Arbeiter um einen Teil ihres Lohnes zu bringen, das Maßstab brechen würde. Was würden denn die Anwälte des Kapitalismus sagen, wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen würden? Die würden in ein helles Lachen ausbrechen und sagen: In Zukunft sind wir sicher, die Sozialdemokraten werden Arm in Arm mit uns gehen die Besitzsteuer stimmen, wir brauchen uns keine Sorge zu machen. (Sehr richtig!) Vergessen wir auch nicht, daß die Bestehenden nur deshalb so kurrapatrisch gesinnt sind, weil die Arbeiter die Kosten des Militarismus zahlen. Deshalb müssen wir sie zwingen, die Kosten aus ihrer eigenen Tasche zu zahlen, und wir sehen ja auch, daß die Begeisterung für neue Militärausgaben bereits abgeklaut ist. (Sehr gut!) Haben Sie nicht die Proteste der Handelskammern und der großen Industrieverbände gegen die Gestaltung des Wehrbeitrages und der Vermögenssteuer gelesen? Die Leute haben schon ein Paar in der Suppe gefunden.

Wenn Geber meint, der Kern der Sache bleibe doch, daß wir mit der Zustimmung zu den Dedungsvorlagen für den Militarismus eingetreten seien, davon beste keine Maus einen Haaren ab — ja, Kollege Geber, als Sie das Manifest, das wir gemeinsam mit der französischen Fraktion erlassen haben, unterzeichnet haben, da waren Sie selbst die Maus, die nicht nur einen Haaren abgebißen, sondern den ganzen Kern aufgefressen hat. (Heiterkeit und Sehr gut!) In dem Manifest heißt es doch: Wenn wir die Militärvorlage nicht zu Fall bringen können, dann wollen wir diesseits und jenseits der Grenze dafür sorgen, daß wenigstens die reichen Leute die Kosten zu tragen haben. Man hat Wurm seinen Umfall vor-gewiesen. Nun, die vom Zentrum zur Wahrheit reifen, das sind die Weisen; die im Zentrum verharren, das sind die Narren. Tatsächlich aber hat Wurm niemals auf dem Standpunkt von Geber und Luxemburg gestanden. Genosse Hoch hat in der „Nachbegerzeitung“ geschrieben: „Im letzten Jahre hat die Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien gezwungen, die neuen großen Militärausgaben nicht wieder durch neue, für die Arbeiter sehr schädliche Verbrauchssteuern zu decken, sondern vielmehr Besitzsteuern zu beschließen, die in erster Linie die Bestehenden belasten.“ (Hört! hört!) Hoch erkennt also an, daß es uns gelungen ist, zu verhindern, daß neue die Massen belastende Steuern kämen. Danach wird es schon etwas schwierig, seine Stellungnahme zu verstehen. Hoch meint, die Sünde der Fraktion liege nicht eigentlich in der letzten Abstimmung, sondern in dem vorherigen tollischen Verhalten während der ganzen Kampagne. Er beruft sich auf die Erklärung der Zentrumspartei, aber er ist ein sehr gläubiger Thomas, wenn er sich auf diese ungeprüften Schüler der Jesuitentaktik verlassen und darauf unser Verhalten aufbauen will. (Sehr richtig!) Wäre das Zentrum dann unangefallen, dann wären wir die blamierten Europäer. (Heiterkeit.) Die ganze Welt hätte uns ausgelacht, und unsere Genossen hätten vielleicht gesagt, wir müssen es uns bei der nächsten Wahl doch sehr überlegen, ob wir so zentrumsgläubige Esel in den Reichstag schicken wollen. (Große Heiterkeit.) Nach unserem Manifest und nach dem Artikel im „Vorwärts“ sind

17. April, wo wir erklärten, daß wir nicht unter allen Umständen die Besitzsteuer ablehnen würden, änderte sich die Konstellation im Reichstage; da waren nicht mehr die Sozialdemokraten ausgeschlossen, sondern die Konservativen und die konservativen Agrarier im Zentrum. Wenn die Genossin Luxemburg sich bemüht, unseren Erfolg hinwegzulesen, so deshalb, weil ihre ganze Tendenz dahin geht, die parlamentarische Arbeit zu diskreditieren. Jeder parlamentarische Erfolg ist ihnen ein innerer Kerger, denn er geht gegen ihre Theorie. (Sehr richtig!) Das Ziel der Konservativen und des rechten Zentrumsflügels war die Auflösung des Reichstages, und das wäre für uns ein Wahlkampf geworden, wie wir ihn uns schlimmer nicht hätten denken können. Hätten wir unseren Wählern gesagt, wir werden nicht für direkte Steuern stimmen, dann hätten die erwidert: Dann tun wir besser, wenn wir Liberale und andere wählen, denn sonst hätten wir ja die Mehrheit für indirekte Steuern. (Sehr richtig!) Wer in der praktischen Arbeit sieht, wird die Haltung der Fraktion billigen und das durch ein lautes Bortum zum Ausdruck bringen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Geber teilt mit, daß Duard als Sekretär in Vorschlag gebracht sei, aber auf eine Kandidatur verzichtet.

Stoll-Gesau:

Die Resolution Wurm enthält Forderungen, die weit zurückgehen gegen die Forderungen, die die Sozialdemokraten schon längst vor 25 Jahren vertreten haben, die sogar zurückgehen gegen Forderungen aller Demokraten vor 45 Jahren. Die Resolution begnügt sich mit der Forderung von sozialistischen Zuschüssen für die Aufgaben des Volksschulwesens, während wir schon längst die Uebernahme der Volksschulassen auf den Staat gefordert haben. Das kulturverneinende System des Militarismus dürfen wir auch dann nicht unterstützen, wenn die Bestehenden die Steuern bezahlen. Früher sagten wir: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Jetzt aber heißt es: Diesem System keinen Mann, aber jeden Groschen! (Oho! und Lachen.) Ich bewundere Wurms Schwelung. Er stand noch 1900 auf unserer Seite. Ich rufe ihm zu: Saul, Saul warum verfolgst Du mich! (Heiterkeit.)

Es läuft ein Antrag ein, in dem Antrag 23 die Worte „die Generalversammlung des Kreises Niederrhein“ zu ersetzen durch die Worte „der Parteitag“. Dieser Antrag wird mit zur Debatte gestellt.

Richard Fischer-Berlin:

In der Frage der Vermehrung des Militarismus ist sich die ganze Partei einig. Geber hat als Mittelpunkt und als Kern die Frage aufgeworfen, ob wir für den Militarismus Mittel bewilligen dürfen oder nicht. Er will jede Steuer ablehnen, während Hoch erklärt hat, daß er selbstverständlich für die direkte Besteuerung eingetreten wäre, wenn sie besser gewesen wäre. Hoch hätte dann also mit der Linken zusammen die Mittel bewilligt. Ganz ist unsere Macht nicht so groß, daß wir das Zustandekommen der Militärvorlage verhindern könnten, aber andererseits hat ja bereits Hoch darauf hingewiesen, daß die Stellung der Partei, daß die Verhandlung der Steuerfrage anders geworden ist. Glaubt denn jemand, daß ohne die 110 Sozialdemokraten und die 4 1/2 Millionen Stimmen die Regierung überhaupt eine direkte Besteuerung im Zusammenhang mit der Militärvorlage gebracht hätten? Die ganze Frage war eine Frage der Taktik, das Prinzip ist auf früheren Parteitagen längst entschieden worden. Als wir bei der Marinenvorlage direkte Steuern verlangten, da hat sich kein Widerspruch erhoben. Ueber die Stellung der Partei waren in der Fraktion von Anfang bis zu Ende Meinungsverschiedenheiten. Bis zur Stunde vor der Abstimmung wußten weder wir, wie die Gegner stimmen würden, noch die Gegner, wie wir stimmen würden. Die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten bildeten das Jünglein an der Waage, 30 wären bedeutungslos ausgefallen, und wenn wir nicht 4 1/2 Millionen Stimmen hinter uns gehabt hätten, dann wäre die Regierung im ersten geeigneten Moment zur Auflösung geschritten. Und glaubt denn einer von uns, daß wir im Falle einer Reichstagsauflösung, nachdem wir gegen direkte Steuern gestimmt hätten, die Wähler aus den gegnerischen Parteien bei den Stichwahlen für uns hätten gewinnen können? (Kapfenstein: Bei einer Reichstagsauflösung hätten wir keine 40 Mandate bekommen!)

Der Meinung bin ich auch. Es kann auf unsere Stimmen an, wie die neuen Steuern sich gestalten sollten. Das Zentrum girte und gurrte, um seine alte entscheidende Stellung wieder zu bekommen, und das gleiche trifft für die Konservativen zu. Bei einer Reichstagsauflösung, die deshalb erfolgt wäre, weil wir die direkten Steuern abgelehnt hätten, hätten wir in der Schwachheit nicht eine einzige freimütige oder nationalliberale Stimme erhalten, und manche Wähler, zumal die Intellektuellen, hätten uns dann unserer Dummheit und politischen Kurzsichtigkeit verhasst. Geber meint, es würden vermutlich indirekte Steuern nicht mehr kommen. Ich verleihe dieses Vertrauen zu einer Regierung nicht, die den früheren Reichschatzsekretär Wernuth abgehoben hat, weil er nicht für die Vermehrung des Rumpes war, und die den Reichen die Taschen mit dem Holzkraut füllte und die die Reichsfinanzreform geschaffen hat. Diese Regierung soll mit dem Gedanken der indirekten Besteuerung abgeschlossen haben? Wer das glaubt, der muß politisch blind und leichtgläubig bis zum Verbrecherrischen sein. Hätte das Zentrum gemeint, daß wir gegen diese Steuern stimmten, dann hätte es seine Leute abkommandiert, um die Steuervorlage zu Falle zu bringen. Man muß politisch blind sein, wenn man auf dem Standpunkt von Geber beharrt. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen:

Die Sache von Genossen, die 4 1/2 Stunden zur Rechtfertigung ihrer Stellung brauchen, muß innerlich außerordentlich wenig befestigt sein, sie muß außerordentlich hoch sein. (Zustimmung und Widerspruch.) Alle die großen Redewendungen lassen sich dahin zusammenfassen: die, die anderer Meinung sind, sind Idioten und Narren, aber wir sind die großen Leute, wir haben einen großen Erfolg gehabt. Ich schäme Wethmann Holweg nicht allzu hoch ein, aber für so dumm schäme ich ihn nicht ein, daß er nicht gern die Genossen Sadezum und Wurm in die Regierung beruft, weil sie leider die besten Gründe für jede Militärvorlage angeführt haben. (Lachen.) Die Regierung müßte töricht sein, wollte sie sich nicht auf die Debatte dieser beiden Genossen berufen. Beide Referenten sowohl wie David scheinen anzunehmen, daß noch immer der Satz gilt: Wenn du nicht irrst, so kommst du nicht zum Bestand. Darum irrten sie so hart. Den springenden Punkt haben sie bis heute noch nicht begriffen. Es kommt darauf an: wie haben wir vom sozialdemokratischen Standpunkt aus die Steuern zu betrachten und haben abzuwägen irgend welche Konzeption zwischen Militarismus und Steuern. Hierin liegt der Gegensatz zwischen uns und den Freimütigen. Wir müssen alles verworfen, was diesen Militarismus stützen könnte, ob durch direkte oder indirekte Steuern. Auch ökonomisch betrachtet ist der Militarismus ein ungeheurer Nachteil für die Arbeiter. Im diesen brennenden Punkt liegen die Referenten 4 1/2 Stunden herum.

Wo ist denn der große Erfolg, von dem Sadezum spricht? Der Erfolg ist gekommen durch die 4 1/2 Millionen Stimmen. Aber er ist uns auf der Hand geschlagen, alle unseren verurteilten Entwürfe sind abgelehnt worden. Die Augen hätten nicht zuerst auf die Lösung der Dedungsfrage, sondern auf die Abwehr der enormen Stärkung des Militarismus gerichtet sein müssen. (Sehr wahr.) Wir hätten auch die Auflösung des Reichstages hinarbeiten müssen. Man muß doch außerordentlich wenig Vertrauen zu unseren Grundsätzen haben, wenn man aus Furcht, daß wir nicht viel Erfolg erlangen werden, eine Auflösung und einen Wahlkampf vermeiden will. (Sehr richtig!) Es kommt hier nicht darauf an, einen Tadel oder Nichttadel auszusprechen, sondern die Grund- und Richtlinien vorzugeben, damit wir endlich wissen, wie wir vorzugehen haben. Es stimmt nicht, daß wir die alte Taktik beobachtet hätten. Wir haben auch früher nicht für eine Marinenvorlage, bei der es an ähnlichen Versuchen zur Verteilung der Kosten nicht gefehlt hat, nicht gestimmt. Aus unserer Zustimmung für die Caprivischen Handelsverträge kann man wirklich keine Zustimmung für eine indirekte

Steuer herauslesen. Es kann allerdings so liegen, daß die Arbeiterklasse nicht so sehr beschädigt wird, wenn wir eine Steuervorlage annehmen, als wenn wir sie ablehnen. Hier aber hätten wir nicht wegen eines Quantitativs vermeintlicher vorübergehender Vorteile Zentner außerordentlicher Nachteile für die Zukunft auf uns nehmen dürfen. In dem Augenblick, wo wir so vorgehen wollten, wie es hier vorgeschlagen ist, hätten wir den Weg freigemacht für jede Militärvorlage und für jede noch so schädliche direkte Steuer. Wir sind dagegen, daß wir ohne jede Rücksicht auf den Verwertungszweck nur die Art der Steuer in Betracht ziehen. Dann müßten ja unsere englischen Genossen schließlich auch einmal für Militärvorlagen eintreten, denn dort hat man nur direkte Steuern. Durch ein Vorgehen, wie es die Reaktion eingeschlagen hat, verlangsamen wir außerordentlich den Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus, wir hemmen ihn geradezu. Ich bitte Sie, streichen Sie die falschen Sätze der Resolution Wurm und nehmen Sie den Antrag Geber an. (Lebhafter Beifall.)

Haberland-Düsseldorf:

Ich habe in der Fraktion zur Minderheit gehört, nehme aber heute einen anderen Standpunkt ein. (Hört! hört!) Nicht deshalb, weil ich mich inzwischen vom Narren zum Weisen entwickelt hätte, sondern weil ich in der Kommission der Rechnung war, daß die Entscheidung über eine so wichtige Frage zunächst dem Gesamtparteitag vorbehalten werden müsse. Es ist richtig, daß das Verhalten der Mehrheit unserer bisherigen Taktik entspricht, aber auf der anderen Seite war es das erstmal, daß eine Belastung der Bestehenden mit positiver Hilfe der Sozialdemokraten durchgeführt werden sollte, noch dazu für eine so ungeheure Militärvorlage. Es handelt sich bei der heutigen Entscheidung nicht nur um ein Urteil über Gebernes, sondern auch um eine Marschroute für die nächste Zukunft. Meiner Meinung nach muß die Fraktion zukünftig in der gleichen politischen Lage genau so handeln wie es diesmal die Mehrheit getan hat. (Sehr richtig!) Es ist unsere Aufgabe, die Arbeitermassen vor zu großem Steuerdruck zu bewahren, und ich verstehe nicht den Optimismus der Genossen, die da meinen, bei Ablehnung der jetzigen Besitzsteuer wäre eine bessere Steuer gekommen. Es gibt noch eine ganze Menge indirekter Steuern, die von der Arbeiterklasse zu tragen sind, die Vorschläge unserer Gegner auf diesem Gebiet sind noch keineswegs erschöpft. Die Fraktion hat unsere sozialpolitischen Grundsätze befolgt. Stimmen Sie der Resolution Wurm zu! (Bravo!)

Gummel-Rülhausen:

Es ist bedauerlich, daß der theoretische Teil der Steuerfrage wieder nicht zur Verhandlung kommt, weil ein aktueller Anlaß das verhindert. Genau so war es 1900 in Leipzig. Das Ergebnis wird sein, daß etwas Vernünftiges überhaupt nicht zustande kommt. (Oho! und Heiterkeit.) Keine der Resolutionen befriedigt mich. Am besten wäre es, wenn alle Resolutionen abgelehnt würden. Dann wäre wenigstens nicht der Weg in die Zukunft durch Resolutionen versperrt. Wenn Haberland meint, daß es noch viele Vorschläge auf indirekte Steuern gibt, so frage ich: warum hat denn die Regierung keine solche Vorschläge eingebracht, warum hat sie überhaupt die Besitzsteuervorlage eingebracht? Was die Regierung im Falle der Auflösung tun konnte, hätte sie auch sofort tun können. David warnt davor, sich auf die Worte des Zentrums zu verlassen. Aber man muß doch die Parteien festnageln auf das, was sie sagen, damit man nachher ihren Umfall feststellen kann. Den Worten der Liberalen kann man ebenso wenig trauen wie denen des Zentrums. Es ist doch kein Unterschied zwischen dem Zentrumsel und einem Esel, der auf den liberaldemokratischen Reim kriecht. (Heiterkeit.) Ein Esel bleibt immer ein Esel. (Erneute Heiterkeit.) Wir sind bei dem Steuerkompromiß genau so ausgeschaltet gewesen wie die Konservativen. Die Kompromißler haben nur unsere Stimmen gern mit in Kauf genommen. Die Konservativen dagegen aber haben gesagt, man hat uns vorher ausgeschaltet, deshalb stimmen wir auch jetzt nicht dafür. Seiber haben wir nicht denselben Stolz gezeigt. Wie die Genossen so verzagt sein und sich vor einer Reichstagsauflösung fürchten können, begreife ich nicht. (Sehr richtig!) Seit wann betrachtet denn unsere Partei den ganzen politischen Stand vom Gesichtspunkte der Eringung von Mandaten aus? Nicht die Eringung von Mandaten allein ist ausschlaggebend, sondern der politische Erfolg zeigt sich in ganz anderer Weise. Man kann Mandate verlieren und politisch doch dabei ganz gewaltig gewinnen. (Sehr richtig!) Auch in diesem Kampfe würden wir gewonnen haben, selbst wenn wir Mandate verloren hätten. Die Reichstagsauflösung wäre auch gleichzeitig eine Hinausschiebung der Wehrvorlage gewesen. (Kolle: Sie war ja angenommen!) Ja, aber sie konnte nicht verhindert werden, ohne daß die Dedungsvorlage vorher erledigt war. (Widerspruch und Zustimmung.) Die Besitzsteuern bedeuten doch nur einen Teil der Dedungsvorlage. Es ist doch auch die Indirekte verlängert und der Stempel auf Versicherungspolice erhöht worden. Wenn die Dedungsvorlage durch unsere Ablehnung der Besitzsteuer in ihrer Gesamtheit gefallen wäre, dann wäre es möglich gewesen, bei einer kommenden Vorlage dafür zu sorgen, daß Dedung nur durch direkte Steuern erfolgte. Deshalb beurteile ich den Standpunkt der Mehrheit der Fraktion. (Bravo!)

Wollenbuhr:

Wäre Genosse Geber noch am Leben, dann hätte er zu diesem Punkte das Wort ergriffen. Er hätte sich bei einer Reihe von Äußerungen gegen die Fraktion besonders getroffen. Denn wenn eine Taktik, die er seit länger als 20 Jahren konsequent verfolgt hatte, als Verstoß gegen die Parteigrundsätze bezeichnet wird, hatte er alle Ursache, sich dagegen zu wehren. Man sagt, die Taktik der Mehrheit der Fraktion sei die Taktik des Revisionismus. Diesen süßen Wahn muß ich dem Berliner Tageblatt und den ihm nahestehenden Blättern rauben. Denn die Taktik, die die Mehrheit der Fraktion damals verfolgte, hat sie schon zu einer Zeit befolgt, als der Revisionismus noch gar nicht erfunden war. In einem Briefe, den ich von Geber erhielt, als er nicht mehr am Leben war, wahrscheinlich den letzten Brief, den er überhaupt geschrieben hat, heißt es:

„Ich bin der Meinung, daß wir der Debatte über die Fraktion den Hals umdrehen. Das können wir am besten, wenn wir das Material zusammenstellen und Stellen aus unseren Reden bei den Militärvorlagen seit dem Jahre 1893 veröffentlichen, unsere Einkommensteuerentwürfe bei dem Flottengesetz und den späteren Steuerentwürfen von 1900 und 1902, und ebenso aus dem Reden zu jenen Gesetzen die einschlägigen Stellen. Den Anträgen müssen die Namen der Unterzeichner beigegeben werden. Es steht mancher Name darunter, dessen Träger sich heute auf den Ohrradialen hinauspielt. (Hört! hört!) Ferner ist die betreffende Stelle aus der gemeinsamen Proklamation, die wir mit den Franzosen vereinbarten, herauszunehmen. Haben Sie nicht die Zeit, dieses Material zusammenzusuchen und abzuschreiben zu lassen, so bin ich, wenn ich das esse bis zum 1. September habe, bereit, es zusammenzustellen und mit einer kritischen Saucen zu überziehen, in der die verschiedenen Angriffe ihre Würdigung finden. Ich würde das Elaborat in Form einer Rede geben und es drucken und auf dem Parteitag verteilen lassen. Zum Neben bin ich leider unfähig.“

Sie können sich nun denken, wie die Rede Webels ausgefallen wäre, wenn ich Ihnen Stellen aus einigen Reden wiedergebe, die hier zusammengestellt werden sollten. In einer Rede vom 17. November 1893 entwickelte Webel einen ganzen Steuerplan, um die Lasten zu decken, die aus der Militärvorlage dieses Jahres herbeigefahren waren. Er wollte auch noch etwas mehr haben. Er beantragte eine progressive Einkommensteuer, die bei einem Einkommen über 1 Million auf 10 Prg. steigen sollte.

(Schluß in der 2.ilage.)

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Mollenbuhr:

Zur Begründung führte Webel aus:

Des weiteren nehme ich an, daß eine Vermögenssteuer ähnlich wie in Preußen damit Hand in Hand geht. Nehme ich nun an, daß nicht, wie in Preußen, für alle Vermögen über 6000 M. der gleiche Steuersatz erhoben wird, sondern erst für Vermögen über 10 000 M. erhoben wird, und zwar in der Art, daß er etwa mit 1/4 M. von 1000 M. Vermögen beginnt und für die ganz großen Vermögen etwa bis 1/4 oder 1/2 vom Tausend steigt, dann würden nach diesen Sätzen durch die Vermögenssteuer 60 bis 70 Millionen Mark aufgebracht werden. Das wären im Minimum zusammen 197 Millionen Mark. Wenn weiter, meine Herren — und das würde quasi als Ergänzung der eingeführten Steuer und als Kontrolle für sie gelten —, eine Erbschaftsteuer eingeführt würde, . . . so glaube ich auch hier annehmen zu können, daß allermindestens im Jahr dreißig Millionen herauszuholen sind. Dann haben wir eine Steuereinnahme von 227 Millionen Mark, meine Herren, was könnten wir anfangen mit dieser Summe. Ich nehme zunächst einmal an, 60 Millionen gingen von vornherein ab für die Mehrforderungen des Militarismus. Die will ich großmütig den Herren beschreiben. Im weiteren aber würden wir in der Lage sein, von dem Rest von 167 Millionen mit einem Schlage aufzuheben: die Salzsteuer und eine ganze Reihe anderer drückender Steuern.

Sie sehen also, die Tatsache, daß 60 Millionen für militärische Zwecke ausgegeben werden sollten, war damals kein Verstoß gegen die Parteigrundsätze, denn kein Genosse hat Webel damals einen Vorwurf gemacht. (Hört! hört!) Dann ist der vielfach abgedruckte Antrag zu den §§ 8 und 9 des Flottengesetzes von 1898 zu erwähnen, der von Geher, Horn, Stolle, Stadthagen und vielen anderen Genossen unterzeichnet ist. (Hört! hört!) Damals haben die Genossen es noch nicht als einen Verstoß gegen die Parteigrundsätze angesehen, sie haben den Antrag ruhig mit eingebracht, und ich will aus der Begründung nur feststellen, daß Webel wieder den alten Standpunkt vertrat, und will auch einen Satz von Singer zitieren, der gut zu verwerthen gewesen wäre, wenn es jetzt infolge der Ablehnung der Besteuerung zur Reichstagsauflösung gekommen wäre. Singer sagte am 20. März 1898 im Reichstag:

Die Wähler können an dieser Abstimmung ersehen, welcher Partei es ernst ist, endlich das Versprechen der Reichseinkommensteuer zu erfüllen, und wenn die Herren da drüben, wie Herr von Kardorff und seine Freunde, sich in den Wahlversammlungen wieder einmal für die Reichseinkommensteuer erklären, dann wird es im Volke nicht an solchen fehlen, die auf ihr heutiges Verhalten hinweisen und sagen: Wir glauben es Euch nicht, daß Ihr es ernsthaft mit der Reichseinkommensteuer meint, denn sonst hättet Ihr bei der Aufbringung der Kosten für die Flottenvorlage sie einführen müssen. Das, m. H., ist der Wert der Abstimmung über unseren Antrag, und daran können wir uns gewiß genügen lassen.

Wenn wir die Steuer vorlage abgelehnt hätten, und es wäre deshalb zur Reichstagsauflösung gekommen, dann hätten unsere Gegner ganz einfach diesen Vorwurf der Singerischen Rede groß an jeder Straßenecke anschlagen können, um uns vor den Wählern zu blamieren. (Sehr richtig!) Ich hätte denjenigen Genossen jeden Morgen, der in der Lage gewesen wäre, sich gegen eine solche Waffe mitksam zu verteidigen. Dann kam das Jahr 1906 mit einem großen Steuerbullen, das wesentlich für militärische Zwecke veranschlagt werden sollte. Wieder war es Singer, der eine große Rede hielt, die im wesentlichen darauf hinauslief, das ganze Steuerloß durch eine Erbschaftsteuer auszubringen. Da sagte er u. a.:

„Gelingt es, durch eine vernünftige Gestaltung der Erbschaftsteuer, der, wie ich wünsche, noch eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer beizutreten hätte, die breiten Massen des Volkes vor weiterer Auspovertung durch indirekte Steuern und Lebensmittelpreise zu bewahren, so werden wir gern bereit sein, die Hand dazu zu bieten.“

(Hört! hört!) 1906 war das also auch noch kein Verstoß gegen die Parteigrundsätze. Diese Aenderung trat erst im Jahre 1909 ein. Im Jahre 1909 hat aber nicht etwa ein Parteitag beschlossen, die bisherige Taktik aufzugeben oder irgendwelche Parteigrundsätze aufzugeben, die im Widerspruch mit der seit 1893 geübten Taktik stehen, nein, es war ein kleiner Bruchteil der Fraktion, der zusammentrat und beschloß, von der alten Taktik, die wir seit 1893 ununterbrochen beobachtet hatten, abzuweichen. (Hört! hört!) Davon abzuweichen war ihr gutes Recht, wenn sie zu einer besseren Ueberzeugung gelangten. Aber sie hätten dann nicht behaupten sollen, daß diejenigen, die an der alten Taktik festhalten, es sind, die die Parteigrundsätze nicht beachten. Man soll offen sein und sagen: wir sind es, die abgewichen sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Sie wissen es und haben es selber mitgemacht, wie wir früher im Reichstag vorgingen. Aber Sie haben nicht allein verschwiegen, daß diese Taktik seit 1893 ununterbrochen geübt wurde, sondern wider besseres Wissen wird behauptet, daß diejenigen, die die alte Taktik beibehalten, die Parteigrundsätze verletzen. (Verfall und Unruhe. Lebedour ruft: Wider besseres Wissen? Beweisen Sie das! Gegen wen richtet sich das?) Ich glaube nicht, daß es Leute gibt, die es mitgemacht und doch völlig vergessen haben könnten. Dennoch ist es gesagt worden in einer Resolution von Riederbach u. a., daß diese Taktik ein Verstoß gegen einen fundamentalen sozialdemokratischen Grundsatz bedeute. Gemäß meine Bemerkungen zu den betreffenden Sätzen mögen recht klar ausgefallen sein. Aber Sie können sich leicht vorstellen, hätte Webel noch sprechen können, die Sauce wäre vielleicht paprig-grober ausgefallen, als ich sie Ihnen vorlesen konnte. (Lebhafte Beifall.)

Lebedour:

Ich habe zunächst meinem lebhaften Bestreben darüber Ausdruck gegeben, daß in der bisher von beiden Seiten durchaus sachlich geführten Debatte ein Parteivorstandsmitglied es fertig gebracht hat, aufzutreten und denen, die anderer Meinung sind als wir, den Vorwurf zu machen, daß sie wider besseres Wissen ihre Behauptungen aufstellen. (Hört! hört!) Ich hätte erwartet, daß der Vorsitzende nach dem in allen Parlamenten und auf allen unseren Parteitagungen bisher üblichen Brauche einen so ehrenrührigen Vorwurf zurückgewiesen hätte. (Sehr richtig!) Nachdem er das nicht getan hat, muß ich es zu meinem Bedauern selber tun. Wenn Mollenbuhr die Zitatenammlung aus früheren Reichstagsreden vorgebracht hätte, ohne zu erwähnen, durch welchen Brief er dazu veranlaßt worden ist, so wäre das sein gutes Recht gewesen. Man hätte sich wahrscheinlich gesagt: Das ist ja alles ganz interessant, aber es berührt die gegenwärtige Frage nicht und vor allen Dingen kann man daraus nicht aus dem Gendepfen antworten. Denn man kann ja die Zitate im Augenblick gar nicht nachprüfen. (Lebhafte Chorusse und sehr richtig!) Jetzt aus der Erinnerung kann man sie wirklich nicht nachprüfen. Diese ganzen Deduktionen wären einwurfslos vorübergegangen — und das hat wohl auch Mollenbuhr gefühlt, und deshalb hat er ihnen einen besonders wichtigen Wert dadurch zu verleihen gesucht, daß er in seiner Ein-

leitung gesagt hat: Dazu bin ich veranlaßt worden durch den Brief des Genossen Webel. (Hört! Mit Recht!) Ich halte es für unrichtig, daß überhaupt versucht wird, in diese schwebende Debatte unseren verstorbenen Webel als Autorität hineinzubringen. (Unruhe.) Auf Grund eines Briefes, den Webel in den letzten Wochen seines Krankenlagers geschrieben hat. Ich lehne es ab, darauf einzugehen, und ich hoffe, daß Sie soviel natürliches Empfinden haben, das zu verstehen. (Sehr gut!)

Der Kernpunkt des ganzen Streites ist die Frage: „Hal bei den zur Ermöglichung dieser Militärvorlage bestimmten Deckungsvorlagen der Verwendungszweck den Ausschlag zu geben oder nicht. Wurm hat in seinem außerordentlich ausgedehnten Referat darauf hingewiesen, daß auch bei der Erhebung indirekter Steuern durch direkte nicht der Verwendungszweck, die Aufrechterhaltung des Militärs, den Ausschlag gegeben habe, der den Hauptteil des Budgets bildet. Wurm kritisierte über diese Entdeckung vor Freude in die Hände, wie wenn ein kleines ungeschuldiges Würmchen ein Stück Kuchen bekommt. (Heiterkeit.) Aber diese Deduktion ist überhaupt nur möglich, wenn man die Verwendungszweck für zwei ganz verschiedene Dinge in beiden Fällen anwendet. Wenn wir bei einer neu eingebrachten Militär- und Deckungsvorlage statt Verwendungszweck den richtigen Ausdruck Verwendungszweck gebrauchen würden, könnte diese Uebertragung auf den Ertrag beider indirekter durch direkte Steuern niemals angewendet werden. Wenn wir eine bestehende indirekte Steuer durch eine direkte ersetzen wollen, dann kommt es nur darauf an, daß wir das kleinere Übel an die Stelle des größeren setzen. Der Verwendungszweck kommt dabei gar nicht in Betracht. Der Verwendungszweck muß aber unter allen Umständen bei den für die Durchführung einer Militärvorlage angeforderten Steuern den Ausschlag für die Ablehnung geben. Deshalb habe ich von vornherein den Standpunkt vertreten, daß die Steuer vorlage mit der Militär vorlage organisch verbunden werden sollte und in einer Endabstimmung über beides abgestimmt werden müsse. Ich habe deshalb der Formulierung des Antrages 114 zustimmen können, weil sie erzwingt, daß wir jederzeit auf eine solche organische Verbindung dringen. Dann haben wir seit dem haren Kampf gegen den Militarismus, und wenn wir dann die Militär vorlage samt der Deckungsvorlage zu Fall bringen und es kommt zur Reichstagsauflösung, würden wir den großen Kampf gegen den Militarismus in seinem ganzen Umfang führen. Wir würden große Erfolge erzielt haben durch die Gewinnung neuer Anhänger. Es ein paar Mandate dabei hätten gingen, ist nebensächlich. Ich habe die Reichstagsauflösung damals ausdrücklich als meinen Wunsch von der Reichstagsauflösung im Auftrage der Fraktion gefordert. Im Interesse des Kampfes gegen den Militarismus in allen seinen Auswüchsen bitte ich Sie, die Resolution 114 anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Herr: Als Mollenbuhr sprach, hatte ich nicht angenommen, daß er Teilnehmern des Parteitages den Vorwurf machen würde, daß sie wider besseres Wissen Behauptungen aufstellen. Wenn das geschehen wäre, hätte ich allerdings diesen Ausdruck rügen müssen.

Dr. Frank-Mannheim:

Dem Genossen Lebedour gegenüber möchte ich ausdrücklich erklären, und darin stimmt Mollenbuhr mir zu, daß keiner von uns glaubt, es wären Äußerungen wider besseres Wissen vorgebracht. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß eine ganze Anzahl von Leuten, die Ihnen zustimmen, es nicht besser wissen. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Nun hat Lebedour sich darüber aufgeregt, daß Mollenbuhr den Inhalt eines Briefes Webel's vorgelesen hat, der sich mit der vorliegenden Frage beschäftigt. Ich glaube der Meinung von sehr vielen Delegierten Ausdruck zu geben, wenn ich sage, die Meinung des Parteitages wird, so sehr wir uns freuen, wenn Webel unserer Ansicht ist, nicht beeinflusst durch das, was Mollenbuhr hier vorgelesen hat. Wir freuen uns, wenn die Haltung der Fraktion die Zustimmung Webel's gefunden hat. Aber die Mitglieder der Fraktion in ihrer großen Mehrheit waren auch zur Zeit, als sie abstimmten, keinen Augenblick darüber im Zweifel, wie Webel über diese Frage dachte. Wenn von der Gegenseite Äußerungen von Marx aus dem Jahre 1890 vorgelesen werden, ist es auch kein Verstoß, wenn man die Auslassungen des toten Webel aus dem Jahre 1913 hier vorträgt. (Sehr gut!) Ich bezweifle aber keinen Augenblick, daß den Genossen Lebedour, wenn Webel ihm einen Brief über diese Frage im gegenständlichen Sinne geschrieben hätte, das natürliche Gefühl abgehalten hätte, diesen Brief hier vorzulesen. (Heiterkeit und sehr gut!)

Nun hat Lebedour nach dem Vorgange von Stadthagen sich über die Länge der Reden der beiden Referenten aufgeschalten. Pamentlich Stadthagen meint, es bewiese das, wie schwach die Position der Fraktionsmehrheit sei, wenn ihre Verteidiger 4 1/2 Stunden reden müßten. Genosse Stadthagen, wie wird mir, wenn Sie anderen vorwerfen, daß sie lange Reden halten. (Heiterkeit.) Was Stadthagen sachlich vorgebracht hat, war mehr als mager und hätte auch in einer 1/4stündigen Rede dem Parteitag nicht schmachhaft gemacht werden können. Der Antrag Riederbach's, aus dem wohl der Riß Stadthagen's spricht, will der Fraktion einen Tadel erteilen, weil sie sich gegen Grundzüge der Partei vergangen habe. Genosse Stadthagen, wie wollen Sie unserer armen Fraktionsmehrheit zumuten, genau zu wissen, was für die Riederbacher richtige Parteigrundsätze sind, wenn Männer wie Hoch, Geher, Lebedour, Wurm und Kautsky verschiedener Meinung über diese Grundzüge sind! Da müssen Sie es und schon zugute halten, wenn wir in Anlehnung an das Parteiprogramm und unter Würdigung der politischen Situation so entschieden haben, wie geschehen ist. Hoch meinte, es wäre schon zulässig, Besteuerungen zu bewilligen, aber nur zusammen mit den Liberalen, zusammen mit dem berühmten Bloch von Wassermann bis Webel. Mich erinnerte das an die Stelle aus einem Goethe'schen Gedicht: „So war mir, als ich Wunderkam mein Lied aus fremdem Mund vernahm.“ (Große Heiterkeit.) Wir haben uns nicht bedrängt, zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden. Die historische Wahrheit gebietet es aber, festzustellen, daß von einer Treulosigkeit der Liberalen keine Rede sein kann. Die Liberalen haben und keine Treue gebrochen, weil sie uns keine Treue versprochen hatten. Sie haben uns aber vom ersten Tage an loyal und offen über den Gang ihrer Verhandlungen mit dem Centrum auf dem Laufenden erhalten. (Sehr richtig!) Der Gefahr einer Reichstagsauflösung ist die Fraktion in keinem Augenblick ausgewichen.

Die ganze Konstitution Stadthagen's würde in dem Augenblick in sich zusammengesunken sein, wo die Liberalen, wofür es doch in der Geschichte einzelne Beispiele gibt, umgefallen wären. Wir hätten dann nicht eine Auflösung bekommen, sondern die indirekten Steuern. (Lebhafte Zustimmung.) Die Taktik der Genossen Hoch, Lebedour und Stadthagen hätte nur dann einen Sinn, wenn sie unbedingt Vertrauen hatten: erstens zur Wahrheit der Versicherungen des Centrums, daß es die Militär vorlage ablehnen würde, wenn die Deckung nicht kommt, und zweitens zur Festigkeit der Liberalen, daß sie keine indirekten Steuern bewilligen würden. Ich bin überzeugt, auf dieser Seite eine solche Fülle des Vertrauens zu den bürgerlichen Parteien zu finden. (Heiterkeit.) Wir haben das Vertrauen nicht gehabt und haben

deshalb von vornherein unsere Taktik so eingerichtet, daß wir das Centrum gezwungen haben, zusammen mit uns und mit Liberalen Besteuerungen zu machen. Wir bestreiten nicht, daß das Gesetz Schönheitsfehler hat. Aber als das Schlimmste empfinden wir, daß wir infolge der in den letzten Wochen und Monaten an der Fraktion geübten Kritik gezwungen worden sind, das Gesetz zu loben, mehr zu loben, als uns lieb war. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hätten statt dessen lieber dem Volke gesagt, was an dem Gesetz, an dem wir doch nur als eine Minderheit mitgearbeitet haben, noch zu verbessern wäre. (Bravo!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Frau-Münzberg beibrachte und Lebedour bekämpfte, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen:

Eduard Bernstein: Es ist in den Debatten vor dem Parteitag wiederholt darauf bezuggenommen worden, daß ich mit der Minderheit gestimmt habe. Ich habe mich an den Debatten nicht beteiligt, weil ich hier auf dem Parteitag meine Gründe darlegen wollte. Das ist mir leider durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht worden.

Geher: Der Bericht des „Vorwärts“ über meine Leipziger Rede ist nicht richtig. Ich habe in Leipzig in derselben Weise wie hier gesprochen und genau wie hier die prinzipielle Seite hervorgehoben und gesagt, daß die Prinzipien der Partei unter allen Umständen gewahrt werden müssen. Nun kommt der entscheidende Satz, der nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ lautet: „In dem Augenblick, wo sie (die Partei) ihre Grundsätze aufgibt, wird der Kampf so heftig werden, daß die Gefahr besteht, daß aus der jetzigen proletarischen Partei eine neue proletarische Partei entsteht. Aufgabe des kommenden Parteitag's muß es sein, mit allen Kräften für die Reinhaltung der Prinzipien zu sorgen.“ Ich habe also nicht zur Gründung einer neuen Partei aufgefordert, sondern nur vor der Gefahr gewarnt, die eintreten könnte, wenn die Prinzipien der Partei nicht reingehalten würden.

Stadthagen: Zwischen meiner jetzigen Haltung und meinen Flottengesetzesreden von 1898, 1899, 1909 besteht kein Widerspruch. Damals handelte es sich darum, in der zweiten Lesung die Besteuerung in das Gesetz hineinzubringen. Aber in der Gesamtabstimmung hätten wir dagegen gestimmt, weil dann auch über das Flottengesetz selbst abgestimmt worden wäre. Ich würde wünschen, daß wir zu dieser alten Taktik wieder zurückkehren.

Lebedour: Der idiothere Vorwurf von Mollenbuhr berührt mich schon deshalb nicht persönlich, weil ich bis dahin das Wort in der Debatte nicht genommen und auch vorher Dinge zu dieser Sache gesagt hatte, die durch die Äußerungen Mollenbuhr's gar nicht berührt werden können. Aber wenn jemand einen so schweren Vorwurf erhebt und ich in der Lage bin, ihn zurückzuweisen, so tue ich es, auch wenn er sich nicht gegen mich richtet. Auch im Reichstag habe ich oft genug Parteifreunde gegen geistige Angriffe von Gegnern in Schutz genommen. Frank hat meine Erklärung, daß ich es ablehne, auf Argumente aus Webel's Brief einzugehen, mit einigen Witz abtun zu können geglaubt. Ich bin ein großer Freund des Witzes, und wenn ich kann, mache ich auch welche. (Auf Kosten anderer. Heiterkeit.) Aber wenn es sich um Briefe von dem Krankenlager eines vor kurzem Verstorbenen handelt, dann würde ich es unter allen Umständen verschmähen, mit Witz zu kämpfen. Ich hoffe, daß Herrn der Parteitag mir bis auf Frank zustimmen wird. (Widerpruch.)

Wurm: Ich habe nicht gesagt, die Partei könnte für Besteuerungen nur in eine Arbeitsgemeinschaft mit Liberalen eintreten. Ich habe vielmehr klar und deutlich gesagt, daß ich solche Besteuerungen, die die Vorbereitung für das Zustandekommen einer Militär vorlage sind, unbedingt ablehnen zu müssen glaube.

Dr. Karl Riederbach: Durch den Schluß der Debatte bin ich verhindert worden, auseinanderzusetzen, daß meine Zustimmung zur Resolution Wurm mit meiner Abstimmung in der Minderheit der Fraktion wohl verträglich ist. Insbesondere hätte ich gern darauf eingegangen, daß die enge zeitliche und materielle Verknüpfung der Militär- und Deckungsvorlage mich und andere Genossen in unserer taktischen Stellungnahme entscheidend beeinflusst hat.

Das Schlußwort erhält

Wurm:

Die Verhandlungen über die Steuerfrage haben gezeigt, daß wirkliche Differenzen in unserer Partei und Fraktion infolgedessen nicht bestehen, als es keinem von uns eingefallen ist, wegen einer Besteuerung eine Militär vorlage anzunehmen oder ihr Vorschub zu leisten. Meine Resolution besagt ausdrücklich, daß wir überhaupt nur dann Steuern zur Deckung von Militär vorlagen zu bewilligen haben, wenn die Annahme der Militär vorlage gar nicht mehr zweifelhaft ist. Man hat mir vorgeworfen, ich sei zu lang gewesen. Ich fürchte, ich bin zu kurz gewesen. (Heiterkeit.) Denn die Erörterungen der theoretischen Richtlinie für unsere Haltung zu den einzelnen Steuern ist eine Aufgabe von außerordentlicher Wichtigkeit nicht nur für unsere Tätigkeit in den gesetzgebenden Körperschaften, sondern für unsere ganze Agitation. Selbstverständlich muß ich Ihnen nicht zu, die vorgelegten Leitätze zur Grundlage unseres ganzen künftigen Verhaltens zu machen. Aber ich empfehle dringend allen Genossen, diese Leitätze zu prüfen und die Erörterungen in der Parteiprojekt fortzuführen, weil wir schließlich doch uns einem detaillierten Steuerprogramm werden unterwerfen müssen. Was die Debatte über meine Resolution anbelangt, so zerfällt sie, wie die meisten Debatten auf unseren Parteitagungen, in zwei Teile. Der eine persönliche Teil ist erfreulicherweise kurz behandelt worden. Was den sachlichen Teil der Angriffe anlangt, so bestreite ich entschieden, daß ich denselben Standpunkt wie Südekum vertreten habe. Südekum vertritt mit der Fraktionsmehrheit den Standpunkt, daß mir für beide Steuern stimmen müßten, wenn dadurch die Einführung indirekter Steuern verhindert würde, ganz ohne Rücksicht darauf, ob sie auch ohne uns angenommen sein würden. Ich bin der Meinung, wir dürfen direkten Steuern zustimmen, wenn durch unsere Stimmen verhindert wird, daß indirekte Steuern an die Stelle der direkten Steuern treten. Das ist aber kein prinzipieller Unterschied. Die Mehrheit der Fraktion ließ sich von der Ermöglichung leiten, daß unser Nein zum Parteitag die Folge haben konnte, daß die Gegner durch Abstimmung ufm. den Parteitag zu Fall brächen. Derartige Streitfragen werden bei jeder Fraktion Tag für Tag auftreten können. Die politische Lage wird man verschieden beurteilen, je nach den Erfahrungen des einzelnen und nach seinem Temperament. Ich habe mich auch 1909 nicht, wie Raski in der „Leipziger Volkszeitung“ behauptet hat, dahin ausgesprochen, daß wir niemals dem heutigen System eine Steuer bewilligen dürften zu Zwecken, die wir verfolgen. Raski verweigert dabei, daß ich unmittelbar vorher ausgesprochen habe, daß wir die 100 Millionen Erbschaftsteuern deshalb ablehnen müßten, weil sie nur der Verspann waren für die mit ihnen zu einem Finanzgefäß verbundenen 400 Millionen indirekter Steuern. Man muß eben jede Steuer wirtschaftlich und politisch zu verstehen trachten. Wenn man fragt, was werden wir tun, wenn von uns direkte Steuern zur Bezahlung von Anleiheungsmitteln gegen die Arbeiterklasse verlangt werden, so ist es klar, daß die Sozialdemokratie nicht für das Vorkommen einer direkten Steuer ihr Erstgeburtrecht der Gleichberechtigung hingeben wird. Jedenfalls werden wir, wenn

neue politische Verhältnisse eintreten, selbstverständlich auch an Hand der alten Grundzüge zu einer neuen Stellungnahme kommen müssen. (Sehr richtig!) Die neue Situation liegt darin, daß wir bei dem Interessengegensatz zwischen mobilem Kapital und Grundbesitz in den Steuerfragen sehr entscheidend mitwirken können, während wir früher nur daneben stehen konnten. Auch hier schlägt die Quantität in die Qualität um. Geyer sagte, wenn die Partei so stark ist, warum hat sie nicht die Militärvorlage verhindert. Das ist eben der Unterschied. In bezug auf den Militarismus ist sich die Kapitalistenklasse einig, in bezug auf die Steuerfragen nicht. Hier ist unsere Minderheit stark genug, um einen Einfluß auszuüben, und wir wären Narren, wenn wir diese Macht nicht ausnutzen im Interesse der Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben nicht einen so großen Summ gemacht über die Bedeutung des Sieges, den wir errungen haben. Aber wir haben ihn in seiner Tragweite gebührend gewürdigt. (Sehr richtig!)

Es ist zum ersten Male im Deutschen Reichstage geschehen, daß durch die starke Sozialdemokratie die Arbeiterklasse vor neuen schweren Lasten bewahrt wurde. Wenn Genossin Luxemburg die Jitate vermisst, die ich von Marx hätte anführen können, wo bleibt denn dann das Jitaz aus ihrem eigenen Buch, wo sie selbst zugibt, daß es nicht gleichgültig ist, was für Steuern eingeführt werden. (Rosa Luxemburg: Das steht in der Resolution!) Dort steht das Gegenteil, nämlich, daß es gleichgültig ist, ob direkte oder indirekte Steuern kommen. Stadthagen sagt, es bleibe immer bestehen, daß wir dem Militarismus neue Mittel bewilligt hätten. Ganz anders wäre es nach seiner Meinung, wenn früher beschlossene Steuern durch neue Steuern ersetzt worden wären. Ja, lieber Freund Stadthagen, wie lange Karenzzeit muß denn gegeben sein, bis eine indirekte Steuer durch eine direkte ersetzt werden darf? Dauert das ein Jahr oder eine Session oder eine Legislaturperiode oder nur eine Stunde? (Heiterkeit.) Deine Logik ist: wir machen nicht mit, mögen die indirekten Steuern kommen, die Arbeiter sollen zahlen, wir bewilligen dem Militarismus keinen Groschen, wir stehen abseits, auch wenn wir indirekte Steuern verhindern können. Wenn dann die indirekten Steuern beschossen sind, kommen wir später mit einem Antrag auf Ersetzung dieser indirekten Steuern durch direkte. Das scheint mir doch schwerlich die richtige Taktik in der Steuerfrage zu sein. Stadthagen meinte, der Weg für den Imperialismus werde durch unsere Zustimmung erst freigemacht. Das ist falsch. Der Weg ist da, wir müssen nur dafür sorgen, daß er nicht über den Leib der Arbeiter geht, sondern über den Geldbeutel der Kapitalisten. Mehr können wir nicht tun, solange wir eine Minderheit sind. (Sehr richtig!) Keine Resolution zeigt Ihnen ganz deutlich, worauf es ankommt: festhalten an unseren Grundätzen und abwägen jedesmal nach der politischen und wirtschaftlichen Lage, wie haben wir uns im Einzelfall gegenüber der Ausplünderung der Arbeiterklasse durch Steuern zu stellen.

Dem von Ledebour und Liebknecht angeregten Gedanken, daß die Steuern quodifiziert und immer nur für ein Jahr bewilligt werden sollen, nehme ich gern an. Dadurch würde das Budgetrecht gestärkt. Das Vertrauen der Volksmassen haben wir nicht zuletzt dadurch errungen, daß wir der Arbeiterklasse versprochen haben, alles von ihr fernzuhalten, was sie niederdrückt und ausbeutet und dafür einzutreten, daß die Interessen der Arbeiterklasse Berücksichtigung finden. Dazu gehört auch, daß die Arbeiter vor indirekten Steuern zu bewahren sind. Deshalb ist der Weg meiner Resolution der einzig richtige, mit dem wir unser Versprechen erfüllen können, das wir dem Volke gegeben haben. (Lebhafte Beifall, vereingelttes Wischen.)

Südekum (Schlußwort):

Hofrichter hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß ich getäuscht durch einen allzu kurzen „Vorwärts“-Bericht über seine Rede, seine Kennerung in einer Adhärenzversammlung nicht ganz deutlich wiedergegeben habe. Er habe nur vor einem übertriebenen Optimismus warnen wollen in bezug auf die Einschränkung der Minderheiten und auf die Deckung durch direkte Steuern. Das ist in der Tat etwas anderes, als im „Vorwärts“ stand, und ich stelle das hiermit richtig. Nachdem nun die erweiterte Fraktionsfassung zu Ende geht, in der wir uns nochmals über die Steuerfrage unterhalten haben, kann ich zu meinem großen Bedauern nur feststellen, daß der große Aufwand kaum im richtigen Verhältnis steht zu dem Ergebnis. Ich nannte diese Debatte eine erweiterte Fraktionsfassung, weil ich es lebhaft bedauere, daß hier nicht auch gerade das Arbeiterelement des Parteitagess zum Wort gekommen ist, das den Hauptteil von neuen indirekten Steuern zu tragen hätte. Dieser einfache Arbeiter mit 20 bis 30 Mk. wöchentlichem Verdienst hätte hier erklären sollen, was er gesagt hätte, wenn es nicht gelungen wäre, den Hauptteil der Lasten auf die Bestehenden abzumägen, so wie es geschehen ist. Die verehrten Kollegen von der Minderheit der Fraktion haben uns nicht gesagt, was wir tun müßten, um die Arbeiter ebensowenig zu belasten, wie es jetzt tatsächlich geschehen ist.

Stadthagen erwiderte ich: es handelt sich nicht um eine Rechtfertigung der Fraktion, sondern um eine Klarstellung. (Sehr richtig!) Ich bleibe dabei, daß der Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige und einzig mögliche war. Er entsprach dem Parteiprogramm, der Tradition und der politischen Situation. So hat er erzählt, daß das Zentrum Sieger geblieben sei, und daß die Liberalen umgefallen seien. Es ist aber tatsächlich alles ganz anders gewesen. Das Zentrum und die Konserverativen haben schwere Niederlagen erlitten und die Liberalen sind gar nicht so sehr umgefallen. Darauf hat auch Frank schon hingewiesen, und ich halte mich als Berichterstatter verpflichtet, ebenfalls so zu sagen, daß die Liberalen von Anfang an uns in dieser Frage loyal unterstützt haben. Wäre das nicht der Fall gewesen, so wären wir Manns genug gewesen, uns zu wehren. Sie müssen jetzt Ihr Urteil fällen über das, was die Fraktion getan hat. Sie hat ihre Pflicht getan. Bedenken Sie, was von Ihrem Votum abhängt. Ich bitte Sie, mit einer überwältigenden Mehrheit der Fraktion Ihre Zustimmung zu ihrer Fassung auszusprechen. (Lebhafte Beifall.)

Persönlich erklärt Hoch: Südekums Vorwurf, daß ich im Widerspruch zur Fraktion Kritik an dem Beschluß der Mehrheit geübt hätte, ist unberechtigt, weil ausdrücklich beschlossen worden ist, daß jeder Fraktionskollege am geeigneten Ort und in passender Form Kritik üben darf.

Rausenberg-Hamburg gibt im Namen eines Teils der Hamburger Delegierten die Erklärung ab, daß sie der Resolution Würm zustimmen, aber sich dadurch nicht mit jedem Einzelfall einverstanden erklären, ausgenommen dem, der sich auf den Parteitagsschluß von Nürnberg bezieht.

Darauf wird zur

Abstimmung

geschritten, nachdem der Vorsitzende Ebert das Einverständnis des Parteitagess mit seiner Auffassung festgestellt hat, daß die Abgeordneten sich an der Abstimmung über die Resolutionen Würm, Hoch und Geyer beteiligen dürfen. Der Antrag 117 ist durch die Zustimmung Würms in seine Resolution aufgenommen. Der Ab-

änderungsantrag 118 von Geyer wird mit großer Mehrheit abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird hierauf die Resolution Würm mit 336 gegen 140 Stimmen angenommen. Die Resolutionen Geyer und Hoch sind damit gefallen. Der Antrag 109 (Vertrauen und Dank für die Fraktion) wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit sind alle übrigen Anträge erledigt.

Um 7 Uhr abends vertagt sich der Parteitag auf Sonnabend früh 8 Uhr.

Tagung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Leipzig, 18. September.

Die Tagung des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ist sehr zahlreich besucht, es wohnen ihr über 1000 Teilnehmer — darunter viele Gäste — bei. Der Vorsitzende des Verbandes, v. Schulz-Berlin, eröffnete den Kongreß mit freundlichen Begrüßungsworten. Er hob dabei hervor, daß zum erstenmal auch ein Vertreter des Reichsamts des Innern an der Tagung teilnimmt. Die Vertreter der Behörden sprachen dann kurze Begrüßungsworte. Der Vertreter des Reichsamts betonte, daß das Reichsamt des Innern mit besonderer Aufmerksamkeit die Beratung der Tagesordnungspunkte über ein einheitliches Arbeitsrecht und über Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohnes verfolgen würde. Stadtrat Popff-Leipzig sprach die Hoffnung aus, daß die Gewerbegerichte mehr als bisher als Einigungssamt Tätigkeit bekommen möchten.

Der erste Tagesordnungspunkt betraf geschäftliche Angelegenheiten, Rechnungslegung des Vorsitzenden, Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Vorstandes und die Neuwahl des Ausschusses.

Dann sprach Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner-München über

Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage.

Diese Rückschau, sagte Dr. Brenner, sei ein Prüftstein, inwieweit die Gesetzgebung den berechtigten Wünschen auf sozialpolitischem Gebiete entsprochen habe. Er besprach dann die Neuerungen in der Gesetzgebung, die Reichsversicherungsordnung, das Angestelltenversicherungsgesetz und dann das Hausarbeitsgesetz. An diesem Gesetz, das durch die Berliner Heimarbeitseinstellung angeregt worden sei, nahm Redner eine erfreuliche kritische Kritik vor. Es treffe auf dieses der Satz zu: „Es freize die Berge und gebäre eine lächerliche Maus.“ Die meisten Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes hätten keine obligatorische Geltung, sondern seien nur fakultativ. In der Heimarbeit bildete die Bezahlung die größten Mängel. Darum hätte der Forderung nach Arbeitsämtern für die Festsetzung von Löhnen entsprochen werden müssen. Bei Tarifverhandlungen würden die Löhne ja auch oft von den Schiedsrichtern festgesetzt, warum sollte man auf gesetzlichem Wege nicht den gleichen Weg beschreiten können? Statt den Arbeitsämtern hätte man Fachauschüsse vorgesehene, die Gutachten erstatten könnten. Die Heimarbeit habe auf Grund des Gesetzes eine Besserung nicht erfahren. Zusammenfassend betonte Brenner am Schluß seiner Ausführungen, wenn man prüfe, ob der Gesetzgeber seinen Verpflichtungen nachkam, so könne man sagen, daß wir auf sozialpolitischem Gebiete nicht stillgestanden seien, der Vorwurf gewisser Kreise, in der Sozialgesetzgebung trete eine Ueberbürdung ein, wäre jedoch nicht berechtigt. Es händen noch viele Aufgaben der Gesetzgebung vor: die Schaffung eines modernen einheitlichen Angestelltenrechts, die Regelung des gewerblichen Einigungsweges, die Sicherung des Koalitionsrechts, das Problem der Arbeitslosenversicherung sowie mit Ungehäm an die Tür der Gesetzgebung. Diese müßten auch auf diesem Gebiet etwas tun, aus Gründen der Staatsraison. (Beifall.)

Die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage behandelte dann der Archivar des Verbandes, Rechtsanwält Dr. Baum-Berlin. Er erörterte einzelne der zahlreichen Neuerungen.

Ueber Die Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag

referierte hierauf der Vorsitzende des Stuttgarter Gewerbegerichts, Dr. Waldmüller. Er besprach einige wichtige Entscheidungen der Gerichte. Bei den Gärtnern wurde bestritten, ob sie gewerbliche Arbeiter seien. Die Meinung der Gerichte ginge aber dahin, daß sie den Gewerbegerichten zu unterstellen wären. Den 1500-Mark-Vertrag (Sicherung gegen Lohnbeschlagnahme) habe das Reichsgericht als nicht gegen die guten Sitten verstoßend erklärt, wenn der Vertrag sich darauf beschränke, dem Dienstverpflichteten und seiner Familie die Mittel zu einer bescheidenen, seinem Stande entsprechenden Lebensführung zuzuwenden. Streikbermerke in Zeugnissen haben die Gerichte wiederholt bestritten. Die Gerichte hätten die Art des Streiks geprüft und je nach der Prüfung die Bemerkung für zulässig oder nicht zulässig erklärt. Bezüglich des Akkordvertrags habe die Rechtsprechung die schwere Arbeit gehabt, die Grundlage des Rechtsverhältnisses herauszuarbeiten. Tarifverträge werden allgemein als rechtsgültig anerkannt. Als notwendig werde jedoch angesehen, daß die Berufsorganisationen eine besondere Bestimmung in ihren Satzungen hätten, die sie zum Abschluß von Tarifverträgen für ihre Mitglieder legitimiert. Die Frage, ob der Verein für die Einbindung des Vertrags haftet, habe das Reichsgericht verneint.

In der kurzen Aussprache, die sich an das Referat schloß, regte Kommler-Frankfurt a. M. (Handlungsgehilfensdeputierter) an, gegen die Gegner der Gewerbegerichte vorzugehen und nicht zu warten, bis diese härter seien. Die Gegner würden den Kaufmanns- und Gewerbegerichten die Objektivität absprechen und gegen die Vorsitzenden den Vorwurf erheben, daß diese von vornherein etwas auf Seiten der Angestellten ständen. Dagegen müsse man sich wenden.

Zu dem Punkt

Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohnes

hielt Magistrotsassessor Dr. Falk-Frankfurt a. M. das einleitende Referat. Er gab ein Bild des bestehenden Rechts. Der jetzige rechtliche Zustand ist folgender: Lohn und Gehalt aus einem Arbeitsverhältnis, das die Erwerbstätigkeit vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, sind — vorausgesetzt, daß sie am Fälligkeitstage eingefordert werden — im allgemeinen der Pfändung und der Uebertragung, Abtretung usw. entzogen. Diese Regel ist mehrfach eingeschränkt: 1. Die Pfändung ist bis zur vollen Höhe der Bezüge für die Unterhaltungsansprüche der Verwandten, der Ehefrau und der früheren Ehefrau zulässig, soweit diese Ansprüche für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das der Erhebung der Klage vorangegangene Vierteljahr bestehen, zulässig. 2. Die Pfändung ist bis zur vollen Höhe der Bezüge für direkte persönliche Staats- und Gemeindesteuern sowie für Kreis-, Kirchen- und Schulabgaben, die noch nicht länger als drei Monate fällig sind, zulässig. 3. Für die Unterhaltungsansprüche eines unehelichen Kindes ist die Pfändung insoweit zulässig, als der Schuldner ihrer nicht zur Beilegung seines notdürftigen Unterhalts und zur

Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltungspflicht gegen seine Verwandten, seine Ehefrau und seine frühere Ehefrau bedarf. 4. Die Pfändung des Ueberflusses über den Jahresbeitrag von 1500 Mk. ist für Forderungen jeden Rechtsgrundes zulässig.

Der Referent betonte, die Bestimmungen in den drei verschiedenen Gesetzen hätten keineswegs die gleiche Anwendung gefunden, obwohl sie die gleiche Tendenz, Schutz der Lohnforderungen, hätten. Die Rechtsgerichte seien sich nicht einig, wie die einzelnen Bestimmungen sich zueinander verhalten, wie sie zu ergänzen seien. Daß die einzelnen Bestimmungen sich widerstreben, könne nicht zugegeben werden, was Redner in längerem Darlegungen zu beweisen sucht.

Die Debatte eröffnete Reichstagsabgeordneter Körjen-Berlin, der den Standpunkt der Arbeitnehmer vertrat. Bezüglich der Lohnbeschlagnahme gäbe es keine Stelle im Gesetz, die die Teilung der 1500 Mk. in Wochenlöhnen von 28,80 Mk. zulässig erkläre, wonach also der Lohn über 28,80 Mk. beschlagnahmefähig wäre. Der Arbeiter, der einen Wochenlohn von 36 Mk. habe, hätte seinen Jahresverdienst von 1800 Mk. Da müßte die eventuelle Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden. Wenn die Gewerbegerichte die Praxis der Teilung beibehalten würden, dann trage dies dazu bei, die Bestimmung über die unpfändbare Lohnsumme zu durchlöchern. Gemiß, es sei schwer festzustellen, wann der Arbeiter 1500 Mk. verdient. Wenn aber ein Gesetz mangelhaft sei, dann müsse daran gearbeitet werden, bestimmte Formeln zu schaffen. Körjen besprach dann die Aufrechnung des Arbeitslohnes. Es bestehe die Ansicht, die Aufrechnung bei vorsätzlicher Schadenszufügung zu dulden. Da habe man aber zu prüfen, was ist Diebstahl? Ist es Diebstahl, wenn der Richter die Abfälle abends mit noch Hause nimmt? (Heiterkeit und Unruhe.) Sie, als Richter, werden sagen, es ist Diebstahl. Sie müssen aber bedenken, daß der Arbeitgeber dies so lange duldet, bis er mit dem Arbeiter Differenzen erhält. Dann kommt noch dazu, ob die Unterhaltungspflicht für die Familie nicht berücksichtigt werden muß. Die Zurückbehaltung des Lohnes ist eine verschleierte Aufrechnung, die Wirkung dieselbe. (Beifall und Wischen.)

Dr. Kose, der Generalsekretär des Verbandes Berliner Metallindustrieller, polemisierte gegen die Ausführungen Körjens. Die jetzigen Verhältnisse seien unhaltbar, bedürfen einer neuen gesetzlichen Regelung. Körjen sagte, daß bei Lohnbeschlagnahme nicht der Wochen-, sondern der Jahresverdienst in Betracht kommen müsse. Er hat aber wohl übersehen, daß dies auch nicht zugunsten der Arbeiter wäre. Denn dann könnte, wenn der Arbeiter beispielsweise bis zum 1. September 1500 Mk. verdient hat, der weitere Lohn beschlagnahmt werden. In der Frage der Zurückbehaltung des Lohnes ist der eine Teil der Gewerbegerichte für die Zurückbehaltung, der andere Teil dagegen. Auch in der Frage der Aufrechnung sind die Entscheidungen verschieden. Die Aufrechnung des Lohnes muß aber bei vorsätzlichen unzulässigen Handlungen zugelassen werden. Die ganze Frage darf nicht so sehr aus politischen, aus sozialpolitischen, sondern aus rein rechtlichen Gründen betrachtet werden. Es ist endlich Zeit, daß wir eine Klipp und klare Vorstellung, was recht ist, erhalten. Wir müssen das, was Arbeitgeber und Arbeitnehmer trennt, verringern.

Hollensett-Leipzig (Kaufmannsdeputierter), der dritte aus Interessentkreisen vorgemerkte Diskussionsredner, meinte, es müsse auch zu ermöglichen sein, dem Gläubiger zu seinem Rechte gelangen zu lassen.

Joseph-Berlin (Arbeitnehmerdeputierter): Das Resultat ist das gleiche, ob ich sage, ich halte zurück oder ich rechne auf, der Arbeiter ist der Geschädigte. Wenn der Schlosser für sich seinen Haus Schlüssel im Geschäft macht, so ist dies kein Diebstahl. Bei der Festsetzung des unpfändbaren Lohnes muß die Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden. Der Beitrag von 1500 Mk. entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Der unpfändbare Lohn ist zu erhöhen, vielleicht auf den Satz von 2000 Mk., er ist auch nicht für alle Landesstellen gleichzusetzen.

Geidner-Frankfurt a. M. (Arbeitnehmerdeputierter): Wir sind wohl darin einig, daß das Lohnbeschlagnahmengesetz einer Änderung bedarf. Es liegt auch im Interesse der Arbeitgeber, daß die pfändfreie Summe erhöht wird. Ich würde vorschlagen auf 2500 Mk., von dem Ueberflusse soll nur ein Drittel gepfändet werden dürfen. Daneben muß auch die örtliche Steuerung berücksichtigt werden. Bedauerlich ist, daß die Rechtsprechung in der Frage des Rückbehaltungsrechts so verschieden ist. Noch bedauerlicher wäre aber, wenn die Gewerbegerichte, wie Dr. Kose wünscht, dem Vorschlage des Reichsjustizamts folgen und die Zurückbehaltung allgemein für zulässig erklären würden. Das Verbot der Zurückbehaltung ist eine wirtschaftliche Verächtlichung. Die Gewerbegerichte müssen noch wie vor ablehnen, sich als Strafrichter zu fühlen. Es handelt sich nicht um die „Rechte der diebischen Arbeiter“, wie Dr. Kose sagte, sondern um die Konsequenzen, die die Zurückbehaltung in derartigen Fällen nach sich zieht. (Beifall.)

Senator Grote-Hannover (Ausschußmitglied) fasste als Ansicht der Versammlung zusammen, daß der gegenwärtige Zustand ein absolut mangelhafter ist und einer Abänderung bedarf. Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Kranke- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (B. a. G.) zu Hamburg. Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 20. September, abends 6^{1/2} Uhr: Mitgliederversammlung bei Fringmann, Andreaskstr. 26. — Filiale Berlin 6. Sonntag, den 21. September, vormittags 10 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung im Schweinmörder-Gesellschaftshaus, Schweinmörder Str. 42: Festsetzung der Grenze infolge Teilung der Filiale.

Freizeitliche Gemeinde. Sonntag, den 21. Sept., vormittags 10 Uhr, bei Hipp, Am Friedrichshain 16—18: „Jugendweiber“. Festvortrag von Herrn Dr. B. Wille: „An uns das Östliche“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag, den 21. September: Wanderung nach Wannsee—Noorale—Lakow—Römerkanne—Kramphylter—Radom—Beelitzhof. Treffpunkt früh 7 Uhr: Kaiser-Bühelweg. Fahrgeid 65 Pf. Proviant für den ganzen Tag und Wiederkehrer nicht vergessen.

Reutlingen. Sonntag, den 21. September: 1. Wanderung nach Ormer—Grünheide—Woltersdorf—Rahnsdorf. Abfahrt Bahnhof Reutlingen 6.58 Uhr, bis Ormer. Fahrgeid 85 Pf. II. Nachmittagspielturn nach dem Schloßpark Friedrichshöhe. Abfahrt Bahnhof Reutlingen 12.58 Uhr. Fahrgeid 10 Pf. Dienstagabend pünktlich 8 Uhr im Heim Vortrag der Frau Kathilde Karm über: „Der Wert der Bildung für die arbeitende Jugend“. — Für die nächstjährige Pfingstwanderfahrt nach Stettin—Rügen—Bütz werden jetzt schon im Heim Spargeidler angenommen.

Tempelhof-Mariendorf. Sonntag, den 21. September, besucht die Arbeiterjugend das Verkehrs- und Museum. Treffpunkt bis 1/10 Uhr im Augenheim.

Die nächste: Ganderbeitsabend für die weibliche Jugend. Mittwoch: Vortrag: „Arbeitsmethoden“. Referent Herr Leopold Alleg. — Werbt rego für unsere Jugendbewegung! Denkt an die bevorstehende Schulentlassung!

Brix-Budow. Am Sonntag, den 21. d. Mts., abends 6 Uhr, findet bei Jitz, Auguststr. 10, die Eröffnung unseres Jugendheims statt. Hierzu hat das Jugendbörseher „Garmen“-Kaufhaus seine Mitwirkung zugesagt. Außerdem werden Regitationen der Herren Weichelt und Kaiser, sowie einige Gesangsnummern geboten. Die Fehltreue hat Herr Karmig übernommen. Wir eruchen die Arbeiterkassen, ihre Söhne und Töchter darauf aufmerksam zu machen. Gäste, soweit es der Raum zuläßt, willkommen!

MAGGI'S Bouillon-Würfel der beste!



Achtung vor Nachahmungen!

5 Würfel 20 Pfg.,

einzelne Würfel 5 Pfg.

Theater.
Sonnabend, 20. September 1913.
 Anfang 4 Uhr.
Mania. In den Dolomiten.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Holentabaler.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Der lebende Leichnam.
Deutsches Künstlertheater. Wilhelm Tell.
Lesung. Peer Gynt.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem Imperator nach New York.
Kammerspiele. Französische Komödienhaus. Das Paar nach der Mode.
Kleines. In ewigleit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Seville.
Berliner. Filmzauber.
Königgräzer Straße. Das dritte Gebot.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Deutsches Opernhaus. Die Nidin.
Montis Operetten. Der lachende Ehemann.
Schiller O. Freiwild.
Schiller Charlottenburg. Am Tage des Gerichts.
Theater am Nollendorfsplatz. Die Kino-Königin.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.
Kaffee. Der Affentenor oder Caruso auf Kellung.
Trianon. Der abgerissene Glockenzug.
Herrfeld. Was sagen Sie zu Leibsch?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Am Urdelph.
Kunstspielhaus. 777:10.
Kofe. Die Schiffbrüchigen.
Zuilen. Die Antigonin.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
 Die Mißgeburt. Das Adoptivkind.
Walhalla. Der Liebesonkel.
Voigt. Wohltäter der Menschheit.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der lebige Hof.
 Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Fischballett: Firt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-59

Schiller-Theater O. Charlottenburg.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Freiwild.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Cyrano von Bergerac.
 Montag, abends 8 Uhr:
Freiwild.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Montag, abends 8 Uhr:
Am Tage des Gerichts.

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: **Der gute Ruf.**
Berliner Theater.
 8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgräzer Straße
 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Komödienhaus.
 8 Uhr:
Das Paar nach der Mode.

Theater des Westens.
 Heute Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
 Zum 1. Male: **Gräfin Fifi.**
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr: **Der liebe Augustin**

Theater am Nollendorfsplatz.
Ensemble-Gastspiel
 des Berliner Metropol-Theaters:
Die Kino-Königin!
 Anfang 8 Uhr.

Deutsches Künstlertheater Sozietät
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 7 1/2 Uhr: **Wilhelm Tell.**
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Das Prinzip.**
 Sonntag 7 1/2 Uhr: **Wilhelm Tell.**

Lessing-Theater.
 7 1/2 Uhr: **Peer Gynt** von H. Ibsen.
 Musik von Grieg.
 Sonntag, nachmittags: **Magdalena.**
 Sonntag, abends: **Peer Gynt.**
 Montag: **Peer Gynt.**
 Sonderverkauf an der Theaterkasse von 10-2 Uhr, bei Herrn Dietz, Leipziger Straße, Alexanderplatz, Frankfurter Allee, und im Invalidendank.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die Schiffbrüchigen.
 Theaterstück in 3 Akten v. Bréant.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Marie Stuart.**
 Sonnt. ab. 8 1/2 Uhr: **Die Schiffbrüchigen.**

Residenz-Theater
 Im Ehekäfig.
 (Les Maria en cage.)
 Schwan in 3 Akten v. Antony Mars und Maurice Desvalliers
 Morg. u. folg. Tage: **Im Ehekäfig.**
 Sonntag, 21. Sept., nachm. 3 Uhr:
Der Schlafmagentontrollier.

Montis Operetten-Theater
 Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)
 Nachm. 3 Uhr: **Der Vogelhändler.**
 Abends 8 Uhr: **Gastspiel**
Der lachende Ehemann.

ZOOLOG
ischer Garten
 Täglich:
Militär-Doppel-Konzert.
 Eintrittspreise:
 Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf.
 Aquar.: 1 M. v. d. Straß., 50 Pf. v. Zoo
 Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
 Neu! **AQUARIUM**
 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Voigt-Theater
 Gadsstraße 38.
 Morgen Sonntag, den 21. September:
Wohltäter
der Menschheit.
 Rollenöffn. 10 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Passage-Panoptikum
Der Mann
 mit der
eisernen Faust
 d. größte Kraftphän. aller Zeiten
 lebend zu sehen!
AGA
 die schwabende Jungfrau.
Buddha
 die geheimnisvolle Tafel.
 Alles ohne Extra-Entree!

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 8 1/2 Uhr: **Die Jurigant.**
 Sonntag 3 Uhr: **Die Mörderin.**
 abend 8 1/2 Uhr: **Die falsche Hebeil.**

Berlins neueste Tanzart
 im
Roulette de danse.
 Besselfr. Ecke Friedrichstraße

Eröffnung
 Sonnabend, den 20. Septbr.
Grosser Ball
 unter Mitwirkung von
60 der elegantesten Damen.
 Erstklassige Küche und Weine.
 Gut gepflegte Biere.
 Entree 1 Mk. Anfang 8 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::
 Konzerthaus
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester mit einem Vokalquartett.
 Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
 Musikkorps des 2. Niederschl. Feld-Artillerie-Regiments No. 41 aus Glogau.
 Leitung: Oberm. W. Baar.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.
Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor. Dir.: Ernst Liebling.
 Dienstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr:
Populäres Konzert des
Blüthner-Orchester (60 Künstler)
 und des Männerchors
Fichte-Georgia 1879 (Mitglied des
 D. A. S. S.)
 Dirigent für Chor und Orchester **Th. Gervais.**
 Abendkasse 75 Pf., Biletts im Vorverkauf a 30 Pf. sind
 bei den „Vorwärts“-Spezialauszucht, Immanuelfriedstraße 12 und
 Hanisch, Adersfr. 174, bei den Vereinsmitgliedern und in den
 mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Zirkus
Alb. Schumann
 Heute Sonnabend,
 den 20. Septbr., abds. 7 1/2 Uhr:
Wiederholung des
Riesen-
Eröffnungs-Programms!
 mit den für Berlin vollst. neuen
18 Attraktionen.
Sonntag, den 21. Sept.:
2 gr. Vorstellungen 2
 nachm. 3 1/2 u. abds. 7 1/2 U. 2
 in beiden Vorstellungen
ungekürzt. Programm.
 Nachm. hat jeder Erwachsene
1 Kind unter 10 Jahren frei
 auf all. Plätzen außer Galerie.

Casino-Theater
 Lehniger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Einzlg. Varietätstheater. 1. Rang.
 Neu! der phänomenale **Julius Chéroy.**
 Magagnon Truppe. Der rote Domino.
Der Aktien-Tenor
 oder **Caruso** auf Teilung.
 Sonntag, den 21., nachm. 4 Uhr:
Ein toller Ehemann.

Concordia-Festsäle.
 Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
 64 Andreasstr. 64.
 Jeden Sonntag:
Militär-Streichkonzert
 ausgeführt von der
 Kapelle d. **Garde-**
Pioniere unter
 Leitung des kgl. Ober-
 musikkapitän **R. Köhle.**
Hoffmanns
Sänger.
 Jede Woche neues Programm.
 Anfang des Konzerts 6 Uhr,
 der Vorstellung 7 Uhr.
Im oberen Saale
 von 5 Uhr an:
Großer BALL.

Concordia-Festsäle.
 Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
 64 Andreasstr. 64.
 Jeden Sonntag:
Militär-Streichkonzert
 ausgeführt von der
 Kapelle d. **Garde-**
Pioniere unter
 Leitung des kgl. Ober-
 musikkapitän **R. Köhle.**
Hoffmanns
Sänger.
 Jede Woche neues Programm.
 Anfang des Konzerts 6 Uhr,
 der Vorstellung 7 Uhr.
Im oberen Saale
 von 5 Uhr an:
Großer BALL.

Metropol-Theater
 Abends 8 Uhr.
 Unter persönl. Leitung
 des Komponisten:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
 Gr. Kostümen, m. viel u. Tanz in
 19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung
 des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
 Musik von **Jean Gilbert.**
 In Szene geföhrt
 vom Direktor
Karl Bachmann. **Joseph Giampietro.**
Guido Thielscher. **Alfred Schmasow.**
Leopold Wolf. **Ludwig Wolf.**
Helene Ballot. **Ida Russka.** **J. de Lande.**
 Morgen Sonntag nachm. 3 Uhr:
's Nuilerl.
Metropol-Bar
 Rendezvous
 der vornehmen Lebwelt.
 Von 9-1 Uhr geöffnet!
2 Kapellen.

Folies Caprice.
 Anfang
 8 1/2 Uhr
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt
Trianon-Theater.
 Täglich
 abends 8 Uhr:
 Borber: **Der abgerissene Glockenzug.**

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag nachm.
 3 Uhr:
Familien-
Vorstg. mit
 ermäßig. Preisen
 Log. 1 R. Balton
 75 Pf., Entree (um die Bilettssteuer
 zu sparen) 39 Pf.

Zirkus Busch
 Heute Sonnabend, den 20. September 1913,
 abends 8 Uhr:
Gala-Premiere:
Aus unseren Kolonien!
 Original-Pantomime des Zirkus Busch.
 Unter Afrikas Sonne. Schule und Mission. Im Aufstand. Der
 Flußübergang. Sechsspännig über die Felsen. Marsch, marsch,
 hurra! Afrikanische Reiterstückchen. Nach dem Zapfenstreich.
 Hierzu das große Gala-Programm!
 Im besonderen:
R. Weises phänomenale Bärenzucht. In dieser
 Vollendung unerreicht! und alle neuen Spezialitäten.
 Morgen Sonntag, den 21. September:
2 große Vorstellungen!
 nachmittags 3 1/2 Uhr, abends 8 Uhr.
 In beiden Vorstellungen:
gleich großes, glänzendes Programm!
 Nachmittags:
 Die pantomimische Burleske: „Der lustige Dorfbarbier“
 (dargestellt von sämtlichen Clowns).
 Abends zum 2. Male: die Pantomime:
Aus unseren Kolonien.

die CINES Theater
 In allen vier Theatern neues Programm
CINES Apollo-Theater
 Alexander's Rag-Time
 Band Das urkomischste In-
 strumental-Ensemble
Werds Bros.
 Humoristische Akrobaten.
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr.
CINES Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater
 Emerson u. Baldwin
 amerik. Variété-Komödianten
Konez Brothers
 Neuartige Diabolo-Spiele
 Anfang 8 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr.
CINES Nollendorf-Theater
 Alfredo Excentrischer
 Gelgenkünstler
The Joburg Girls
 Englischer Gesang und Tanz
 Anfang 6 1/2 und 9 Uhr.
 Sonntags 4, 6 1/2 und 9 Uhr.
CINES Palast am Zoo
 Eine Melie in der Minute
 Der fabelhaft sensationelle
 Western-Sketch
The Rag-Time Six
 Amerik. Tanz und Gesänge
 Ununterbrochene Vorstellung von
 8 Uhr an. Eintritt jederzeit.
 Sonntag 1-3 Familienvorstellung.
 Ausserdem in allen vier Theatern eine
 Ueberfülle der renommiertesten artist-
 ischen u. kinematographisch. Attraktionen.

Reederei Kahnt & Hertzner Fernsprecher:
 Königst. 2062.
Ab Waisenbrücke
Morgen Sonntag-Extrahahrt mit Musik
 zum
nach Sporthaus Ziegenhals Schlichtfest.
 Abfahrt 10 Uhr vorm. Hin u. zurück 70 Pf., Kinder 35 Pf.

Volksheater Neukölln
 Hermannstraße 20.
 Sonntag, 21. September:
Bis früh um fünf . . .
 Schwan in 3 Akten von Kreis und
 Lippich.
 Montag, 22. September:
Wohltäter der Menschheit
 Schauspiel von Felix Philipp.

Admiralspalast
 Einz. Eispalast der Welt
 mit prunkvollen Eisballetten.
 Allabendlich Firt in St. Moritz.
 Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 halbe Kassenpreise.

City-Park
 Am Bahnhof Friedrichstraße.
Größt. Volksschau Berlins
50 Schaugeschäfte 50
Höhs Gr. Hippodrom-Kohlesse
 und 10 Attraktionen.
 Geöffnet: täglich nachm. 4 Uhr
 Sonn- und Feiertage nachm. 3 Uhr
 bis 11 Uhr abends.
Eintritt frei.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag nachm.
 3 Uhr:
Familien-
Vorstg. mit
 ermäßig. Preisen
 Log. 1 R. Balton
 75 Pf., Entree (um die Bilettssteuer
 zu sparen) 39 Pf.

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
 sollte zur Arbeit
 die Lederhose
Herkules
 tragen.
 :: Unerreichte ::
 Leistungsfähigkeit.
 Allein-Verkauf.



Starkes, sogenanntes
 englisch Leder, grau
 od. braun gestreift
 od. einfarbig. Am
 Bund aus einem
 Stück. Poste Kap-
 nähte. Taschen aus
 schwerem Pilot. Gr.
 Plücken umsonst.
 Preis für normale Mannes-
 größe
 Jünglingsgrößen entspr. billiger.
Manchester-Anzüge
 Marke Gambirinus. Strapazierfest.
 Joppe, Breih, warm gefüt. 11.90
 Westo . . . 3.60, Hoss . . . 6.75
 Blaue Monteur-Jacken
 Marke Siemens, wasch- 9.45
 echt Körper od. Drell, M.
 Blaue Monteur-Hosen. 2.35
 Marke Siemens, do. M.
 Setzer-Kittel . . . 3.10 2.50
 Maler-Kittel . . . 2.90 2.-
Berufs- u. Schutzkleidung
 für alle Zweige der Gewerke und
 Industrie, Sanitätsdienst usw.

Baer Sohn
 Berlin. Gegr. 1891.
 Chaussee-Straße 29-30
 11 Brücken-Straße 11
 Große Frankfurter Straße 20
 Schöneberg, Hauptstraße 10.
 Hauptkatalog kostenfrei.
 Prompt. Versand nach außerhalb.

Nachdruck verboten.

Sommerpreise!
Hans A. B. Koch
Kohlen-Briketts-
Großhandlung
 Lagerplatz u. Hauptkontor
 BERLIN O. 17
 Rüdersdorfer Straße 71.
 Tel. Amt Königstadt 3040 u. 3095.
 Ab Platz:
 la Bruch-Briketts . . . Ztr. 80 Pf.
 la Halblein-Briketts . . . 90
 la Marienglück . . . 95
 la Diamant ges. gesch. . . 1.05 M.
 la Perle des Bergbaus
 ges. gesch. unüber-
 troffene Qualität,
 größtes Format . . . 1.05
 la Cadé Marke Diamant . . . 2.25
 sowie sämtliche anderen Braun-
 materialien.
 Von 5 Ztr. ab billigere Preise.
 Handwagen stehen meinen werten
 Abnehmern gratis zur Verfügung.
 Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.

Vornehme
Herren
Kleidung
 fertig und nach Maß
 erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
 Gegründet 1898
 mit ähnlich lautenden Firmen
 nicht zu verwechseln
 Auf Wunsch Wochenrat

1 Mark an
Rosenthaler Straße 30
 1. Etage,
Frankfurter Allee 104
 Ecke Friedenstraße,
Reinickendorfer Str. 4
 Weddingplatz.

Gewerkschaftliches.

Der Arbeitsmarkt in der Provinz Brandenburg.

Der Verband märkischer Arbeitssuchende verbreitet folgende Mitteilung:

Der Arbeitsmarkt hat in Berlin und in der Provinz im August wiederum keine Besserung erfahren. Im Baugewerbe war die Lage nach wie vor recht ungünstig. Außerordentlich großen Angebote von Arbeitskräften stand eine sehr geringe Nachfrage gegenüber. Auf den mit dem Baugewerbe verwandten Gewerben lastete ebenfalls ein schwerer Druck. Bei Gips- und Zementarbeitern, Bildhauern und Stuckateuren war die Aussicht auf Beschäftigung gering. Töpfer waren Ende des Monats allein in Berlin zirka 550 arbeitslos, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß über 100 bereits in der weiteren Provinz Arbeitsgelegenheit zu suchen sich bemüht haben. Ziegeleiarbeiter waren in sehr beschränktem Umfang unterzubringen. Wenn auch im Malergewerbe die Beschäftigung etwas reger war, besonders Vordierer wurden verlangt, so waren die lediglich während der Reisezeit vorzunehmenden Ausbesserungsarbeiten ausschlaggebend. Ob die gegen Ende des Monats eingefetzte geringe Besserung in der Holzindustrie fortdauern wird, ist zweifelhaft. Die Zahl der Arbeitslosen in diesem Gewerbe betrug am Ende des Monats 3085. Selbst bei der berechtigten Annahme, daß sich unter diesen eine Anzahl von Invaliden befinden, die bestenfalls nur auf gelegentliche Beschäftigung rechnen, enthüllt doch diese Aufstellung ein recht trübes Bild von der Arbeitsmarktlage in der Berliner Holzindustrie. Die Arbeiter der Baubranche, besonders Einleger und Parquetbodenleger haben am stärksten unter dieser Depression zu leiden. In der weiteren Provinz und darüber hinaus ist zwar der Beschäftigungsgrad speziell in diesem Gewerbe auch sehr niedrig, doch immerhin noch besser als in Groß-Berlin. Aller Warnungen ungeachtet, gibt es aber immer noch viel zu viel Arbeiter, die glauben, nur nach Berlin kommen zu brauchen, um hier sofort dauernde und ausreichende Beschäftigung zu finden.

In der Metallindustrie war die Beschäftigung befriedigend. Maschinenfabriken und Kesselschmieden arbeiten, wie die Berichte aus Berlin, Rüstern und Guben ergeben, teilweise mit Ueberflüssen. Auch in den Gießereien und Formereien war im allgemeinen die Beschäftigung befriedigend. Nur in Brandenburg lastet der dort herrschende Streik schwer auf dem gesamten Metallgewerbe. Die Einstellung von Arbeitern in der Fahrradindustrie war recht gering. Auch aus Wittenberge wird, soweit vorwiegend die Nähmaschinenindustrie in Frage kommt, ein leichter Rückgang gemeldet. Die Veltener Radelofenindustrie liegt nach wie vor danieder. Ein leichter Rückgang setzt in der Gubener Gut- und Tuchfabrikation ein, während in Berlin bereits die Filzarbeiter unter der schlechten Konjunktur zu leiden haben. Die Niederlausitzer Tuchindustrie, besonders in Forst, Spremberg, Nottbus, Sommerfeld, Sorau, Finsterwalde, arbeitet schon seit Wochen mit verkürzter Arbeitszeit. In der Bekleidungsindustrie war im Schuhmachergewerbe auch im Monatsbericht die Beschäftigung normal, die Industrie dagegen liegt schon seit langem unter geringem Einfluß von Bestellungen. Gleich ungünstig war der Beschäftigungsgrad in der Herren- und Damenschneider- wie Wäschebranche. Doch sind Anzeichen vorhanden, daß der September eine gewisse Belebung bringt. Normal beschäftigt war die optische

Industrie in Rathenow. Gut, zum Teil sehr gut scheint der Geschäftsgang im Buchdruckgewerbe in Berlin und in der Provinz zu sein. Nur die Lithographen klagen besonders in Berlin über unzureichende Arbeitsgelegenheit. Der weiter anhaltende günstige Geschäftsgang in der Militärbranche hat auch für die Wagen- und Treibriemenbranche ausreichende Arbeitsgelegenheit, während sonst im Sattler- und Portefeuillegewerbe Einschränkungen des Betriebes fortdauern. Im Gastwirtsgerberie herrscht seit Mitte des Monats infolge Zustroms von Gastwirtsgehilfen aus den Saisonplätzen Ueberfluß. Selbst an Aushilfsstellen war infolge der wenig günstigen Witterung Mangel.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt war, soweit die Dienstbotenvermittlung in Frage kommt, die Nachfrage bedeutend höher als im Vormonat; auch das Angebot stieg, doch nicht genügend, um auch nur annähernd die Nachfrage zu decken. Es fehlt nach wie vor besonders an geschulten Hausmädchen. Als ein Zeichen der Zeit kann es gedeutet werden, daß die Nachfrage nach minderjährigen Mädchen für leichte Handarbeit in der Industrie lebhaft, zum Teil so stark war, daß bei weitem nicht alle offenen Stellen besetzt werden konnten. Nur bei den Buchdruckereihilfsarbeitern ließ die Nachfrage nach weiblichen Personen außergewöhnlich nach.

In der Landwirtschaft war entsprechend der Jahreszeit die Beschäftigung reger, das Angebot freilich, soweit brauchbare Kräfte in Frage kommen, gering, aber doch immerhin lassen die Berichte der öffentlichen Arbeitssuchende in der Provinz erkennen, daß der Landarbeitermangel infolge der wenig günstigen industriellen Konjunktur bis zum gewissen Grade nachgelassen hat. Trübe sind die Aussichten in der Gärtnerei. Der Berliner Arbeitsmarkt ist von Stellen-suchenden bereits so überfüllt, daß seit längerer Zeit ein Teil der in Frage kommenden Organisationen denjenigen auswärtigen Mitgliedern, die nach der Hauptstadt kommen, den Anspruch auf jede Unterstützung bis auf weiteres verlagern.

Berlin und Umgegend.

Unzufriedenheit beim Personal der städtischen Straßenbahnen.

Das Personal der Werkstätten und Bahnmeistereien der städtischen Straßenbahnen hatte sich dieser Tage außerordentlich zahlreich in einer Versammlung zusammengefunden. Veranlassung zu dem vorläufigen Besuch bot die Tatsache, daß die durch den Arbeitersaushaus bereits am 8. Juli dieses Jahres verhandelten Anträge auf Beseitigung der im Juni eingeführten Lohnverschlechterungen bis jetzt von seiten des Verkehrs-ausschusses ohne Antwort geblieben sind. Die Verschlechterung der Lohnverhältnisse soll nach den Behauptungen des Betriebsleiters Dr. Ing. Dietrich auf Veranlassen des Magistrats (!) vorgenommen worden sein. Im Juni d. J. wurde nach jahrelangem Drängen die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit durch den Magistrat angeordnet. Dem Arbeitersaushaus wurde seinerzeit erklärt, daß mit dieser Verbesserung des Arbeitsverhältnisses ein Ausgleich geschaffen werden solle gegenüber den in anderen städtischen Betrieben bewilligten Lohnerhöhungen. Diese Erklärung bedingte, daß mit der Einführung der Arbeitszeitverkürzung zum mindesten das früher verbiente Tageseinkommen weiter garantiert blieb. Das ist aber nur für die Anfangslöhne geschehen. In den weiteren Lohnstufen sind, mitbedingt durch eine Verschlechterung der Lohnsteigerungszeiten, ganz erhebliche Kürzungen des früher verdienten Tageslohnes zu verzeichnen. Für die Handwerker ist hierdurch ein Minus von 72 Pf. pro Tag zu konstatieren. Außerdem ist der seit Jahren gezahlte 25prozentige Zuschlag für Nachtarbeit ganz entzogen worden. Die Zuschlagsbezahlung für Sonntagsarbeit wurde obendrein ganz erheblich herabgesetzt. Die Verschlechterungen des Lohnverhältnisses

betragen im einzelnen pro Jahr bis zu 300 M. und darüber. Bei den Tarifverhandlungen im Rathaus haben die Preisverbinder erklärt, daß Tarifverträge der Arbeitsverhältnisse nicht durchgeführt werden. Wie falsch diese Behauptung ist, beweisen die geschickten Vorkommnisse. In den städtischen Betrieben war es allerdings bisher nicht möglich, bei Einführung von Arbeitszeitverkürzungen Verschlechterungen des Lohnverhältnisses durchzuführen. Wir verweisen hierbei auf die Gaswerksverwaltung, Straßenreinigung usw. Solche Klären waren der Verwaltung des früher so sehr gelobten Musterbetriebes der Straßenbahn vorbehalten. Nach sehr erregter Debatte, bei der von den Beschäftigten ganz besonders auf die zum Teil ganz ungeheure wirtschaftliche Schädigung hingewiesen wurde, kam folgender Antrag einstimmig zur Annahme:

„In Rücksicht auf die Tatsache, daß die durch den Arbeiter-aushaus dem Verkehrs-ausschuss eingereichten Anträge seit über 10 Wochen ohne Antwort geblieben sind, werden die Ortsverwaltungen des Gemeindevorstandes und des Metallarbeiter-Verbandes beauftragt, mit dem Magistrat darüber in Verhandlungen einzutreten, daß die im Juni d. J. eingeführten Verschlechterungen beseitigt werden. Die Verhandlungen erklären, daß sie, wenn die Verhandlungen ein ungenügendes Resultat erzielen sollten, eventuell gewillt sind, die letzten Konsequenzen aus diesem Kampfe um die Beseitigung der aufgezogenen Lohnverschlechterungen zu ziehen.“

Deutsches Reich.

Die jetzige Situation in den Werftorten.

Der Zustand der Werftarbeiter ist immer noch nicht völlig erledigt. Die Arbeiter haben allerdings den Streik längst aufgehoben. Am 4. September beschloffen die Bremer Holzarbeiter als letzte Gruppe die Arbeit zu denselben Bedingungen aufzunehmen, wie die anderen Arbeiter. Der Unternehmerverband hat dann vom 6. September ab die Sperre aufgehoben, d. h. von diesem Tage an wurde mit der Einstellung der Arbeiter begonnen. Jetzt, in der dritten Woche nach der Aufhebung der letzten örtlichen Streiks, stehen noch eine erhebliche Anzahl Arbeiter auf der Straße, die noch nicht wieder eingestellt worden sind. Die Werften nehmen die Einstellung recht langsam vor. In den ersten fünf Tagen wurden überhaupt nur wenig Leute eingestellt, etwa nur 3 Proz. der Ausständigen, in einzelnen Orten allerdings ging die Einstellung gleich etwas flotter. In den folgenden Tagen wurde dann die Einstellung in größerer Zahl vorgenommen, sie ist aber in den letzten Tagen wieder eingeschränkt worden. Am 18. d. M. waren in Hamburg noch ca. 1100 Ausständige nicht wieder eingestellt, in Kiel 500, in Bremen 400, in Bremerhaven 800, in Flensburg 250 und in Vögelbe 200. Es ist also in allen Werftorten noch eine recht erhebliche Anzahl Ausständiger vorhanden, die noch auf die Einstellung warten. Bisher wurden bei der Einstellung in den Arbeitssuchendeweisen diejenigen von den sich Meldenden berücksichtigt, die ausständig waren. Damit ist nun in den letzten Tagen gebrochen worden; es wird jetzt ohne Wahl eingestellt, wer nach dem Nachweis kommt. Von einzelnen Orten ist sogar zu konstatieren, daß die Zugereisten bevorzugt werden; die früheren Leute bleiben draußen. Einzelne Werften, so die in Kiel, haben erklärt, daß sie vorläufig weiter keine Leute gebrauchen, es sei zurzeit nicht genügend Arbeit vorhanden.

Trotz dieser noch reichlich vorhandenen Arbeitskräfte versuchen die Werften, Arbeiter aus dem Binnenlande nach den Werftorten heranzuziehen. Was die Werften damit bezwecken, ist ohne weiteres klar. Sie wollen sich eine Reservearmee schaffen, um dann die alten Arbeiter in Raision zu halten. Den Werften stehen aber in den bestreuten Orten jetzt schon viel mehr Leute zur Verfügung als sie gebrauchen können, denn der Zugang nach den Werftorten ist jetzt ganz außerordentlich stark. Verschiedene Werften lassen sich jetzt die Pflege der gelben Werftvereine besonders angelegen sein; sie machen große Anstrengungen, um die Werftarbeiter in die bekannten Werftvereine einzuzwängen. Auch die langsame Einstellung soll wohl diesem einen Zwecke dienen. In dieser Zeit, in der die Zahl der Arbeiter in den Betrieben noch verhältnismäßig gering ist, ist die Agitation für die Selben recht eifrig betrieben worden. Aus der ganzen Sach-

Kleines feuilleton.

Die Vinsler des St. Veit. Man nimmt eine alte Chronik zur Hand und liest: „Es begab sich aber, daß in allen Landen ein seltsames Lausen anob. Jünglinge und Mägdelein trösteten über die Felder und rotteten sich im Wald und ihre Glieder slogen durch die Luft, als wären sie mit dem Schwerte abgeschlagen. Und ihre Köpfe wackelten, als wäre der höllische Brand in ihnen. Und selbige Krankheit währte einige Wunde, hernach aber verlöschte sie und die Mägdelein und die Knaben lühten wieder ihre Gänse und Ochsen und freiten einander.“ So ungefähr wird man in einer späteren Malgeschichte über die Vinsler des St. Veit lesen können. Gegenwärtig aber tanzen sie gar tosend nach der Trommel des „Sturmes“.

Der Fall liegt bezweifelhaft. Man möchte nicht gern annehmen, daß die ganze Angelegenheit nichts anderes sei als eine Rettung der Toren; man kann leider auch nicht annehmen, daß es sich um eine Anordnung des Bistums und eine Verhöhnung des Philisters handelt. Dazu reicht es zu sehr nach Schwere. Diese Leute meinen es bitter ernst. Und was das schlimmste ist, sie sind nicht einmal verrückt. Wahnsinn kann uns ergreifen. Wahnsinn kann produktiv sein und Leben wirken. Die Vinsler des St. Veit sind nur unklare Köpfe, unsfähige Akademiker, Nichtskünner und anmaßliche Theoretiker.

Das ganze inobdithische Berlin freilegte gestern bei der Eröffnung des Gedichtsalons durch die Sturm-Ausstellungsräume (Potsdamer Straße 75); diese Reingelächter, ängstlich, nicht an der Spitze zu sein, stürzen sich todesmutig in die Orgie der Futuristen und Anbiter, der neuen Satantier und Diesbohler. Der Snob verdient es nicht besser. Wir anderen aber, die wir uns ehrfürchtig neigen vor der gewaltigen Entwicklungslinie, die aus den ältesten Zeiten unserer Geschichtlichkeit heraufführen bis zu Monet und Liebermann und weiter, wir können nur lächeln, wenn bunthäutige Zügel, aller Vergangenheit spottend, den Regier im Frock und den Hottentotten im Oberhemd markieren. Gerade wer den Stillstand haßt und für die ewige Freiheit der lebendigen Kunst sein Blut lassen möchte, der muß dieser Horde farbespritzender Brüllaffen die Woten klopfen.

Oder was soll man mit dem Herrn Gino Severini anderes tun, wenn er es fertig bekommt, eine Weinwand mit allerlei farbigen Hieroglyphen und abstrakten Zeichen zu bedecken und solche Ueberwindung des Naturalismus beizubringen: Plastischer Rhythmus des 14. Juli. Was soll man sagen, wenn dieser gleiche Herr daneben ein Portrait zeigt, auf dem zwar zwar kein menschlicher Kopf, wohl aber leibhaftiges Schamhaar (oder Hasenohr), ein leibhaftiges Stück Samt und leibhaftige Auswüchse aus bedrucktem Papier (Manifeste der Futuristen) aufgestellt zu sehen sind. Niemand wird uns einreden können, daß ein Mensch, der sich einen Panoptikumshertz fertig bekommt, ein Streiter um das Heiligtum der Kunst und ein berechtigter Verdächter aller geschichtlich orientierten Menschen sei. Oder Herr De launay. Er zeigt uns die Sonne in vier verschiedenen Fassungen. Aber was er gibt, sind Schängenscheibenbilder, wie trunkenen Dorfburtschen sie fabrizieren.

Man braucht nur die Titel all dieser tollwütigen Pinselereien zu lesen, um zu wissen, daß es sich hier wirklich nicht um Malerei, sondern um Kaffeehausliteratur handelt: Aufsteigende plastische Konstruktion der Rhythmus des Vogens, berauschende Winde leben, plastische Ueberflucht der Bewegung einer Frau.

Das Lächerlichste an dieser Komödie ist, daß neben solchen Gartenstrümpfen und Zoenkopfständen der harmloseste Ritsch anzutreffen ist, urgemütliche Plakatmalerei aus München, ein wenig defakent entrent und angemüdet, aber sonst ganz jüngerliche: Gabriele Münter, Marianne von Werffin, Stanislaus Städel. Die Organisatoren dieser St. Veitsspinnelei sind eben wohl doch keine Kisten.

Sobiel für heute; demnächst wollen wir diese pinselenden St. Veitler noch einmal gründlich in der Retorte kochen. rbr.

Der konfessionelle Schlüsseltarif. Im Südosten Berlins, so erzählt der Simplicissimus, gibt es wenig Gartenanlagen und Promenaden. Dafür sind die Straßen um so länger, die Häuser um so höher, und der Lärm des Verkehrs ist um so größer.

Witten in diesem Großstadtmeer, aber in einer abseits gelegenen, stillen Nebenstraße, besitzt die evangelische L. liche Kirchengemeinde einen Park mit köstlichem altem Baumbestande, eine friedliche Insel, ein Juwel.

Da die Gemeinde nicht nur für das seelische, sondern auch für das körperliche Wohl ihrer Mitglieder besorgt ist, stellt sie diesen Park zur Verfügung.

Freilich: Grund und Boden ist dort teuer, und auch eine Kirchengemeinde braucht Geld. Deshalb erhält Zutritt zu dem verschlossenen Garten nur, wer sich einen Schlüssel mietet.

Aber die Geschichte spielt in Berlin, und man ist dort tolerant. Deshalb gestattet die Besitzerin auch den Angehörigen anderer Konfessionen einen Anteil an diesen Vorzügen.

Als Kirchengemeinde jedoch bestimmt sie den hierfür zu entrichtenden Preis nicht allein aus der Erwägung, daß Kirchengemeindeglieder einen größeren Beitrag zu leisten haben, weil sie die Gemeindefolgen nicht mittragen, sondern sie schätzt ihn offenbar auch nach dem Verhältnis ab, in welchem diese ihrer Meinung nach zu Gott stehen. So kommt denn folgender Tarif zustande: Es haben zu zahlen für die Benützung des Parks: Evangelische 4 M., Katholiken 6 M., Juden 8 M.

Musik.

Konzert der Philologischen Chöre (im großen Saal der Brauerei Friedrichshain). Es gibt zweierlei Kunstveranstaltungen für die breiten Volksschichten, solche bürgerlicher Art, die auf „Unterhaltung“ hinauslaufen, und solche für das arbeitende Volk, sei es nun, daß sie von Künstlern oder von Arbeitern selbst geboten werden. Diese zweite Gattung ist uns die wichtigste. Nicht Unterhaltung ist ihr Zweck, sondern Hinausführung zur Kunst, Verschließung des Geistes und Gemütes der Arbeiter. Aufnahmefähig sollen sie werden für alle Schönheit und Herrlichkeit edelster Poesie und Musik — das ist die Devise, und die will streng und rein und ohne irgendwelche Nebenzwecke gewahrt sein.

Die Philologischen Chöre hatten ein großes erwartungsvolles Publikum. Aber haben sie mit dem gebotenen Programm der Aufgabe, die zu lösen ist, einwandfrei rein gedient? Leider trug das Programm nicht wenige Spuren der Verengung auf ein Durchschnittspublikum, das nach Unterhaltungskonzerten verlangt. Es ließ in seiner Zusammenstellung erkennen, daß es auf den Effekt berechnet war, und leider ließ es die Absicht einer künstlerischen Steigerung gar sehr vermissen. Wäre es nicht besser gewesen, der Duvertüre zu Wagner's fliegendem Holländer den Matrosenfior direkt anzuschließen, anstatt ihn später folgen zu lassen? Durste Beethoven's Leonoren-Duvertüre Nr. 3 durch Sarasates virtuos für die Geige als Soloinstrument hergerichtete Zigeunerweisen totgeschlagen werden? Jenes

wunderbare Werk, das als Ganzes selbst die Leonoren-Oper hinter sich läßt und neben der Eroica als das zweite Monumentalgebilde der großen Jugendschaffensperiode Beethovens dastet, hätte den Hörern noch gerade durch einige Erklärungen näher gerückt werden müssen. Und dann: man überlege einmal, ob in ein künstlerisches Programm von solchem Inhalt des alten nächtlichen Felters Meister und Gesell hineinpaßt. Das mag als Unterhaltungsgespiß gelten, aber in die Nachbarschaft des Großen paßt es auf keinen Fall. Für den instrumentalen Teil war das Philharmonische Orchester herangezogen. Das ist ein erfreuliches Ereignis. Dies Orchester ist so vollkommen, daß es sicher ganz ohne Leitung seine Aufgabe lösen würde. Damit soll natürlich dem emsig in die jeweiligen Partituren vergabenen Dirigenten keinerlei Abbruch getan sein. Er nimmt die Zeitmaße ein wenig hastig. Das zeigte sich besonders bei den Zigeunerweisen, wo das Spiel des Sologeigers (Konzertmeister von Szjpanowski) empfindlich beeinträchtigt wurde. Der schwere Matrosenfior konnte teglich nicht beiläufig werden; das meiste davon ging verloren. Was die übrigen Chorgesänge angeht, so mußte man, bei aller Anerkennung des Vortrags, doch eben auch manche Detonationen in Kauf nehmen.

Endlich Fried's Erntelied, dieser dröhnend gewaltige, prophetische Sturmgesang! Aber es sollte ihm niemals an zulänglicher Befegung der Bläser im Orchester fehlen. Demnächst werden die Philologischen Chöre das Lied unter des Komponisten persönlicher Leitung singen. Da mögen sie zeigen, was sie können! Hätte man den Vortrag nicht besser bis dahin vertagt? Indes die Hörer nahmen das Lied mit Begeisterung hin. Es liegt immer. ek.

Notizen.

Theaterchronik. Otto Julius Bierbaums, von Ludwig Thuille in Musik gesetztes Singpiel „Lobetanz“, ist die nächste für die kommende Woche vorgesehene Neuheit des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg. — Im Elanor-Theater wird als nächste Neuheit „Seine Vellebte“, Lustspiel in drei Akten von Armont, deutsch von Erich Kay, vorbereitet.

Kunstchronik. Im Ausstellungslokal der Bibliothek des königlichen Kunstgewerbemuseums sind bis Ende dieses Monats ausgestellt: Kostüm- und Sittenbilder des 18. Jahrhunderts aus der Bippelheideschen Kostümbibliothek.

Ein Lustspiel Friedrich Rückerts, betitelt „Der Leipziger Jahrmarkt“, bald nach 1818 geschrieben und damals wegen Penlarschwierigkeiten nicht zum Druck gelangt, wird demnächst im Verlage von Verthold Sutter in München erstmals erscheinen. Es stammt also aus der Periode, in der Rückert Bemerkenswertes als satirischer Zeitdiater leistete.

Die Zunahme des Aluminiumverbrauches. Nach einer Mitteilung der Pariser Akademie der Wissenschaften ist die Weltproduktion an Aluminium, die 1894 1000 Tonnen betrug und noch 1900 8000 Tonnen erreichte, im Jahre 1911 auf 46700 Tonnen gestiegen. 1885 kostete das Allogramm Aluminium gegen 1000 M., 1896 rund 100 M., 1890 28 M., während heute das Kilo bereits für 1,70—2 M. hergestellt werden kann.

Ein Jatho-Dramatiker. Der Farrer Fritz Philipp von der Wiesbadener Anglikirche hatte den Fall Jatho zu einem Schauspiel verarbeitet, das am Wiesbadener Residenz-Theater in Szene gehen sollte. Aber das Konfistorium murkte und der Farrer zog sein Stück zurück. Solche Willigkeit paßt wie die Faust aufs Auge gerade zu einem Stück mit solchem Thema. Das Opus kann nicht viel wert gewesen sein.

lage ist zu ersehen, wie die Unternehmer darauf bedacht sind, die Arbeiter von ihrer Organisation abzubringen, um dadurch ihre wirtschaftliche Macht zu lähmen. Die Arbeiter erkennen diese Absichten; sie werden dafür sorgen, daß die Hoffnungen der Unternehmer nicht in Erfüllung gehen.

Die schuldbedürftigen Arbeitwilligen.

Während des Streiks der Düsseldorf-Hafenarbeiter im Juli dieses Jahres kam es wiederholt zu wilden Ausschreitungen, die von den aus Essen importierten Arbeitwilligen inszeniert wurden. Ganz besonders toll hatten es diese Streikbrecher am 27. Juli getrieben. Um sich Abwehrlinien zu verschaffen, organisierten sie einen förmlichen Überfall auf ein Geschäftslokal. Ein Schutzmann, der die Kundschaft zurückdrängte, wurde auf einen Holzstapel gelockt und dort zu Fall gebracht. Nur das Dazwischenreten eines Kriminalbeamten rettete den Polizisten vor weiteren Mißhandlungen durch die Arbeitwilligen, von denen einer bereits ein 25 Zentimeter langes Schlachtmesser gezogen hatte.

Die Düsseldorf-Strafkammer, die sich mit den Heldentaten dieser Staatsräuber zu beschäftigen hatte, verurteilte zwei der Angeklagten zu je 3 Monaten 1 Woche und einen dritten zu 3 Monaten 2 Wochen Gefängnis.

Die also Verurteilten blieben selbstverständlich nach wie vor für den Staat nützliche Elemente, und ein ehrlicher Arbeiter, der der „Ehre“ dieser Gefellen zu nahe tritt, spaziert unter Umständen auf Monate ins Gefängnis.

Der Direktor soll helfen.

Im Betriebe des Essener Bürgerbräu in Vorbeck haben freiorganisierte Arbeiter sich erlaubt, nach Schluß der Arbeitszeit jugendliche Arbeiter für die Organisation günstig zu stimmen. Darob großes Gezeier unter den Christlichen. Sie resp. die christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsführer, arrangierten eine Sitzung, zu der sie auch den Direktor einluden und ergingen sich in höchster Entrüstung über die „Frechheit“ der „Nuten“, waren daß erstaunt, wie der Maschinenmeister sich erdreisten konnte, zu sagen, daß er im Umkleerraum nach Schluß der Arbeitszeit nichts zu sagen habe und fabrizierten eine Resolution. In dieser sprachen sie dem Direktor ihre „Mißbilligung“ darüber aus, daß er trotz Zusage nicht erschiene, denunzierten den Maschinenmeister wegen seines neutralen und korrekten Verhaltens und forberten die Direktion auf, „unerbittlich“ diese Mißstände zu beseitigen, widrigenfalls sie sich merkwürdig fühlen würden, „weitere Schritte zu unternehmen“! — Und da sage noch einer, daß die Christen keine Courage haben.

Eine neue Agitationsmethode der Gelben bei Krupp. In einer der Kanonenschächten verlegt man sich jetzt darauf, die Arbeiter, die sich vom Meister für den Beitritt zum Werkverein breitschlagen lassen, dadurch zu enttäuschen, daß sie bei Vergütung von Ueberstunden bevorzugt werden.

Ausland.

Warnung vor Auswanderung nach Argentinien.

Aus Buenos-Aires berichtet uns ein Freund der Arbeiterbewegung, daß in Argentinien die Arbeitslosigkeit einen riesigen Umfang erreicht hat. In Buenos-Aires sind 80 000 Menschen arbeitslos. Kürzlich ist ein Arbeitsamt gegründet worden, das unentgeltlich Arbeit vermittelt. Dieses Amt ist aber nicht imstande, zu helfen, da die Arbeitsfindenden nicht die Mittel haben, um die Reise weit nach dem Innern des Landes, wo Arbeiter verlangt werden, bezahlen zu können. Das Amt selbst besitzt auch keine Mittel hierzu. Im August fanden Arbeitslosenversammlungen statt, die der Bevölkerung und der Regierung den Ernst der Lage vor Augen führten. An eine Verminderung der Arbeitslosigkeit ist vorläufig nicht zu denken. In den bereits vorhandenen Arbeitslosen kommen täglich aus allen Teilen Europas neue an. Ganze Familien treten bei der zurzeit herrschenden Hitze obdachlos, hungernd und frierend in den Straßen umher. Seefahrtsgesellschaften machen durch gewissenlose Agenten Klame für die Auswanderung nach Argentinien. Ihnen ist es nur um die Ueberfahrtsgeelder zu tun. Drüben bestimmt sich niemand um die Geprechten. Jede Woche kommen zwei große deutsche Dampfer mit Auswanderern in Buenos-Aires an, mit zahlreichen deutschen Arbeitern und Gardawerkern. Die Mehrzahl der Einwanderer kommt allerdings aus den romanischen und slawischen Ländern. Jeder deutsche Arbeiter wird wohl beurteilen können, was es heißt, neben solchen Konkurrenten seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Die Löhne sind durch die Massenangebot unglaublich gedrückt, dabei ist der Lebensunterhalt so teuer wie sonst nirgends.

Gewerkschaftliche Organisationen bestehen zwar, doch sind sie bei dem fortwährenden Zustrom aus allen Ländern nicht imstande, Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erlangen. Die Organisierung der Einwanderer ist schwer, weil sie der Landessprache nicht mächtig sind. Zugewanderte müssen außerdem gewärtig sein, ausgewiesen resp. zwangsweise zurückgeschickt zu werden auf Grund eines vor drei Jahren geschaffenen Gesetzes. Das Elend ist zurzeit riesengroß unter den Arbeitslosen. Deshalb, Arbeiter, seht Euch vor, wandert nicht nach Argentinien aus!

Gerichts-Zeitung.

Unfähig zum Kampf mit dem Leben!

Unter der Anklage des Betruges hatte sich gestern der Freiherr Edwin Karischall von Wieserstein vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. — Der

aus dem bekannten Adelsgeschlecht stammende Angeklagte ist vom Schicksal schon viel hin und her geworfen worden. Als ihm Unterstützung seitens seiner vermögenden Verwandten versagt wurden, nahm er einen Posten als Gutsinspektor an und fand dann, als er diesen ohne Schuld verlor, eine Anstellung bei der Firma Pintsch als Inspektor mit einem Wochenlohn von 75 M. Als seine Tätigkeit in dieser Ausbittstellung beendet war, stand er eines Tages wiederum vor dem Nichts. Alle Versuche, eine einigermaßen erträgliche Stellung zu verschaffen, schlugen fehl. Am, wie der Angeklagte vor Gericht erklärte, mit seiner Frau und seinen Kindern nicht Hunger leiden zu müssen, verkaufte er seine gesamte Möbelleinrichtung, für die er ganze 400 M. erhielt. In der Hoffnung, eine kleine Pension einrichten zu können, kaufte er mit einer Anzahlung von 800 M. bei der Firma Pintsch eine Möbelleinrichtung auf Abzahlung und mietete in Friedenau eine Wohnung. Seine Hoffnung, Pensionäre zu erhalten, schlug jedoch fehl, so daß er schon nach kurzer Zeit wieder völlig blank war. Als schließlich der Hunger an seine Tür klopfte, ließ sich der Angeklagte, der bisher ehrlich den Kampf ums Dasein gekämpft hatte, versehen, verschiedene Dinge zu begeben, die ihn mit dem Strafgesetz in Konflikt brachten. Er verschaffte sich, nachdem er versichert hatte, daß die eben auf Abzahlung gekaufte Wohnungseinrichtung sein unbeschränktes Eigentum sei, im Oktober v. J. ein Darlehen von 1000 Mark, wofür er einen schon im Januar fälligen Wechsel über 1200 M. ausstellen mußte, was einem Zinssatz von 80 Proz. entspricht. Nachdem der Angeklagte mit diesem Gelde eine Abzahlung auf die Möbel geleistet und verschiedene andere Schulden bezahlt hatte, verkaufte er die Möbel nacheinander noch viermal und ließ sich von den Käufern Anzahlungen von einigen Hundert Mark geben. Der letzte Käufer, ein Tischler Jaak Dornfeld, der 1000 M. für die Möbel gezahlt hatte, ließ diese dann auch abholen. — Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er immer noch glaubt habe, daß er von seinen Verwandten rechtzeitig vor der bittersten Not gerettet werden würde. Die Straftaten selbst habe er in einem Zustande dummer Verzweiflung begangen, über den er sich jetzt erst vor Gericht richtig klar geworden sei. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Gericht war der Ansicht, daß die von dem Angeklagten begangenen Straftaten nicht dazu angetan seien, einen bisher unbekanntenen und ehrenhaft dastehenden Mann, der in der Not erliegt, ins Gefängnis zu schicken. Das Urteil lautete dementsprechend auf 600 M. Geldstrafe. — Dem Freiherren ist es ergangen wie Tausenden und Abertausenden ehrlicher Arbeiter, die aber kaum auf mildernde Umstände zu rechnen hätten, wenn sie sich in der Verzweiflung zu gleich schweren Straftaten hinreißen ließen! Ramentlich nicht, wenn der Staatsanwalt darauf verweisen könnte, daß sie vorher einen Wochenlohn von 75 M. hatten.

Bestrafte Heimtücke.

Die Methode, die sich die Frau Oberleutnant Klara Haase, geb. Haberland, ausgedacht hatte, um eine unangenehme Prozeßgegnerin in die Hand zu bekommen, wurde gestern gelegentlich der Verhandlung einer Privatklage weiteren Kreisen bekannt. Das Ehepaar Kretschmer in Wilmerdorf hatte die Frau Haase und deren Dienstmädchen Anna Kurzmann wegen Verleumdung auf Grund des folgenden Tatbestandes verklagt: Die Privatkläger waren früher Mieter in einem Hause des Eheannes Haase. Auf Grund von Mißverständnissen gerieten die Parteien in bittere Feindschaft und es kam zu einem Zivilprozeß, der zugunsten der Privatkläger ausfiel. Diese wurden nun den Haase'schen Eheleuten sehr unangenehm, da sie Schadenersatzansprüche geltend machen wollten und noch weitere Prozesse androhten. Nun ersann sich Frau Haase ein eigenartiges Mittel, um ihre Gegner unschädlich zu machen. Sie überredete ihr Dienstmädchen zu folgender Komödie: Frau Kretschmer hat eine ziemlich große Damenklub-Schaft, von der sie regelmäßig als Masseurin beschäftigt wird. Sie verleiht diesen Beruf in durchaus einwandfreier und ehrenhafter Weise und ist noch nie in den Verdacht gekommen, unlautere Handlungen bei Ausübung ihres Gewerbes zu begehen. Frau Haase kam es aber darauf an, sie zu einer solchen Handlung zu verleiten und sie aufs Glatteis zu loden. Ihr Dienstmädchen Anna Kurzmann ließ sich dazu herbei, die Rolle eines Mädchens zu spielen, das sich angeblich in anderen Umständen befände und der Schande nicht verfallen möchte. Als solche erschien die Kurzmann am 12. Oktober 1911 bei Frau Kretschmer und führte sich durch einen Brief ein, den ihr ihre Dienstherrin mitgegeben, aber mit Namen nicht unterschrieben hatte. In dem Briefe teilte eine „Frau v. S.“ mit, daß ihre brave Anna eine schwache Stunde gehabt habe und fragt an, ob Frau Kretschmer es übernehmen wolle. „Anna wieder als ehedem Mädchen herzustellen“. Den Namen ihrer Dienstherrin zu nennen, verweigerte das Mädchen; Frau Kretschmer wies die ihr gemachte Zumutung zurück und das Mädchen mußte ohne Erfolg zu erziehen, wieder abgehen. Durch Zufall erhielten die jetzigen Privatkläger Kenntnis davon, daß der ominöse Brief von Frau Haase geschrieben und eine berechnete Komödie gegen sie aufgeführt worden war. Sie beschritten den Weg der Privatklage und hatten die Vergeltung, daß das Schöffengericht die Dienstherrin zu 150 M. und das Dienstmädchen, als die Verführte, zu 30 M. Geldstrafe verurteilte. Die hiergegen eingelegte Berufung hatte keinen Erfolg. Nachdem der Rechtsbeistand der Privatkläger, Rechtsanwalt Vincius, darauf hingewiesen hatte, daß es eine schwere Verleumdung für die Frau Kretschmer bedeute, wenn man sie für fähig halte, ein Verbrechen zu begehen, das mit Justizhaus bedroht ist, erkannte das Gericht auf Verwerfung der Berufung, da die Beweisaufnahme keinen Anlaß gegeben hatte das Urteil des Schöffengerichts abzuändern.

Pferderennen und Wiffensvorträge.

Pferderennen, die angeblich der Pferdezucht dienen, sind nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts keine Lustbarkeiten und können deshalb nicht einer Lustbarkeitssteuer unterworfen werden. Jetzt hatte nun das preussische Oberverwaltungsgericht zu entscheiden, ob die bei solchen Pferderennen üblichen Konzerte für sich als Lustbarkeiten anzusehen seien und deshalb als Konzerte der Lustbarkeitssteuer unterfallen. Der Oberbürgermeister von Köln hatte den Kölner Rennverein für zwei derartige Konzerte zur Lustbarkeitssteuer herangezogen. Der Rennverein klagte auf Freistellung und machte geltend, daß diese Konzerte, die nur Begleiterscheinungen der Pferderennen seien, ebensowenig zur Lustbarkeitssteuer herangezogen werden könnten wie die Pferderennen selber.

Der Bezirksausfchuh stellte auch den Rennverein von der ihm abverlangten Lustbarkeitssteuer frei, indem er davon ausging, daß solche Konzerte keine selbständigen Lustbarkeiten seien, sondern nur Weimel der abgabefreien Pferderennen.

Das Oberverwaltungsgericht hielt als Revisionsinstanz das Urteil des Bezirksausfchusses aufrecht und führte aus:

Die Heranziehung von Musikdarbietungen bei Pferderennen zur Lustbarkeitssteuer würde nur zulässig sein, wenn diese Musik den Charakter selbständiger Lustbarkeiten hätten. Wenn der Bezirksausfchuh feststelle, daß sie nur Weimel der Rennen seien, dann liege darin kein Rechtsirrtum. Der Senat nehme auch an, daß solche Musik nach der ganzen Art, wie sich die Pferderennen vollziehen, keine selbständigen Lustbarkeiten seien. Sie seien an die Zeit des Rennens gebunden und dienten in der Hauptsache nur dazu, die Gassen zwischen den einzelnen Rennen auszufüllen und in diesen Gassen das Publikum zu unterhalten. Es verhalte sich ähnlich, wie bei gewissen Wiffensvorträgen, wo die Gassen durch Darbietungen eines Wafferkorps ausgefüllt würden. Auch in einem solchen Falle habe das Oberverwaltungsgericht das Vorliegen eines selbständigen Konzerts als Lustbarkeit verneint und die Heranziehung zur Lustbarkeitssteuer aufgehoben. — Als Weimel des abgabefreien Rennens könne Musik nicht zur Lustbarkeitssteuer herangezogen werden.

Frauen-Leseabende.

Häufiger Wahlkreis. 4.—7. Abteilung. Der Frauenleseabend findet bei Gubron, Rinkenstr. 53a statt.

Orts-Krankenkasse
Hohenschönhausen,
Treffowstr. 61.

Nachdem der unterzeichneten Kasse die Zulassung als besondere Orts-Krankenkasse vom Königl. Ober-Verwaltungsamt Groß-Berlin rechtskräftig verweigert worden ist, wird die Orts-Krankenkasse Hohenschönhausen zu Berlin-Hohenschönhausen am 31. Dezember 1913 geschlossen. Gemäß § 201 der Reichsversicherungsordnung bringen wir dies mit dem ausbrechenden Winter zum öffentlichen Kenntnis, daß ehemalige Gläubiger ihre verbleibenden Ansprüche innerhalb dreier Monate vom heutigen Tage ab im obigen Kassenlokal schriftlich geltend zu machen haben. Die Verleibung später einlaufender Forderungen kann verweigert werden.

Berlin-Hohenschönhausen, den 20. September 1913. 276/1

Der Vorstand,
H. K. Vohll, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
der Gravenre, Fiseleure
und anderer künstlerischer Gewerbebetriebe Berlin.

Bekanntmachung.

Nach Beschluß des Königl. Ober-Verwaltungsamts Groß-Berlin vom 30. August d. J. wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und werden die Beiträge sowie die Versicherungen — einjährig, dreimonatlich, halbjährlich, vierteljährlich — vom 1. Januar 1914 ab der Allgemeinen Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin an.

Am 28. September d. J. finden die Ausschuhwahlen statt und werden die Wahlkarten für Mitglieder der hiesigen Kasse von dieser ausgehändigt. Zu diesem Zweck ist das Kassenlokal auch abends von 5—7 Uhr geöffnet.

Gemäß § 201 der R.-V.-O. bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß ehemalige Gläubiger ihre Ansprüche innerhalb drei Monaten im Kassenlokal geltend zu machen haben. Später einlaufende Forderungen können verweigert werden.

Der Vorstand,
Max Neherbeck, 1. Vorsitzender,
Gust. Schubert, 1. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse
der
Möbelpolierer
zu Berlin.

Nach Beschluß des Königl. Ober-Verwaltungsamts Groß-Berlin vom 30. August 1913 wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und werden die Beiträge sowie die Versicherungen vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin an.

Nach § 201 der Reichsversicherungsordnung sollen die Gläubiger ihre Forderungen innerhalb drei Monaten vom Tage der Bekanntmachung einreichen; die spätere Anmeldung von Forderungen kann verweigert werden.

Die Wahlen zum Ausschuh finden am 28. September d. J. statt. Das Nähere hierüber ist aus den Bekanntmachungen der Allgemeinen Orts-Krankenkasse ersichtlich. Zu diesen Ausschuhwahlen werden Wahlkarten für Wahlberechtigte unserer Kasse im Kassenlokal: Schönlinstr. 21 III, bis 27. September er. vorläufig von 5—8 und 5—7 Uhr ausgehändigt. Wir eruchen alle Wahlberechtigten, ihre Wahlkarte auszuheben.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer,
ges. Emil Lehmann, Vorsitzender.

Reiseführer,
Wanderkarten und
Bücher,
Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Polizeipräsidium. — Amtl. Kst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Kleider für alle Krankenkassen.



Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

Turmstrasse 60 Grosse Frankfurter Strasse 4 (Ecke der Fruchtstr.) Chausseestrasse 27 (Nähe Invaliden-Strasse) Neukölln, Bergstr. 7-8

Durch unser bekanntes Verkaufssystem

Selbstkostenpreis + 10% Nutzen

macht das Publikum beim Einkauf von

Herren- und Knaben-Garderobe

erhebliche Ersparnisse und ist vor jeder Uebervorteilung geschützt. Gemäss unserer beim Amtsgericht niedergelegten Statuten sind wir an obige Vertriebsart gebunden und machen uns strafbar, wenn wir mehr als 10% auf den Selbstkostenpreis aufschlagen. — Im Selbstkostenpreis sind alle Geschäftskosten enthalten.

Nur neueste Erzeugnisse Ulster — Paletots — Anzüge Vorzügliche Passform

Schutzmarke

Inserer lieben Genossin
Hedwig Knispel
 nebst ihrem bräutigam Herrn
Wilhelm Henke
 zur Vermählung die 78^{te}
 besten Glückwünsche.
 Die Genossinnen und Genossen
 des 758. Bezirks. 8. Kreis.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.**
 Stralauer Viertel. Bez. 357.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Elektro-
 monteur

Oswald Weiß
 Lüttauer Str. 24, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 22. September,
 nachm. 9 1/2 Uhr, von der Halle des
 Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 felde aus statt. 217/11
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**
 Am 18. d. M. verstarb unser
 Genosse, der Arbeiter

Karl Seidel
 Rolanstr. 76.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr,
 von der Halle des Siedler-Kirch-
 hofes in der Freienwalder Straße
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Fel-
 denbauer

Wilhelm Schulze
 Varion, Deynstraße 20,
 am 18. d. M. an Lungenerleiden
 gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 21. September, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle
 des dritten Kirchhofes in Schönholz
 aus statt.

Nachruf.
 Berner hat unser Mitglied,
 der Boxer

Hans Borsdorf.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
 Kreis Niederbarnim.**
 Bezirk Pankow.
 Am Donnerstag, den 18. d. M.,
 verstarb nach langem, schwerem
 Leiden unser Mitglied, der Genosse

Wilhelm Schulze
 Hennstraße 29
 an Darmverengung.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 21. d. M., nachm.
 4 Uhr, von der Halle des neuen
 Pantower Friedhofes (Schönholzer
 Friede) aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Bezirksleitung.

Zentralverband der Asphaltreue.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege

Paul Kinol
 Hofdöber Straße 9, am 17. d. M.
 an Schlaganfall gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 21. September,
 nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Seeblick-Kirchhofes in
 Reinholdsdorf-West, Humboldt-
 Straße, aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Tischler

Karl Mühle
 Friedensau, Kranachstraße 57, im
 Alter von 46 Jahren gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 21. September,
 nachmittags 4 Uhr, von der Halle
 des neuen Matthäus-Kirchhofes
 in Schönberg, am Priesterweg,
 aus statt. 89/3

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
 Filiale Groß-Berlin.
 Unseren Mitgliedern zur Nach-
 richt, daß der Kollege

Paul Thielmann
 welcher im Betriebe des hiesigen
 Gaswerks beschäftigt war, ver-
 storben ist.
 Wir werden ihm ein ehrendes
 Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, nachmittags 2 Uhr,
 von der Leichenhalle der Büsch-
 und Sedwigg-Gemeinde in Wilhelm-
 berg aus statt. 85/9
 Die Ortsverwaltung.

In Freien Stunden
 Die
 Wochenschrift für Arbeiterfamilien
 Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.
 Von der Reise zurück. Prof. Grabower.

Deutscher Banarbeiterverein.
 Zweigverein Berlin.
 (Bezirk Kranenburger Vorstadt).
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Maurer

Wilhelm Brauer
 am 16. September verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 20. September,
 nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
 Halle des Elisabeth-Kirchhofes in
 der Pringensallee aus statt. 145/9
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die örtliche Verwaltung.

**Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
 und verwandter Berufsgenossen.**
 Zahlstelle Berlin.
 Geschäftsstelle: O. 54, Mulackstr. 10 I. Fernsprecher: Amt Norden 4818
 Sonntag, den 21. September, nachmittags 2 Uhr,
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
**Allgemeine
 Mitglieder-Versammlung.**
 Tagesordnung:
 1. Rüdigen wir die im Jahre 1903 mit den Unter-
 nehmern vereinbarten Bestimmungen über die Be-
 zahlung des Zuschusses in Krankheitsfällen usw.?
 (Vereinbarung betr. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.)
 Diskussion.
 Kollegen! Am 1. Januar 1914 tritt der Teil der Reichs-
 versicherungsordnung in Kraft, der die Bestimmungen über die
 Krankenversicherung enthält. Die dadurch bedingte Abänderung der
 Krankenversicherungsstatuten in bezug auf Gewährung von Krankengeld hat
 eine weitgehende Änderung der bisher durch die Unternehmer auf
 Grund des § 616 B. G. B. zu leistenden Zuschüsse zur Folge. Diese
 Änderung tritt im ganzen Groß-Berliner Zahlstellengebiet ein. Es
 ist darum notwendig, daß unsere Mitglieder zu dieser wichtigen Frage
 Stellung nehmen. Wir fordern deshalb unsere Mitglieder dringend
 auf, recht zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

**Möbel-
 Kredit-Haus Luisenstadt**
 Nahe Jannowitzbrücke Köpenicker Straße 77-78 Ecke Brückenstraße

2 Bettstellen	Anzahl	2 Bettstellen	Anzahl
1 Kleiderschrank	15	1 Kleiderschrank	25
1 Spiegel			
1 Tisch			
2 Stühle			
1 Küchenschrank			
1 Küchentisch	25	1 Trumcau	
1 Küchenschrank			
1 Küchentisch			
1 Küchenschrank			
1 Küchenschrank			
1 Küchenschrank	25	1 Sofa	
1 Küchenschrank			
1 Küchenschrank			
1 Küchenschrank			
1 Küchenschrank			

 — Wochenrate 1.50 Mark an — — Wochenrate 2.00 Mark an —
 Moderne Schlaf-, Herren- und Speisezimmer.
 Einzelne Möbelstücke Anzahlung von
 3 Mark an. Wöchentlich 1 Mark.
 Größte Kulanz.
 Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet

Monats-Garderobe!
 4-500 getragene Anzüge für
 Herren: Smoking, Grad- und
 Gehrock-Anzüge (auch zu ver-
 leihen). Sommerüberzieher sowie
 u. Kavalieren getragen, fast neue
 Sachen (a. Seide), f. jed. Figur pass.
 in größter Auswahl s. unübertroffen
billigen Preisen.
 1 Tr. deshalb billiger wie im Laden.
 Wassertor-
Hirsch Kiefernbaum, Straße 12/13 I
Reuters Werke
 3 Bände 4 Mark
 Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finkenstr. 83-85.
 Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1299, 9714.
Achtung! Rohrleger und Helfer! Achtung!
 Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer Nr. 15:
**Allgemeine
 Branchen-Versammlung**
 Tagesordnung:
 1. Bericht vom Bauarbeiterkongress in Leipzig. Bericht-
 erstatter: Kollege G. G. Dantig. 2. Diskussion. 3. Verbands- und
 Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Montag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, in den
 „Musiker-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, großer Saal:
Branchen-Versammlung
 der
Elektromonteuere u. Helfer Groß-Berlins.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Uboldt Ritter über „Rechtsprechung
 der Gewerbegerichte“. 2. Bericht vom Bauarbeiterkongress.
 3. Branchenangelegenheiten.
 Montag, 22. September 1913, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:
Branchen-Versammlung
 der
**Metall-, Fasson- u. Revolver-
 dreher sowie Dreherinnen.**
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Genossen Uboldt Ritter über „Rechtsprechung
 der Gewerbegerichte“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Erwerbslose (Kranke). Achtung!
 Da wegen Quartalschluß sämtliche Bücher der kranken
 Kollegen eingezogen werden, ersuchen wir, daß bis zum
 Dienstag, den 30. September d. J., die Unterstüßungen
 abgehoben werden. Ausgeschlossen davon sind diejenigen,
 welche sich in Krankenhäusern und Heilstätten befinden und
 die Unterstützung erst nach Beendigung der Krankheit abheben.
 Am Mittwoch, den 1. Oktober, bleibt das
 Bureau der Krankenabteilung den ganzen Tag
 geschlossen.
 Die Ortsverwaltung.

**Allgemeine Ortskrankenkasse
 für Neukölln.**
 Einladung
 zu der am Mittwoch, den 21. September 1913, abends 8 Uhr,
 im Saale des Gen. Bartsch, Neukölln, Hermannstraße 49, stattfindenden
Außerordentlichen Generalversammlung
 Tagesordnung:
 Beschlussefassung über die abgeänderte Kassenstatute nach den An-
 ordnungen des Rgl. Oberversicherungsamts Groß-Berlin.
 Neukölln, den 19. September 1913. 276/2
Der Kassenvorstand.
 Hiedler, Vorsitzender. Jalewski, Schriftführer.
 Zur Beachtung! Die den Delegierten zugesandte Einladung gilt als
 Legitimation für die Teilnahme zur Generalversamm-
 lung. Delegierte, welche wegen Verlustes der Mitgliedskarte inwischen auf
 der Generalversammlung ausgeschlossen sind, haben keinen Zutritt.

Vorwärts-Bibliothek
 Volkstümliche Romane und Erzählungen.
 Neu erschienen:
Der Morgen graut
 Erzählungen aus dem Proletariatleben.
 Von M. Anderson Neuk.
 Aus dem Inhalt: Das Paradies. — Der Lotterieschwede. —
 Die Mär vom Glück. — Zwei Frauen. — Lohnungstag. —
 Eine Frauenrevolution. — Die Zugvögel.
 Preis gut gebunden 1 Mark.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts,
 Lindenstr. 69, und alle „Vorwärts“-Ausgabestellen.

Westmann
 Mohrenstr. 37a. Gr. Frankfurterstr. 115

Kostüme, Ulster
 hochlegante moderne Fassons, weiche Qualitäten
 Modellpreise . . . 21.—, 29.—, 35.—, 45.— bis 110.—
 für 14.— 20.— 28.— 36.— bis 100.—
 Echtes
Pelzmäntel
 kurs u. lang
 150, 200,
 300 bis 750
 reg. Preis bei-
 nahe d. Doppelt

Modelle
 neueste Herbst- und Winter-
 Modelle
 nicht kopiert, einzeln mit
 größter Preisermäßigung.
 20, 35, 50
 reg. Preis bei-
 nahe d. Doppelt.

Plüschmäntel
 in allen
 Weiten
 in allen
 Längen
 Velour du Nord, Wolfstisch (10 Jahre Garantie), echt englischer Geplüsch
 Modellpreise 48.—, 65.—, 80.—, 102.— bis 175.—
 für 33.— 49.— 69.— 83.— bis 125.—
 Frühjahrs- u. Sommerkassen
 solide usw. bis 75 Prozent
 unter früheren Preisen
 Sonntag
 geöffnet
 8-10 vorm.
 Kaufmännern - Mitglieder
 in grosser Auswahl
 sehr billig!



FÜR DEN HERBST

SALAMANDER

STIEFEL

MARKE SALAMANDER MK. 12 50
 SALAMANDER SICO MK. 14 50
 SALAMANDER LUXUS MK. 16 50



Fordern Sie
 Musterbuch V

Salamander Schuhges.
 m. b. H. Berlin, Zentrale;
 Berlin, W. 8, Friedrichstr. 162

Anlässlich der
Eröffnung
meiner Filiale
Schöneberg
Hauptstr. 149

gewähre ich
den werten „Vorwärts“-Lesern
in meinen beiden Geschäften
auf meine sämtlichen Artikel:

Gardinen
Portieren
Teppiche
Tisch- und
Steppdecken

während der
Eröffnungs-Woche
noch einen

Extra-Bar-Rabatt
von

5 Proz.

Gardinen- u.

Teppichhaus
Georg
Lange Nachl.

Chaussee-Str. 73/74
und

Schöneberg,
Hauptstr. 149

Lieferant der Konsum-
Genossenschaft Berlin
und Umgegend.

Paletot-

stoffe, Tuche, für elegante Damen-
mäntel, Mtr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

1. Geschäft:
Schönhauser Allee 6-7
(Hochbahnhof Schönhauser Tor)

Möbel

Kein Unterschied
in Qualität ob
Bar oder Teilzahlung

Siegm. Misch

2. Geschäft:
Dresdener Straße 16
(Hochbahnhof Kottbuser Tor)

Dr. Simmel Radfahrerkarten
Wanderkarten
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Buchhandlung Vorwärts
hält stets vorrätig
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Caden)

Direkt von der Quelle erhalten Sie
Prima Emmenth. Schweizerkäse
u. daher am bill. von uns das Pfund
zu 85 u. 90 Pf. franco per Nachn.
Ochsenreiter u. Möste, Oberreute,
Bayer. Htg. 148/3*

Keine Füllolen.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass!
Garantie für tadel-
losen Sitz.

Jonas Kurzberg
Oranienstr. 160!
zwischen Moritz- u. Oranienplatz.

Bitte genau auf Strasse
u. Hausnummer zu achten.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten

vom
Riesengebirge, Harz,
Sächsische Schweiz,
Dresden, Berlin
in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I.: **Neue Friedrichstr. 35**
an der Zentral-Parkhalle
II.: **Turmstr. 67, I. Etage,**
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderobe
nach Maß
unter Garantie für tadellosen Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung
von **1 Mark** an.
Schneiderei u. Werkstatt im Hause.
Viel durch Besuch des Helfenden
mit neuesten Stoffmaterialien.
Besondere Abteilung für
fertige Garderobe.
Sonntags geöffnet.

Los nur 50 Pfg.
Ziehung am 23. Septbr.

Schneidemüller

Automobil- und Pferde-
Lotterie
3300 Gewinne i. Wert v. Mark

100000

1. Hauptgew.: 1 Automobil Wert M.
15000

10000

2. Hauptgew.: 1 Viererzu Wert M.
11 Lose aus
Lose 50 Pf., verschied. 5 M.
Tausenden
Porto u. Liste 30 Pf. extra durch
das General-Debit

H. C. Kröger

Berlin W 8, Friebrichstr. 193 a
sowie alle durch Plakate
kenntlichen Verkaufsstell.

Hagenleiden

Bei Verdauungs-
störungen, Appetit-
mangel, verdrorbenem Magen,
Sodbrennen, Blähungen, Magendruck und
-Schwäche, Magenkrampf, Uebelkeit mit Er-
brechen, überhaupt Magenbeschwerden, sind
Reichel's Magentropfen
das nachweisl. erprobte Mittel u. wirk-
samste wie Balsam auf den kranken Magen.
Flasche 80 Pf. echt nur mit
u. 2 M. Einzig. Marke „Medico“
Wein in Drogerien nicht erhältlich, durch
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Zum **Umzug**

Möbel

ganze Einrichtungen
sowie einzelne Ersatzstücke
vom einfachsten bis zum feinsten Genre
in allen Preislagen.

Spezialität: **Farbige Küchen**

Polstersachen, Teppiche, Gardinen, Portieren,
Betten, Stepp- und Tischdecken.

Wachsmann & Co

Reinickendorfer Straße 15
Aufgang Ravenstraße, neben der Feuerwache.

Garderobe
für Herren u. Damen
die neuesten Fassons, zu soliden Preisen.
Alles auf Kredit
Geringe Anzahlung
Bequeme
Teilzahlung

Für Brautleute

Kredit

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Maß!
Garantie für tadel-
losen Sitz

Julius Fabian

Schneidemeister

I. Geschäft:
Gr. Frankfurter Str. 37

II. Geschäft:
Turmstr. 18 1 Kottb. Laden

III. Geschäft:
Kottbuser Str. 14
Nur 2. Etage

2 MÖBEL-Schlager!

KREDIT-FEDER

Brunnen-Strasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103

2 MÖBEL-Schlager!

Mit **40** Mark Anzahlung liefere ich
1 Schlafzimmer, bestehend aus
2 Bettstellen, 2 Patentmatratzen, 2 Anfliegematratzen,
2 Kalkissen, 2 Schonerdecken, 1 Ankleideschrank,
1 Facettenspiegel, 1 Waschtisch, 1 An-
schraubenspiegel, 1 Facettenglas, 2 Nachtschische m. Mar-
mor, 2 Stühle, 1 Glasbüchse.

kompl. M. **395**
Monatrate 10 M.

Besichtigen Sie in Ihrem Interesse
die Saison-Neuheiten
in
**Herren-, Damen-, Kinder-
Garderobe**
Damenhüten, Reihern, Straussenfedern,
Wäsche, kompl. Braut-Ausstattungen,
Schuhwaren, Feix-Konfektion.

Mit **40** Mark Anzahlung liefere ich
1 Herrenzimmer, bestehend aus
1 Bibliothek, 1 Diplomak-
Schreibtisch, 1 Umbau
m. Facettenspiegel, 1 Chal-
selongue, 1 Chaiselongue-
decke, 1 Tisch mit Steg-
verbindung, 2 Stühle,
1 Schreibstisch.

kompl. M. **410**
Monatrate 10 M.

Unschuldig im Zuchthause?

Das Kapitel der Justizmorde scheint durch einen neuen Fall bereichert zu werden, den das „Berliner Tageblatt“ in seiner Abendausgabe vom Freitag veröffentlicht.

Im März 1908 wurde eine Frau Hamm aus Flandern bei Eberfeld wegen Beihilfe und Anstiftung zur Ermordung ihres Mannes zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Frau, die ständig ihre Unschuld beteuerte, verbüßte die Strafe im Zuchthaus zu Siegburg. Mit der Aufklärung der Mordgeschichte war seinerzeit der inzwischen aus dem Dienst getretene Berliner Kriminalkommissar v. Treskow betraut, der von der Schuld der Frau überzeugt war. Im Gegensatz zu ihm waren die Anverwandten der Frau wie auch die örtliche Polizei der Ansicht, daß Frau Hamm an dem Mord unschuldig sei. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, die Angelegenheit durch eine neue Untersuchung aufzuklären, wurde zu Anfang dieses Jahres die Berliner Kriminalpolizei nochmals um ihre Hilfe ersucht. Die Recherchen führten, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, zu dem überraschenden Ergebnis, daß Hamm überhaupt nicht das Opfer eines Mörders geworden ist, sondern im Kampf mit einem Einbrecher die tödlichen Verletzungen erhalten hat. Polizeirat Braun vom Berliner Polizeipräsidium hat in einem ausführlichen Gutachten seine Ansicht dahin vertreten, daß die Verurteilung der Frau Hamm wegen Anstiftung zum Mord zu Unrecht erfolgt ist, da sie unschuldig ist. Der Kriminalist kommt zu der Ansicht, daß der „unklaren Mitwirkung“ des damaligen Kriminalkommissars v. Treskow die meiste, wenn nicht die ganze Schuld an dem tragischen Ausgang des Falles zuzuschreiben sei, der eine Unschuldige auf lange Jahre in das Zuchthaus gebracht und zu einer Mörderin gestempelt habe.

Das Gutachten führt weiter aus, daß es unerklärlich sei, wie der frühere Beamte angesichts der Fälle des Beweismaterials und der vielen Ueberführungsstücke mit aller Bestimmtheit behaupten konnte, daß es sich um einen von Frau Hamm angestifteten Mord handele. In dem umfangreichen Bericht des Kommissars v. Treskow sei auch nicht ein Schatten einer Tatsache zur Belastung der von ihm verdächtigten Frau Hamm aufzufinden. Das Gutachten schließt mit der Feststellung, daß es einem Zweifel nicht mehr unterliegen könne, daß Frau Hamm unschuldig sei. Es sei daher geboten, die Strafhaft der Frau zu unterbrechen und von Amts wegen das Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten. Bei der Sachlage sei jede Stunde, die Frau Hamm weiter unschuldig im Zuchthaus zubringen müsse, nicht nur ein doppeltes Unrecht, sondern auch ein Schaden für das Ansehen der Justiz.

Wie das Blatt weiter mitteilt, habe der Eberfelder Erste Staatsanwalt sich bisher nicht überzeugen lassen, daß die im Zuchthause sitzende Frau Hamm einem Justizirrtum zum Opfer gefallen sei.

Das Polizeirat Braun das Gutachten so abgefaßt — und wir haben keinen Grund, an der Richtigkeit der Tatsachen zu zweifeln, da das „Berliner Tageblatt“ auf unsere Anfrage die Richtigkeit ausdrücklich bekräftigt —, so wird das Wiederaufnahmeverfahren zur zwingenden Notwendigkeit. Polizeikommissare — das ist allgemein bekannt — sind wahrlich nicht geneigt, einseitig im Interesse Beschuldigter Stellung zu nehmen. Eher könnte man sehr oft das Gegenteil behaupten. Die beteiligten Behörden haben alle Veranlassung, über die Ergebnisse der neuen Untersuchung vollste Aufklärung zu geben. Bisher können wir jedoch nur von einem recht sonderbaren Vertuschungsmanöver berichten. Eine von der Berliner Polizei inspierte Korrespondenz hat am Freitagmittag über die Angelegenheit eine ähnlich lautende Notiz verbreitet. Am Abend ersuchte die Korrespondenz, die Notiz als ungeschehen zu betrachten. Auf wessen Wunsch mag das wohl geschehen sein? Sicherlich nicht auf Wunsch der ihr nahestehenden Polizei, denn deren amtlicher Beruf ist es ja, die Schuldigen zu ermitteln, Unschuldige aber zu schützen.

Das alles erfordert dringend, sofort ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten, denn sonst könnte, um mit dem Kriminalrat Braun zu reden: nicht nur ein doppeltes Unrecht geschehen, sondern auch ein Schaden für das Ansehen der Justiz herauspringen.

Aus aller Welt.

Ein Sittlichkeitsstandal in Breslau.

Zu einer aufsehenerregenden Standalssache scheint sich eine Sittlichkeitsaffäre auszuwickeln, als deren erstes Opfer ein hiesiger Wobensalbstbesitzer vor einigen Tagen Hand an sich gelegt hat. Es handelt sich offenbar um eine ganze Reihe älterer kesselfittierter Herren, die mit Schulfädchen unter 14 Jahren in unerlaubtem Verkehr standen. Auf Veranlassung der Kriminalpolizei sind in dieser Angelegenheit bisher neun Verhaftungen vorgenommen worden. Drei weitere Festnahmen sind im Laufe des Freitags erfolgt. Da die in der peinlichen Affäre Verwickelten sich sämtlich in petrarisch gesicherten Positionen befinden, haben die Familien hohe Rationen angeboten, jedoch scheint es fraglich, ob die Polizei sich bei der Schwere des Vergehens auf die vorläufige Haftentlassung einlassen wird. Die beteiligten Schulfädchen sind in Fürsorgeerziehung gegeben worden. Die Mädchen sind halbe Tage und halbe Nächte dem Hause fern geblieben, neu eingekleidet worden und haben viel Geld nach Hause gebracht, so daß die Eltern wohl wissen mußten, woher ihre Kinder die reichen Mittel nahmen. Die Eltern hätten sich, falls dies zutrifft, schwerer Ruppel schuldig gemacht. Auch sollen mehrfach Erpressungen vorgekommen sein. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein angesehenes Zahnarzt. Ein Bäckermeister, der in die Affäre verwickelt ist, hat sich Freitag mittag erschossen.

Verhaftung zweier Hamburger Bankdirektoren.

Nachdem erst vor wenigen Tagen Hamburg einen großen Finanzskandal durch die Verhaftung von zwei höheren

Angestellten der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft erlebte, ist jetzt wieder ein Skandalfall zweier Hamburger Bankdirektoren zu melden. Auf Grund eines von der Staatsanwaltschaft erlassenen Haftbefehls wegen Handels- und Konkursvergehens sowie Unterschlagung wurden am Donnerstag die beiden Direktoren der Hanseatischen Bank Aktien-Gesellschaft Cramer von Clausbruch und Büthe verhaftet. Die Bücher und vorhandenen Sachen wurden beschlagnahmt, das Geschäftsbüro wurde amtlich geschlossen.

Ein Flieger, der seinen Apparat zerstört.

Der französische Flugzeugkonstrukteur Kelly unternahm mit dem Dunneapparat, der für die französische Militärabteilung angekauft werden soll, einen längeren Flug. Er wurde aber bei Deauville gezwungen, niederzugesinken. Der Erfinder des Apparates ließ darauf seinen Apparat sofort zerstören, um zu vermeiden, daß Neugierige den Apparat besichtigen und die bisher geheim gehaltenen Konstruktionen absehen.

Keine Notizen.

Ein Soldat als Räuber. Donnerstag nacht wurde die Gattin des pensionierten Generalauditors Samein in der Nähe der Franz-Joseph-Strasse in Olmütz plötzlich von einem Soldaten überfallen und zu Boden gestoßen. Der Soldat entwendete der Dame 200 Kronen und entfloh. Bisher konnte er noch nicht ergriffen werden.

Der Prozeß gegen Hauptmann Sanchez. Das Kriegsgericht in Madrid, das die Verhandlung gegen den Hauptmann Sanchez führte, hat Freitag seine Beratungen beendet. Sein Urteilspruch bleibt geheim; er wird dem obersten Kriegsgericht unterbreitet werden. Der allgemeine Eindruck ist, daß Sanchez zum Tode und seine Tochter zu einigen Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist.

Die Cholera in Serbien. Nach der amtlichen Cholerastatistik vom 16. September für ganz Serbien sind von den früher Erkrankten 180 geheilt und 194 gestorben, es verbleiben noch 682 Kranke.

Ein Liebesdrama. In einem Wäldchen in der nächsten Umgebung von Kopenhagen wurden Freitag mittag die Leichen eines Mannes und einer Frau mit Schußwunden aufgefunden. Das Paar hat sich zehn Tage lang in dem Wäldchen in der Helgolandsgade aufgehalten und sich als Herr und Frau Kontorist Lange aus Hamburg in das Fremdenbuch eingeschrieben.

Bergmannsloß. Auf der Jette „Waldaußen“ geriet der Bergmann Stüdermann unter hereinbrechende Gesteinsmassen. Der Verunglückte konnte nur als Leiche geborgen werden.

Explosion in einer Pulverfabrik. In einer Munitionsfabrik in Peterburg fand am Freitag eine Explosion statt, durch die zwei Arbeiter getötet wurden.

Ein Theater durch Feuer zerstört. Das königliche Theater von Wolverhampton ist am Freitag früh durch eine Feuerbrunst zerstört worden. Es brannte trotz der angestrengten Bemühungen der Feuerwehr bis auf die Ruinen nieder.



Notiz: Marke für unsere aus echt englischen Stoffen gefertigten Fabrikate.

Walster



Notiz: Marke für unsere aus echt englischen Stoffen gefertigten Fabrikate.

Erzeugnisse unserer einzig in ihrer Art dastehenden Kleiderwerke, welche die größten Deutschlands sind!



Neuhalt: L



Neuhalt: M



Neuhalt: N



Neuhalt: O



Neuhalt: P



Neuhalt: R



Neuhalt: S



Neuhalt: T

Ulster Nr. 3. Dunkel und hell gemusterte Cheviots mit gestreifter Abselbe M. 24
Ulster Nr. 4. Fein gemusterte Cheviots, in den neuesten Farbenstellungen M. 27
Ulster Nr. 5. Grau, oliv und braune Phantasiestoffe, sehr schick... M. 30

Ulster Nr. 7. Flausch-Stoffe in 18 neuesten Farbenstellungen, ganz besonders zu empfehlen M. 36
Ulster Nr. 8. Dunkelgrau mellerter Cheviot mit feinen farbigen Streifen... M. 40
Ulster Nr. 10. „Spezial-Mark“ B. S., in Flausch und Cheviot, ganz besonders schöne Anmusterung... M. 50

Ulster Nr. 12. „Echt englische Cheviots“ mit bunten Effekten... M. 60
Ulster Nr. 13. Karlorie oder gestreifte Cheviots oder Flauschstoffe, vornehm Ausattung... M. 70
Ulster Nr. 15/16. Schottische Cheviots in vielen Mustern und Farben M. 90 u. M. 80

Modernste
Jackett-Anzüge
 Geschmackvollste Muster
 Neueste Formen
 Guter Sitz
 27⁰⁰ 36⁰⁰ 50⁰⁰

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung
 Chausseestraße 29/30 □ BERLIN □ 11 Brückenstraße 11
 Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Reisemuster u. Modelle
 Knaben-Ulster, Pyjacks
 Blusen-, Sport- u. Schulanzüge
 in den allernuesten Formen
 für das Alter von 2-18 Jahren
 6⁷⁵ 8²⁵ 12⁵⁰ 16⁰⁰ 22⁰⁰ ...

Sonntag nur von 8-10 geöffnet

Sonntag nur von 8-10 geöffnet

Der neueste Herbst- u. Winterkatalog Nr. 48 (Neueste Moden) ist erschienen. Zusendung kostenfrei!

Partei-Angelegenheiten.

An die Bildungsausschüsse und Organisationsleitungen.

Demnächst erscheint das Verzeichnis der Jugendschriften, das den Organisationen bei der Anschaffung des Ausstellungsmaterials als Grundlage dienen soll.

Das Verzeichnis soll aber auch in den Jugendschriftenausstellungen in großer Anzahl ausliegen, so daß jeder Besucher sich mit einem Exemplar versehen kann. Wir bitten die Organisationen, die Ausstellungen veranstalten, und die Anzahl der für ihre Ausstellung erforderlichen Exemplare möglichst umgehend mitzuteilen.

Vierter Wahlkreis. Zu dem Wahlbildervortrag über „Scotts Reise nach dem Südpol“ in der Treptow-Sternwarte sind noch Billets zu 30 Pf. im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 10/11 zu haben.

Zehlendorf (Bannseebahn). Die Versammlung des Wahlvereins findet nicht am 23., sondern erst acht Tage später, am 30. September, bei Wiel, Karststraße 12, abends 8 Uhr, statt.

Friedrichshelde. Morgen, Sonntagvormittag, von den Wahlstellen aus Flugblattverbreitung.

Dahendorf bei Jossen. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Wiese.

Oranien. Die Beschäftigung des Krematoriums in Treptow-Baumhulstweg findet am Sonntag, den 21. d. M., vormittags 10 Uhr, statt. Abfahrt 9.23 Uhr. Zweck der Besichtigung der Schmelzwerke ist die Empfehlung der Benutzung der beim Genossen Club, Friedrichstraße 1, ausgelegten Jugendschriften. Die Besichtigung ist unentgeltlich, jedoch ist der Wertbeitrag des Buches zu hinterlegen.

Spandau. Sonntag, den 21. September, früh 7 1/2 Uhr, findet von sämtlichen Bezirkslokalen aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

Berliner Nachrichten.

Ersüdung in Brunnenhäuten.

Von fachmännischer Seite wird uns im Anschluß an unsere Meldung über den Charlottenburger Fall geschrieben: Schon wieder wird die Ersüdung zweier Arbeiter im Brunnenhäute durch die Zeitung vom 18. d. Mts. gemeldet. Schon bei Gelegenheit des Todes der vier Arbeiter in den Charlottenburger Brunnenhäuten — 124 d. W. — hatten wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeit gebenden höheren Techniker verabsäumt haben, die Arbeiter vor der Ersüdungsgefahr zu warnen. Hier liegt die Fahrlässigkeit noch viel auffälliger zutage.

In einem Brunnenhäute von 20 Meter Tiefe steht immer Kohlenäure an. Erfahrene Brunnenarbeiter steigen niemals in solchen Schacht ein. Es ist geradezu empörend, daß von einer Zentralwerkstatt, in der mindestens ein akademisch gebildeter Ingenieur beschäftigt ist, Monteur, d. h. Maschinenbauarbeiter, nach einem tiefen Brunnenhäute geschickt werden ohne jegliche Vorkehrungsregeln und Warnungen. Bei der Häufigkeit der Ersüdung in Brunnenhäuten sei hier kurz die Lebensgefahr noch einmal geschildert:

Nach unalter Erfahrung sammelt sich in allen Brunnenhäuten Kohlenäure als Begleiter des Grundwassers. Die Kohlenäure ist sehr wohlfeil für den Magen, daher gehen wir sie in den zahlreichen Sauerbrunnen, im Soda- und Selterwasser usw.

Gefährlich und sofort tödlich wirkt sie aber, sobald sie eingatmet durch die Lungen ins Blut gelangt. Wenige Atemzüge vernichten das Menschenleben. Beobachtungsversuche sind bei Kohlenäureersüdung durchaus fruchtlos.

Die Kohlenäure hat ein spezifisches Gewicht von 1,5, d. h. sie ist einundehnfach schwerer als die Luft, sie befindet sich wegen dieser Eigenschaft stets am Boden tiefer Schächte. Es war deshalb ganz richtig, daß die Feuerwehr mittels Dampfspritze gewaltig erst frische Luft in den Schacht führte, um die Kohlenäure zu verdrängen. Die Unkenntnis der Ersüdungsgefahr führt es häufig herbei, daß zwei, drei Personen umkommen, nur weil einer den andern zu retten beabsichtigt.

Um sich vor der Gefahr zu bewahren, werfe man stets, bevor man bis zur Sohle eines Schachtes hinuntersteigt, einen großen brennenden Strohwisch hinein oder lasse eine offene brennende Laterne hinunter. Geht die Flamme oder das Licht sofort aus, dann ist Kohlenäure im Schacht, sie muß dann erst herausgedrängt werden. So viel naturwissenschaftliche Kenntnis muß heute von einem Bergmeister verlangt werden, daß er die Gefahr der Brunnengase kennt. Man nimmt an, heißt es am Schluß des Berichtes, daß sich in dem Brunnenhäute Sumpfgase gebildet hätten. — Das ist ein Irrtum. Sumpfgase, Grubengase (Kohlenwasserstoffgase) kommen in Bergwerken als fliegende Wetter vor, d. h. es sind brennbare Gase, die mit Luft gemischt die furchtbaren Explosionen herbeiführen. Kohlenäure erstickt aber jede Flamme und auch die Lebensflamme des Menschen.

Aus der Magistratsitzung. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, eine gemischte Verwaltungsdeputation für Arbeitnachweise in Anlehnung an die Gewerbebeputation einzurichten. Diese Deputation soll aus 2 Magistratsmitgliedern, 4 Stadtverordneten und 4 Bürgerdeputierten bestehen, von denen je zwei Arbeitgeber und Arbeiter sein müssen.

Mit dem Bau der Lichtsteinbrücke beschäftigt sich u. a. die Tiefbauabteilung in ihrer letzten Sitzung. Der lebhafteste Austausch zwischen dem Kurfürstendam und der Tiergartenstraße über die Korneliusbrücke und durch die Gigsigstraße hat insbesondere auf der Brücke zu vielfachen Nebenfragen und Klagen geführt. Die Besondere durch die in schwarzen Kurven über die Korneliusbrücke geführte Straßenbahn herbeigeführt werden. Zur Beseitigung dieser Nebenstände ist u. a. geplant, die Straßenbahn aus der Korneliusstraße zu beseitigen und nach dem gegenüberliegenden Ufer des Landwehrkanals, dem Gartenufer, zu verlegen. Es muß also dann die Straßenbahn über die Lichtsteinbrücke geführt werden, die aber bei ihrer jetzigen Bauart und Breite nicht imstande ist, den Verkehr aufzunehmen. Wenn nun die Verlegung der Straßenbahn zur Durchführung kommen soll, ist ein Umbau der Lichtsteinbrücke erforderlich, der auf etwa 280.000 M. veranschlagt ist. Die Deputation erklärte sich mit dem vorgelegten generellen Entwurf des Neubaus der Brücke und den hierbei notwendigen Änderungen der Straßenanlage (Verbreiterung der Straße an einigen Stellen) einverstanden.

Büßlos gestorben!

In Nr. 241 berichteten wir aus Neukölln, daß ein erkranktes Kind, bei dem in der Krippe (Neukölln, Kammer Straße) nur eine Halbdentzündung vermutet worden war, in der Universitätsklinik (Berlin, Siegelstraße) sich als an Lungentuberkulose leidend erwies, aber dann in der Charité keine Aufnahme fand. Unsere Mitteilung, daß dieses Kind, nachdem die Mutter es wieder mit nach Hause genommen hatte, von einem sofort herbeigerufenen Arzt bereits tot vorgefunden wurde, hat die Charitédirektion veranlaßt, sich in einem Schreiben an uns zu der ihr offenbar sehr peinlichen Angelegenheit zu äußern.

Sie bestätigt die von uns ausgesprochene Vermutung, daß die Abweisung erfolgte, weil man in der Charité keinen Platz für das Kind habe schaffen können. Die Kinderklinik der Charité sei völlig belegt gewesen, und auf Anfrage habe man hier geantwortet, es sei ganz unmöglich, noch ein Kind unterzubringen. Auch das wird bestätigt, daß ein Beamter der Charité die Unterbringung in einer anderen Anstalt — und zwar durch telephonische Anrufung der bekannten Nachweiszentrale des Berliner Magistrats — herbeizuführen gesucht hat, ohne daß er Erfolg hatte. Hierüber sagt die Zeitschrift:

Die Berliner Bettennachweiszentrale fragt in jedem Falle nach der Wohnung und dem Namen des Kranken sowie danach, wer die Kosten für die Behandlung im Krankenhaus trägt. Deshalb war es nötig, die Frau zu fragen, ob sie einen Aufnahmchein der Armenverwaltung habe, oder ob sie selbst die Kosten tragen wolle. Auf die Aufnahme oder Nichtaufnahme in der Charité ist aber diese Frage nicht im geringsten von Einfluß gewesen. Die Antwort der Bettennachweiszentrale lautete dahin, daß das Kind durch den Magistrat von Neukölln untergebracht werden würde, da die Mutter dort ansässig sei. Eine andere Möglichkeit, es in Berlin unterzubringen, bestände nicht. Da das Kind in keinem städtischen Berliner Krankenhaus Aufnahme gefunden hätte, die königliche Charité aber leider völlig besetzt war, blieb nichts anderes übrig als die Mutter aufzufordern, sich sofort wieder nach Neukölln zurückzugeben. Der Zustand des Kindes sprach dem nicht entgegen, es sah zwar krank und elend aus, bot aber doch keinen so schweren Befund, daß man den so nahe bevorstehenden Tod ahnen konnte.

Für weiteren Entschuldigung der nichtahnenden Charitéangestellten führt der Direktionsbrief schließlich noch aus:

Der Fehler, der in dieser außerordentlich bedauerlichen Angelegenheit gemacht worden ist und die traurigen Folgen nach sich gezogen hat, liegt also keineswegs in dem Verfahren der Charité, sondern wohl schon früher, und muß erstens in der mangelnden ärztlichen Überwachung der Kinder in der Krippe, zweitens und hauptsächlich aber darin gesucht werden, daß Frau S. ohne jede vorherige Anfrage hier oder bei der Bettennachweiszentrale, aus Versehen, nach der Charité geschickt wurde oder von selbst kam.

Die Frage, wen hier eine Schuld trifft, war von uns gar nicht berührt worden. Wir hatten uns daran genügen lassen, den Sachverhalt wiederzugeben, der ja wohl weiter keiner Erläuterung bedurfte. Wenn jetzt die Charitédirektion von Mängeln der Krippe spricht, so müssen wir annehmen, daß sie zuvor sich hierüber zu informieren gesucht haben wird. Uns will aber scheinen, daß in diesem Streit zwischen Charité und Krippe lieber keiner sich über den anderen aufhalten sollte. Man hat doch auch in der Charité nicht „geahnt“, wie es um das Kind stand und wie nahe ihm sein Ende war. Der Vorwurf, daß die Mutter nicht aufs Geratewohl hätte zur Charité gehen sollen, ist unberechtigt. Sie war zuerst zur Universitätsklinik gegangen und zwar deshalb, weil sie da die zuverlässigste Auskunft über den Zustand ihres Kindes zu erhalten hoffte. Als ihr die Erkrankung als schwer bezeichnet und ihr die Charité genannt wurde, begab sie sich unüberlegt dorthin.

Wir wiederholen, was wir in Nr. 241 sagten: Der Fall zeigt aufs neue, wie dringend nötig die Vermehrung unserer Kinderkrankenhäuser ist.

In eigenartiger Weise läßt es auch das Verfahren erscheinen, das die Nachweiszentrale der Stadt Berlin gegenüber Vorortbewohnern befolgt. Das Kind hätte in keinem städtischen Berliner Krankenhaus Aufnahme gefunden“, sagt die Charitédirektion, die es wissen muß. Vielleicht wird nun nach der Berliner Magistrat kommen und der trauernden Mutter des büßlos gestorbenen Kindes erzählen wollen, daß ihr dieser Brauch der Abweisung kranker Vorortbewohner hätte bekannt sein können.

Ein Gemäldediebstahl

Ist in der gestrigen Nacht im Kunstsalon Hohenzollern im Hotel Eplanade in der Bellevuestraße 16 verübt worden. Der Dieb hat ein großes Gemälde von Hausmann, ein Kircheninterieur aus Florenz, eine Florentiner Messe in der Kirche, ein drei Meter langes Gemälde, durch Schmitte stark beschädigt. Ein Tierbild, ein zwei Meter großes Gemälde von Scheffel, das einen Weißkopfsperber darstellt, hat er aus dem Rahmen herausgeschnitten und mitgenommen. Andere wertvolle Sachen hat er unberührt gelassen.

Beim Abbringen von einem Straßenbahnwagen tödlich verunglückt ist der 18 Jahre alte Handlungslehrling Paul Höllmer vom Postplatz Nr. 1. Der junge Mann fuhr vorgestern abend um 9 Uhr durch die Potsdamer nach der Sigmundstraße. Beim Abbringen kam er so unglücklich zu Fall, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog und noch dem benachbarten Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort starb er im Laufe der Nacht.

Das Verschwinden der Wirtshauserin Galle beschäftigt die Behörden seit nunmehr über zwei Monate. Die Bilder der Verschwindenden sowie des mutmaßlichen Mörders Henk sind im alten Rathaus und an anderen Stellen ausgehängt. Eine neue Zeugin hat sich inzwischen gemeldet und wichtige Befragungen gemacht. Diese Zeugin, eine Ingenieurfrau, will den Henk mit der Galle am 20. Juli im Walde, der an den Trebuser See grenzt, und im Forsthaus Miegel gesehen haben. Der Wald, der außerordentlich viel lumpige und tiefe Stellen hat und in dem verscharrt man die Leiche der Galle vermutet, soll in den nächsten Tagen durch ein großes Heer von Beamten abgegraben werden.

Müssen Kinder im Alter von 6—12 Jahren bei Pfahmangel im Straßenbahnwagen aufstehen? Hierüber berichtet die Große Berliner Straßenbahn folgendes: Durch eine fleißige Korrespondenz ist die Mitteilung verbreitet worden, daß seitens der Großen Berliner Straßenbahn eine neue Bestimmung erlassen sei, wonach Kinder im Alter von 6—12 Jahren, wenn sie auch im Besitze eines Fahrcheines sind, bei Pfahmangel aufzustehen und Größeren ihren Sitzplatz abzuräumen haben. Diese Mitteilung ist falsch; Kindern, für die ein Fahrchein gelöst ist, kann und soll der Anspruch auf einen Sitzplatz nicht entzogen werden. Es ist nur eine seit Jahren bestehende Bestimmung den Schaffnern neulich in Erinnerung gebracht worden, daß nämlich die Inhaber von Schülerzeitkarten auf Grund der Kartenbedingungen Platz machen sollen, wenn dies von Erwachsenen beansprucht wird. Schaffnerinnen im Alter von 12 Jahren und darüber, auch Blinde und kranke Kinder dürfen jedoch nicht veranlaßt werden, aufzustehen. In keinem Falle dürfen übrigens Kinder auf die Plattform verwiesen werden.

Der Hausierhandel nach 8 Uhr abends. Aus Händlerkreisen wird uns gemeldet: In vielen Gastwirtschaften sind seit etwa Jahresfrist Plakate angebracht, laut welchen das Hausieren nach 8 Uhr abends polizeilich verboten sein soll. Diese Plakate sind von

privater Seite herausgegeben und haben lediglich den Zweck, den kleinen Händlern den Kampf um die Existenz zu erschweren. Bezugnehmend auf diesen Ausschuss und in der Meinung, sich strafbar zu machen, weisen in vielen Fällen die Gastwirte den Händlern die Tür. Auch im Publikum ist eine Stimmung gegen den Nach-acht Uhr-Handel vorhanden, trotzdem die Händler davon abhängig sind, nach 8 Uhr ihr Geschäft ausüben zu können. Eine erneute Anfrage der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Händlerverbandes wurde vom Polizeipräsidenten wie folgt beantwortet:

Auf die Anfrage vom 5. d. M. erwiderte ich dem Verbands, daß nach der Bekanntmachung vom 20. Januar 1901 an Werktagen nur das Heilieten von Zeitungen, Zeitchriften, warmen Wurstchen, Streichhölzern und geringwertigen Gebrauchsgegenständen (Strüpfen, Hofenträgern, Bleistiften usw.) nach Ladenschluß zugelassen ist.

Eine neue Verfügung, die den Handel mit vorbezeichneten Gegenständen nach Ladenschluß verbietet, ist nicht erlassen worden. Im Auftrage: Polkan.

Wenn die Kleinändler, ganz gleich ob Hausierer, Straßenhändler oder Marktfahrer, schon unter den polizeilichen Bestimmungen und Verfügungen wie unter den Wirkungen unserer sozialen Mißverhältnisse schwer zu leiden haben, so wäre wohl zu erwarten, daß ihnen durch die Gastwirte in und um Berlin nicht die Existenz unnötig erschwert wird.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Wenn man sich beschwert.

Wer es mal versucht, über eine beamtete Person sich bei der vorgelegten Behörde zu beschweren, der kann Wunderliches erleben. Gibi die Behörde wider sein Erwarten ihm unrecht, so schreibt sie ihm mit klaren unzweideutigen Worten etwa: Ihre Beschwerde hat sich nicht als begründet erwiesen, zu einem Einschreiten gegen R. A. haben wir daher keinen Anlaß. Nun aber die Beamten als zur treffend anerkannt und der schuldige Beamte zur Rechenschaft gezogen werden, dann wird doch wohl dem Beschwerdeführer das mit ähnlich unzweideutigen Worten gemeldet? Ja, so denkt sich's der Innerfahrene. Aber wenn er nachher den ihm überlieferten Bescheid liest, dann wird er eines andern belehrt.

Wie es mit einer solchen Beschwerde einem Einwohner Neuköllns ergangen ist, das teilt er uns jetzt zu Ruh und Frommen anderer mit. Beschwert hatte er sich im Februar bei dem Rektor der 19. Knaben-Gemeinschaftsschule über eine Lehrerin, die in der Pause als Aufsichtshabende seinen Sohn wegen einer Ungehörigkeit bestraft hatte. Nicht die Bestrafung selber, sondern der Zustand, in dem der Junge aus der Schule heimkam, bildete den Anlaß der Beschwerde. Der Vater überreichte ein Arztattest, das folgendes bescheinigte:

Am Nacken, dicht unter den Haaren, sieht man sechs je etwa 1 1/2 Zentimeter lange und 1/2 Zentimeter breite rote Flecke, zum Teil mit Schorf bedeckt, welche durch mehrmaliges Kratzen mit den Händen bezw. Nägeln entstanden sind. Am linken Oberarm ein paar blaue Flecke vom Kratzen. Unter dem rechten Ellenbogengelenk eine blaue Beule mit Zeichen eines frischen Stochbleies.

Schon nach wenigen Tagen kam von dem Rektor, der inzwischen wahrscheinlich Bericht an die Schuldeputation erstattet hatte und wohl in ihrem Auftrag antwortete, schriftlicher Bescheid. Er lautete:

Auf Ihre Beschwerde gegen die Lehrerin Hauslein Jamroth teile ich Ihnen hierdurch mit, daß das Erforderliche veranlaßt worden ist. Das ärztliche Attest folgt anbei jurid. Herrmann, Rektor.

Der Vater, der mit solchem Amtsbeweis noch nicht vertraut war, schüttelte verdammt den Kopf. Wurde seine Beschwerde als begründet anerkannt oder wurde sie als unbegründet zurückgewiesen? Und worin bestand das „Erforderliche“, das da „veranlaßt“ worden war? Aber wie sollte das noch ein anderer Bescheid kommen, der sich deutlicher äußern würde. Hebrigens hatte ja der Rektor selber gegenüber dem Vater, als dieser seine Beschwerde mündlich vortrug, Mißfallen über die Art der Fügung geäußert. Auch stimmte er dem Vater darin bei, daß die Lehrerin wohl für nötig halten werde, sich wegen der Angelegenheit zu entschuldigen. Der Vater wartete weiter auf genaueren Bescheid, der — wie er meinte — noch kommen würde, und auch auf die Lehrerin, die — wie er gleichfalls annahm — ihn würde um Entschuldigung bitten wollen.

Als er noch vier Monate hindurch vergeblich gewartet hatte, fragte er bei dem Rektor an, ob man ihn denn nicht wissen lassen wolle, was aus der Sache geworden sei. Prompt antwortete der Rektor:

In Erwiderung auf Ihr Schreiben vom 12. d. Mts. teile ich Ihnen hierdurch mit, daß der von Ihnen am 6. Febr. zur Anzeige gebrachte Fall genau untersucht worden ist. Auf Ihre Beschwerde habe ich Ihnen bereits am 10. Februar geantwortet. Herrmann.

Er hatte bereits am 10. Februar „geantwortet“! Gewiß. Aber war das eine angemessene Antwort? Hatte er dem Vater auch gemeldet, welches das Ergebnis der Untersuchung war? Der Vater wußte ja nicht mal, ob dabei alle Verlegungen, die der Junge litt, gebracht und der Arzt bescheinigt hatte, der Lehrerin aus Konto gesetzt worden waren. Wußte nicht, wenn es anders war, mindestens das dem Vater mitgeteilt werden? Und durfte der Vater, wenn er das Amtsbeweis verstand und hinter dem „Erforderlichen“ so etwas wie eine disziplinarische Bestrafung der Lehrerin vermutete, nicht aus Auskunst darüber erwarren, was denn nun gegen die Lehrerin für „erforderlich“ gehalten worden war? Er bildete sich's ein, daß er das verlangen dürfe. Aber der Schulinspektor, an den er sich nunmehr wendete, schrieb ihm:

Auf Ihre Beschwerde vom 14. 6. cr. teile ich Ihnen mit, daß das Weitere veranlaßt worden ist. Weitere Auskunft zu erteilen, bin ich nicht in der Lage. Werner.

Jetzt hatte das „Erforderliche“ sich in ein „Weiteres“ verwandelt — und der Vater war so klug wie zuvor. Ranche wird die ganze Affäre lustig finden, ihm aber ist sie bitter ernst. Nachdem er den Grimm darüber, daß man ihm einen klaren unzweideutigen Bescheid verweigert, noch ein paar Monate mit sich umhergetragen hat, bittet er jetzt um, seine Erfahrungen unseren Lesern mitzuteilen. Wir haben ihm den Anstoß dahin verdrückt, daß das „veranlaßte Erforderliche“ eine disziplinarische Bestrafung der Lehrerin bedeuten kann. Den Wunsch, seine schon um Monate zurückliegenden Erfahrungen noch jetzt öffentlich zu besprechen, erfüllen wir, damit auch andere eine Belehrung daraus entnehmen können.

Aus der Magistratsitzung. Der Magistrat erklärte sich damit einverstanden, daß vor der Beschaffung von Radium- und Röntgenapparaten ein Arzt des städtischen Krankenhauses in der Anwendung dieser Apparate ausgebildet wird. Mit dem Sechschverlauf unter städtischer Regie soll baldigst begonnen werden. Für den Verkauf soll der Laden im Hause Verast. 29 verwendet werden. Beschlossen wurde infolge des vermehrten Andranges für die Wintermonate vom 1. Oktober d. J. ab in der städtischen Volksbibliothek eine Erweiterung des Lesesaales einzutreten zu lassen. Um den Schülern den Nebereitritt in die städtische Oberrealschule, welche in den Unterklassen noch nicht genügend gefüllt ist, zu erleichtern, soll das Schulgebäude der Oberrealschule vom 1. Oktober d. J. ab für die Klassen Sexta, Quinta, Quarta von 140 Pl. auf 120 Pl. ermäßigt werden. — Der Magistrat nahm Kenntnis vom Stand der Bauarbeiten für die Beschaffung des Schiffahrtskanals. Die

Inbetriebnahme des Kanals und der Hafenanlage wird für den 18. Oktober d. J. in Aussicht genommen. — Den Meldebefehl für den in seiner gesamten Länge demnächst zur Eröffnung kommenden Neutölnner Schiffahrtskanal, bestehend in a) zeitweiliger Anmeldeung der Schiffer, b) Abgabe der Zählkarten für die Reichsstatistik bei Anlauf und Abfahrt, c) Lösung des Liegegebührens zum Löschen und Laden, d) Bezahlung der Gebühr für den Liegeplatz, e) Bezahlung des Schleusengeldes, f) Lösung von Erlaubnisscheinen zum Einladen von Müll und Schutt, g) Anmeldeung der Schifferkinder bei der für den Liegeplatz in Frage kommenden Schule, übernimmt die Stadtgemeinde. Die erforderlichen Geschäfte werden von dem Schleusenmeister wahrgenommen. Dem Schleusenmeister wird die Eigenschaft eines Schiffsfahrtpolizeibeamten beigelegt. Die Meldung der Schiffer erfolgt an der Schleuse, vorläufig in einem provisorischen Gebäude, das aus drei Diensträumen besteht.

Auf Anfragen sei mitgeteilt, daß der Gesangverein „Neutölnner Liedertafel“, der in Gemeinschaft mit dem Musikverein „Echo“ am Sonnabend, den 20. d. M., in der Brauerei Gappoldt ein Vergnügen abhält, nicht identisch ist mit dem Verein „Neutölnner Liedertafel“, R. d. A. S. B.

Lichterfelde.

Die erste Gemeindevertretersitzung nach den Ferien hatte sich mit einer äußerlich zwar reichhaltigen, aber im einzelnen nur wenig interessierenden Tagesordnung zu befassen. Vor Eintritt in die Verhandlung richtete der Gemeindevertreter Meyer an den Gemeindevorstand die Anfrage, ob ihm bekannt sei, daß die Gemeinde Zehlendorf die Errichtung eines Müllabfuhr-Bahnhofes an der unmittelbaren Grenze von Lichterfelde beabsichtigt und welche Schritte seitens der Gemeindeverwaltung eben, gegen dieses Projekt unternommen würden. Gemeindegewalt Dr. Dominio erklärte namens des Gemeindevorstandes, daß Zehlendorf keinen Müllabfuhr-Bahnhof, sondern einen Müllschuppen errichten wolle, in dem verschlossene Müllkästen zum Weitertransport aufbewahrt würden. Von einer Verlagerung des Ortes könne also keine Rede sein, um so weniger, als dieser Schuppen vom nächsten Wohngebäude 500 und von der nächsten Straße mindestens 200 Meter entfernt bleiben müsse.

Der einzige Punkt der Tagesordnung, der einige Rebellion bei den verschiedenen Sorten von Grundbesitzern hervorrief, betraf die Erhebung der Pflasterkostenbeiträge in der Rolke- und anderen Straßen. Die Kommission hatte beschlossen, der Gemeindevertretung die gleichmäßige Heranziehung der Anlieger mit 50 Proz. der Gesamtkosten zu empfehlen. Nun gibt es am Orte zwei „Nichtungen“ unter den Grundbesitzern: die Villen- und die Mietshausbesitzer. Einig sind beide in dem Grundgedanken: möglichst wenig oder am liebsten gar nichts zu zahlen. Da letzteres bei den Pflasterkosten schon mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist, so versucht die Villenbesitzerpartei, den größten Anteil der Pflasterkosten auf die Besitzer von Mietshäusern abzuschieben mit der menschenfreundlichen Begründung, daß diese sie ja von den Mietern wieder herausqueren könnten, während andererseits die vermietenden Hausbesitzer in dem Reichtum der Villenbesitzer keinen vernünftigen Grund sehen, ihnen einen Teil der einzuziehenden Pflasterkosten zu schenken. Gemeindevorteiler Jaeger, ein Spezialist in der Vertretung von Grundbesitzerinteressen im allgemeinen und derjenigen der Villenbesitzer im besonderen, bekämpfte denn auch die Vorlage mit allen möglichen Gründen, von denen einer immer sadscheiniger war als der andere. Gemeindevorteiler Herzog, Villenbesitzer in der Rolkestraße und an dem Ergebnis der Verhandlung persönlich im höchsten Maße interessiert, entschädigte sich durch eine Reihe von Zwischenbemerkungen dafür, daß er nicht seine subjektive Meinung in eigener Sache sagen konnte. Ein Verfahren, das allerdings auch geschicklich ist und vom stellvertretenden Gemeindevorteiler hätte verhindert werden müssen. Der neugewählte Vertreter Kluge stellte sich mehr auf den philosophischen Standpunkt, wonach es keine „absolute Gerechtigkeit“ gebe, und stimmte für den Kommissionsbeschluss, der schließlich auch die Mehrheit fand. — Gemeindevorteiler Schulz, der seit 1893 an der Spitze der Lichterfelde-Kommunalverwaltung steht, wird mit dem 1. Oktober in den Ruhestand treten. An seiner Stelle wird wahrscheinlich der Schöffe Lange zum Gemeindevorteiler gewählt werden.

Friedenau.

Gewerbegerichtswahlen. Am Montag, den 22. September, von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, finden in unserem Ort die Wahlen zum Gewerbegericht in der Turnhalle des Gymnasiums, Handwerkerstr. 95—96 statt.

Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet und am Ort Wohnung oder Beschäftigung hat.

Als Ausweis der Arbeitnehmer genügt ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter innerhalb des Gemeindebezirks in Arbeit steht oder wohnt.

Die Anerkennung anderer Ausweise bleibt dem Ermessen des Wahlvorstandes überlassen.

Formulare zu den Bescheinigungen werden im Gemeindebureau, Feuerstr. 8, Zimmer Nr. 2, unentgeltlich abgegeben.

Es ist nun Pflicht der am Ort Beschäftigten und wohnhaften Arbeiterschaft, dafür zu sorgen, daß die Beteiligung an der Wahl nicht zu wünschen übrig läßt, so daß wir eine glatte Wahl der Liste der freien Gewerkschaften zu verzeichnen haben.

Die freie Turnerschaft Friedenau veranstaltet heute abend ein Rekruten-Abchiedsvergügen, verbunden mit turnerischen und humoristischen Vorträgen und Tanz, in den Räumen des Kaiser-Wilhelm-Gartens. Freunde und Gönner sind hierzu eingeladen. Eintritt 25 Pf.

Sichwalde.

Eine von vier bürgerlichen Herren einberufene Volksversammlung beschloß sich vor einigen Tagen mit internen Angelegenheiten

des Ortes. Anlaß hierzu war u. a. die bevorstehende Wahl eines Gemeindevorsetzers für den im Frühjahr d. J. ganz plötzlich verstorbenen Vorgänger und umherwirrende Gerüchte über angebliche Unterschlagungen in der Gemeindefasse. Als Referent trat ein Bürgerlicher, Herr Richn, auf. Er ist mit den Zuständen am Orte total unzufrieden und macht hierfür einen Kreis von Personen verantwortlich, den er nur als Clique bezeichnen könne. Die einzelnen Personen, meist bürgerliche Gemeindevorteiler, nahm er scharf unter die Lupe und ging mit den Herren hart ins Gericht. Seine Ausführungen wirkten als die eines Wissenden, der sein Opfer bis in die letzten Schlupfwinkel zu verfolgen vermag. Und so vermutete er denn, daß man an den alten Fehlern nicht gelernt habe, sondern den Schwältern einen Gemeindevorsetzer besetzen werde, mit dem diese zufrieden zu sein keinen Anlaß hätten. Nach seiner Ueberzeugung habe die meiste Aussicht ein pensionierter Hauptmann. Die Sucht, einen Mann mit Titel an diese Stelle zu setzen, anstatt eines erfahrenen Praktikers, müsse gehehelt werden. Auch brachte er ein sonderbares Vorkommnis zur Sprache. Ein Ortsansässiger hatte dem stellvertretenden Gemeindevorsetzer 1000 M. versprochen für den Fall, daß ein bestimmter Herr hier selbst Gemeindevorsetzer würde. Und darum verlange er, daß alle Kandidaten um diesen Posten sich einer Volksversammlung zu präsentieren hätten und diese ihr Veto abgäbe. Enthielten nun seine Ausführungen auch sehr viel Wahres, so verrietten sie doch immer wieder den bürgerlichen Oppositionsmann, der, anstatt in den Tiefen zu schürfen, an der Oberfläche haftet, indem er Einzelpersonen verantwortlich macht, wo unser ganzes heutiges Gesellschaftssystem das Grundübel ist, ohne dessen Beseitigung die gebremsten Zustände nicht verschwinden werden. Solche Anklage konnte es dann auch mit sich bringen, daß er unserem Gemeindevorteiler, Genossen Kluge, dessen Tätigkeit im Interesse der Gemeinde er aber sonst rühmend hervorhob, vorwarf, die heutige Versammlung hätte eigentlich durch ihn einberufen werden müssen. Sowohl Genosse Kluge als auch Rollenthin konnten ihm entgegenhalten, daß dies bezüglich der Wahl des Gemeindevorsetzers ein gänzlich nutzloses Beginnen sei, da durch die Bestimmungen der Landgemeindeordnung eine aktive Teilnahme der Ortsbewohner leider ausgeschlossen sei. In der Frage der groben Fahrlässigkeiten des Mandanten — ob Unterzulassung vorliege, wisse man noch nicht genau — habe jedoch der Gemeindevorstand korrekt gehandelt dadurch, daß er sofortige Suspension anordnete. Nicht in der Abhaltung einer einzigen Versammlung könne das Heil gefunden werden, sondern in dauernder, zäher Arbeit. Es gelte eben zu erkennen, daß Teilnahmslosigkeit und mangelndes Verständnis bei Wahlen sich eines Tages rächen müssen. Nur eine Aenderung der allgemeinen politischen Zustände könne den Weg zur Selbstverwaltung und zu freieren Verhältnissen schaffen.

Die vom Referenten so scharf angegriffenen bürgerlichen Herren erwiderten ebenfalls mehrfach in zum Teil längeren Reden. Und interessierten dabei wesentlich zwei Dinge. Einmal die Weltfremdheit, mit der diese Kreise dem Volksempfinden gegenüberstehen, zum anderen die zarte Rücksichtnahme, deren preussische Landräte fähig sein können. Im ersteren Falle handelte es sich um die Aufzählung der Vorgänge des einen der Aspiranten um den Gemeindevorsetzerposten, des schon erwähnten Herrn Hauptmanns. Als nämlich die Versammlung die ehrsüchtig gehaltene Mitteilung, daß dieser auch in Afrika gewesen sei, mit homerischem Gelächter quittierte, wiederholte der betreffende Redner ganz verwundert und harmlos diese Darlegung noch ein zweites Mal. Der andere Fall betraf die Meldung desselben Redners an den Landrat, wonach ihm 1000 M. zur Befürwortung der Kandidatur eines gewissen Herrn geboten worden sind. Der Landrat aber habe ihm geantwortet, daß man so etwas nicht tragisch nehmen dürfe. Das seien manchmal solche kleinen Scherze, bei denen man sich nichts zu denken brauche. Er werde also nichts unternehmen, sofern nicht noch ausdrücklich eine weitere Verfolgung dieser Angelegenheit beantragt werde. Damit dürfte der Vorgang als erledigt erledigt gelten.

Ein positives Resultat zeitigte die Versammlung nicht. Eine in später Nachtstunde vorgelegte Resolution wurde in ihrem ersten Teile von dem Antragsteller, dem Referenten, zurückgezogen, in ihrem zweiten Teile abgelehnt. Auch in diesem Ergebnis zeigte sich, daß nur ein zielbares Wollen die Möglichkeit bietet, sich durchzusetzen.

Spandau.

Die erste Stadtverordnetenversammlung im neuen Rathause hatte eine starke Anziehungskraft ausgeübt, wozu auch der nach Schluß der Sitzung anlässlich der Rathausweiheung auf Kosten der Stadt abgehaltene Bierabend, zu dem nicht weniger als 1000 Personen eingeladen waren, wesentlich beitrug. Die zu beiden Seiten des Saales befindlichen Zuhörertribünen, auf denen genügend Sitzgelegenheit vorhanden ist, waren stark besetzt. Im Sitzungssaal hatten sich die vier Fraktionen besonders gruppiert; von den Sitzplätzen waren nur die Hälfte besetzt, die andere Hälfte ist für spätere Vermehrungen der Stadtverordneten bestimmt. Der Stadtverordnetenvorsetzer und Oberbürgermeister Koelke begrüßte die Stadtverordneten mit kurzen Ansprachen im neuen Heim.

Die erste Vorlage betraf den zweigleisigen Ausbau der Konnen-dammbahn. Wie Stadtverordneter Lüdicke mitteilte, ist die Genehmigung zum zweigleisigen Ausbau der Bahn auf dem Schwarzen Wege nicht zu erreichen, da der Militärstützpunkt das nötige Terrain zur Verbreiterung der Straße nicht abgäbe. Es sollen deshalb die Vorarbeiten zu einer eventuellen Herumführung der Bahn um den Egerzierplatz durch den Königsdamm und am Straßenbahndepot vorber in Angriff genommen werden. Genosse Bied kritisierte die Rücksichtslosigkeit des Militärstützpunkts, der stets von der Stadt die größten Opfer verlange, selbst aber nicht das geringste Entgegenkommen zeige. Nachdem noch mehrere Redner sich gegen die Linienführung der Straßenbahn gewandt hatten und neue Verhandlungen mit dem Militärstützpunkt verlangten, wurde die Ansprache beendet und durch Kenntnisnahme die Angelegenheit vorläufig als erledigt erklärt.

Ueber die Errichtung einer Apotheke im städtischen Krankenhaus wurde längere Zeit debattiert. Verlangt wurde für die Errichtung der Apotheke zum 1. April 1914 24 000 M., ferner für das Gehalt des Apothekers 3700 M., steigend bis zu 5700 M. Wie der Berichterstatter Berlin erwähnte, würden durch die eigene Apotheke jährlich mindestens 8000 bis 9000 M. gespart werden. Die Stadtverordneten Volter, Neusch und Vender sprachen sich gegen die Vorlage aus, während Genosse Pieper und eine Reihe anderer Stadtverordneter für die Vorlage sprachen, die auch zur Annahme gelangte.

Ueber die Errichtung des städtischen Arbeitsnachweises entspann sich eine lebhafte Debatte. Eine Magistratsvorlage ersuchte die Stadtverordneten: 1. Sich damit einverstanden zu erklären, daß der städtische Arbeitsnachweis in den im Rathausprojekt in Aussicht genommenen Räumen im südöstlichen Flügel des Erdgeschosses des Polizeigebäudes untergebracht werde. 2. Zu genehmigen, daß der städtische Arbeitsnachweis die Vermittelung von Arbeit für gelehrte und ungelernete Arbeiter einschließlich der Dienstboten übernimmt, und zwar für beide Geschlechter zeitlich getrennt. Daß die Fürsorgestellen für Tuberkulose und Trinker mangels anderer Räume vorläufig die Räume des Arbeitsnachweises beziehen sollen, veranlaßte einen Redner zu der kritischen Bemerkung, daß anscheinend die Räume des neuen Rathauses schon wieder zu klein seien. Genosse Bied führte aus, daß seine Fraktion schon vor 15 Jahren die Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises beantragt habe. Es bewahrte sich auch hier wieder, daß die Anträge der Sozialdemokraten später von den bürgerlichen Parteien angenommen werden. Redner wünschte, daß der Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage errichtet werde, anderenfalls würde der Magistrat mit dem Arbeitsnachweis daselbe Fiasko erleben wie mit der Walderholungsstätte. Die Verwaltung des Arbeitsnachweises müsse einer Kommission, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, übertragen werden. Den Gewerkschaften müsse es überlassen werden, einen Arbeitsnachweisbetreiber zu wählen. Im übrigen sah Redner in der Vorlage einen Schritt zur Arbeitslosenversicherung und erwartete vom Magistrat demnächst eine Vorlage über Arbeitslosenfürsorge. Stadtverordneter Weber (lib.) wandte sich dagegen, daß der Arbeitsnachweis paritätisch werde. Dem Arbeiter könne das gleichgültig sein, die Hauptsache sei, daß ihm Arbeit nachgewiesen werde. Genosse Pieper widersprach dieser Ansicht. Wenn der Arbeitsnachweis nicht paritätisch werde, würden alle und unbedeute Arbeiter von den Unternehmern nicht eingestuft werden. — Der Vorlage wurde zugestimmt.

Ein Gesuch der Arbeitnehmervereine des hiesigen Gewerbegerichts verlangte, die Mittel zu bewilligen für Entsendung des Vorsitzenden und eines Arbeitgebers und eines Arbeitnehmers zu der in Leipzig stattfindenden Verbandssammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Genosse Pieper und Stadtverordneter Weber traten für das Gesuch ein. Angenommen wurde ein Antrag Lüdicke, wonach dem Magistrat eine Vorlage über grundsätzliche Beschäftigung dieser Kongresse unterbreitet werde.

Dem Ausbau des Hohenzollern- und des Resanierendes wurde ebenfalls zugestimmt. Ebenso stimmte die Versammlung dem abgeänderten Strefow-Entfaltungsvorlage zu. Genosse Bied sprach sich dafür aus, daß die Arbeiten im Winter als Notstandsarbeiten ausgeführt werden.

Angenommen wurde die Erhebung von Beiträgen für die Verbreiterung der Egefelder Straße von der Klosterstraße bis zur Staafener Straße, welche 376 500 M. gekostet hat. Die 11 anliegenden Grundstückbesitzer sollen höchstens zwei Drittel dieser Kosten = 251 000 M. tragen.

Die Vorlage über das Stadttheaterprojekt wurde vom Magistrat zurückgezogen, da die Theaterbauleitung in einem Schreiben die Aenderungsvorschläge der Verwaltung zurückgenommen hat. Kenntnis genommen wurde von der Vorlage des Magistrats betr. Errichtung einer Badeanstalt in der Wilhelmstraße, wonach das Gutachten über die Beschaffenheit des Wassers der Scharfen Lanke eingegangen ist und demnächst den Stadtverordneten vorgelegt werden wird.

Darauf folgte geheime Sitzung.

Möbel-Kassner
 Bülowstr. 6 am Nollendorplatz

1 Stube und Küche	bestehend aus:	2 Stuben und Küche	bestehend aus:
2 Betten		1 Klederschrank	
2 Matratzen mit	Anzahl.	1 Wascheppel	Anzahl.
2 Keilkissen		2 Bettstellen	
1 Klederschrank	Mark	2 Matratzen mit	Mark
1 Spiegel		1 Sofa	
1 Spiegelspind	20	1 Waschtisch	35
1 Tisch		1 Truhen	
2 Stühlen	Wochenrat.	1 Sofa	Wochenrat.
1 Küchenspind		4 Stühlen und	
1 Küchentisch	2.00 M.	1 farbigen kom-	4.00 M.
1 Küchenschrank		pletten Küche	
1 Küchensuhl			

1 mod. Schlafzimmer, 1 mod. Speisezimmer,
 1 mod. Herrenzimmer in allen Holz- und Stilartern
 Anzahlung von 40 bis 60 M., Wochenrate 4 M.
 oder monatlich 15 M.
 Einzelne Möbel Wochenrate 1 M.
 Polsterwaren, Teppiche, Dekorations-
 sew, Beleuchtungsgegenst. in gr. Ausw.
 Sonntag von 8—10 Uhr geöffnet.

Butter = Handlung Loreley

heute → **Eröffnung** ← heute

der Filiale Neukölln

Berliner Straße 51 53

neben Warenhaus Joseph.

Außergewöhnlich billiger Verkauf!

Gardinen * Stores * Vorhänge

Gardinen Stückware, gute Qualitäten, schöne Muster Mtr. 75, 45, 32 Pf.	Tüll-Stores weiß und creme, moderne Muster 4.25, 2.95, 1.65
Gardinen abgepaßt, haltbare Ware, Fenster 2 Flügel 4.85, 3.75, 2.90, 1.75	Erbstüll-Stores reiche Bandarbeit, mit Volant 6.25, 4.75, 2.95
Gardinen abgepaßt, prima Qualität, moderne Muster, Fenster 2 Flügel 7.75, 6.50, 5.25	Erbstüll-Halbstores in vornehmer Ausführung 5.75, 4.25, 2.75
Künstler-Gardinen engl. Tüll, geschmackvolle Muster, 2 Flügel, 1 Lambrequin 5.75, 4.50, 2.95	Erbstüll-Bettdecken mit Volant, über, 1 Bett, 5.90, 4.50, 2.95 reiche Bandarbeit, über 2 Betten . 9.75, 8.50, 5.75
Künstler-Gardinen mit Volant, Erbstüll oder Spitzentüll, 2 Flügel, 1 Lambrequin 9.75, 8.50, 6.50	Tüll-Bettdecken weiche Appretur, über 1 Bett 3.75, 2.65, 1.75 haltbare Qualität, über 2 Betten . 6.25, 4.90, 3.75
Madras-Gardinen buntfarbig, echtfarbig, moderne Dessins, 2 Flügel, 1 Lambrequin 8.25, 6.50, 3.75	Gardinen-Mull ca. 125 cm breit, moderne Dessins Meter 1.15, 95, 68 Pf.
Körper-Spachtel-Vorhänge mit Kurbelstickerie und Spachtelarbeit Stück 4.50, 3.50, 1.65	

Vorhangstoffe

in den verschiedensten Farben, 130 cm breit **95 Pf.**
 in den verschiedensten Farben, 80 cm breit **65 Pf.**

Wilhelm Joseph

Berlin, Großgörschenstraße 1 • Schöneberg, Hauptstr. 163

Hohenstaufen-Säle
 Kottbuser Damm 76.
 Fernspr.: Amt Moritzplatz 5034.
Säle für Versammlungen und Festlichkeiten, 200 bis 1000 Personen fassend.
 5 Verbands-Regelbahnen.

Emil Preuß
 Turmstr. 58.
 Lieferant der Konjunkturgenossenschaft Berlin und Umgegend.
Herren-Moden 1913/14
 Herren-Anzüge nach Maß und fertig am Lager **22.00 26.00 30.00 33.00 36.00 39.00-60.00.**
 Herren-Unter und Palätos nach Maß und fertig am Lager **24.00 27.00 33.00 39.00-60.00.**
 Großes Stofflager mit neuester Ausmusterung vorrätig.
 Schneider-Werkstätte und Zuschneider im Hause.

Möbel-Spezialhaus

seit 15 Jahren hervorragend leistungsfähig und allseitig empfohlen. Die Preise sind allerbilligst gestellt und an jedem Stück deutlich vermerkt. Auf dauerhafte Arbeit und praktische Verwendbarkeit wird besonderer Wert gelegt. — Wir liefern vertrauenswürdigen Käufern ganze Einrichtungen speziell für Ein- und Zweizimmer-Wohnungen, auch einzelne Ergänzungsstücke bei mäßiger Anzahlung auf Teilzahlung in **kleinen monatlichen Raten** ohne besondere Preisaufschläge.

Unsere Kulanz ist allgemein bekannt. Diskrete Lieferung. Keine Einkassierer.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvenslebenstraße 6, Laden, I. und II. Etage, dicht an der Potsdamerstraße.

Sonntags während der gesetzlichen Zeit geöffnet.

Eiserne Bettstellen
 Feldbettstellen und Matratzen, Kinderwagen, Klappsportwagen, Kinderbettstellen, Bettstühle, Chaiselongues mit und ohne Bettkasten und solche als Bett verwandelbar. D. R.-G.-M. Zurückgesetzte Muster billiger. (Vorzeiger d. Annonce 5% Rabatt.)

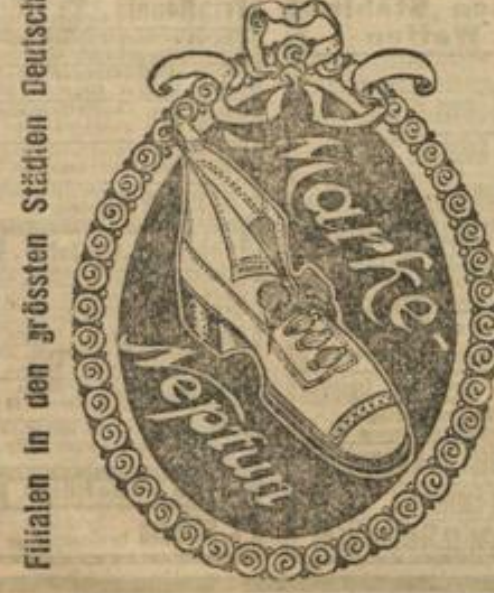
August Fürst
 Berlin-Neukölln
 31 Hermannstraße 31.

Hermannstraße 257 Neukölln Möbel-Rollkrug Neukölln Berlin Straße 1 am Hermannplatz

Stube und Küche bestehend aus: 2 Betten, 1 Tisch, 2 Matratzen mit 2 Stühlen, 2 Kleinkissen, 1 Küchenschrank, 1 Kleiderschrank, 1 Küchentisch, 1 Spiegel, 1 Küchenstuhl, 1 Spiegelspind, 1 Küchenrahmen 20 Mark an 1.50 Mark Wochenrate	2 Stuben u. Küche bestehend aus: 1 Kleiderschrank, 1 Trumeau, 1 Wäschespind, 1 Sofa, 1 Waschtiselle, 1 Tisch, 2 Bettstellen, 4 Stühlen und 2 Matratzen mit 1 farbig komplett Kissen, Küche 35 Mark an 2.50 Mark Wochenrate	2 Stuben und Küche in Nussbaum u. modern Ausführung 1 mod. Kleiderschrank, 1 Plüschsofa, 1 modernes Vertiko, 1 moderner Umbau, 2 engl. Bettstellen, 1 Tisch, 4 Stühle u. 2 Matratzen, 1 moderne komplette farbige Küche 60 Mark an 3.00 Mark Wochenrate	1 modernes Schlafzimmer , 1 modernes Speisezimmer , 1 modernes Wohnzimmer , 1 modernes Herrenzimmer in allen Holz- und Stilarten 40-60 Mark an 4 M. Wochenrate 5 Mark an 1 M. Wochenrate Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren
---	---	--	---

Sonntags von 8 bis 10 Uhr geöffnet.

Kottbuser Damm 8 Schuhhaus Neptun Kottbuser Damm 8 gegenüber der Schinkestraße.



Neu eröffnet!

Einheits-Preis:
 Für Damen- u. Herren-Stiefel in schwarz, braun und Lackleder.
Berg-Stiefel und Promenaden-Schuhe

Jedes Paar ohne Ausnahme



Neu eröffnet!

Ich bringe nur eleganteste, neueste Formen und übernehme für jedes Paar volle Garantie
 In dieser Preislage bringe ich etwas Ueberraschendes
 Ein Blick in die Schaufenster sagt Ihnen alles
50 Jedes Paar

Jedes Paar ohne Ausnahme

Zur Eröffnung Freitag bis Montag erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Paares Herren- oder Damenstiefel **ein Paar eleg. Hausschuhe gratis!**

Filialen in den größten Städten Deutschlands.

Filialen in den größten Städten Deutschlands.

